



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Nationalitätenkonflikt in der altösterreichischen
Sozialdemokratie mit Fokus auf den deutsch-
tschechischen Gegensatz

verfasst von

Lukas Thomas Mantsch

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreut von:

PD Mag. Dr. Andreas Gottsmann

Meinen Eltern für die liebevolle und geduldige Unterstützung

DANKSAGUNG

Herzlich bedanken möchte ich mich bei meinem Betreuer PD Mag. Dr. Andreas Gottsmann, der mich unermüdlich bei der Erstellung meiner Arbeit unterstützte und mit seinen wertvollen Anregungen und Korrekturen eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Thematik inspirierte.

Des Weiteren gilt besonderer Dank meinen Geschwistern Katharina und Stephan, die mir bei der Korrektur meiner Arbeit zur Seite standen und mir auch in schwierigen Phasen stets Mut zusprachen.

Natürlich möchte ich mich an dieser Stelle auch aufs innigste bei meinen Eltern bedanken, ohne deren liebevolle Förderung es mir nicht möglich gewesen wäre, meinen akademischen Weg zu gehen.

Nicht zuletzt danke ich meinen StudienkollegInnen und FreundInnen, insbesondere Nikola Supukovic, die in unzähligen Gesprächen meine Sicht auf das Diplomarbeitsthema im Speziellen und auf die Geisteswissenschaften im Allgemeinen prägten und immer noch prägen.

INHALTSANGABE

<u>VORWORT</u>	9
<u>1. WIRTSCHAFTLICHE, DEMOGRAPHISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN</u>	11
1.1. REGIONALE UNTERSCHIEDE UND GLOBALISIERUNGSPERFORMANCE CISLEITHANIENS	11
1.2. DER ORGANISIERTE KAPITALISMUS UND DIE ÖKONOMISCHE STRUKTUR	13
1.3. DIE ÖKONOMISCHE SPHÄRE DER NATIONALEN FRAGE	16
<u>TEIL I: DER NATIONALITÄTENKONFLIKT IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI</u>	19
2. ERSTE GRÜNDUNGSPHASE 1864 – 1889	19
2.1. DIE „GEMÄßIGTEN“ UND DIE „RADIKALEN“ IN DER NATIONALITÄTENFRAGE	19
2.2. DER PARTEITAG VON NEUDÖRFEL 1874 UND DIE MOTIVE DES INTERNATIONALISMUS	20
3. PARTEITAG VON HAINFELD 1889	24
3.1. INTEGRATIVE ELEMENTE	25
4. DIE ANFANGSJAHRE BIS ZUM PARTEITAG 1897	29
4.1. DIE BADENISCHE WAHLRECHTSREFORM: DIE SOZIALDEMOKRATIE ALS MODERNE PARTEI	33
4.2. DIE FÖDERALISIERUNG DER PARTEI: DER PARTEITAG ZU WIEN 1897	36
5. DER ERSTE PARLAMENTSKLUB UND DIE BADENI-KRISE	38
5.1. DIE ANTISTAATSRECHTLICHE ERKLÄRUNG	38
5.2. BADENI-KRISE	40
6. DAS BRÜNNER NATIONALITÄTENPROGRAMM	45
6.1. DER KOMMISSIONSENTWURF DER GESAMTEXEKUTIVE	46
6.2. DER ENTWURF DER SÜD-SLAWISCHEN SOZIALDEMOKRATIE	49
6.3. DER PARTEITAG	51
6.4. FAZIT	54
7. DIE ERSTE PHASE DER AUFLÖSUNG 1900-1907	56
7.1. DAS BEAMTENKABINETT ERNEST VON KOERBER	57
7.2. DER WAHLRECHTSKAMPF 1903 - 1907	63
8. DIE LETZTE PHASE DER AUFLÖSUNG 1907 – 1912	74
8.1. KONFLIKTE IM VERBAND DER ABGEORDNETEN	76

8.2. DAS ENDE DER „KLEINEN“ INTERNATIONALEN	82
<u>TEIL II: GEWERKSCHAFTSARBEIT UND DIE NATIONALE FRAGE</u>	88
9. DIE SOZIALE FRAGE ALS KERNELEMENT	88
10. DER FORMIERUNGSPROZESS DER ALTÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG	90
10.1. VORAUSSETZUNGEN UND HINDERNISSE	90
11. VON DEN ANFÄNGEN DER GEWERKSCHAFT	95
12. DER AUFSCHWUNG DER GEWERKSCHAFT AB DEM EINIGUNGSPARTEITAG VON HAINFELD 1889	96
13. DER ERSTE GEWERKSCHAFTSKONGRESS 1893	101
14. DER AUFSCHWUNG: 1894 - 1897	104
14.1. DIE MACHTBALANCE VERSCHIEBT SICH: DIE TSCHECHOSLAWISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG	106
14.2. DER NATIONALITÄTENKONFLIKT VERSCHÄRFT SICH	107
15. DIE MASSENBEWEGUNG BIS ZUR AUFLÖSUNG	111
15.1. ADMINISTRATIVE SPALTUNG – EINHEIT IN DER PRAXIS	111
15.2. DAS KAMPFJAHR 1900 UND SEINE FOLGEN	113
15.3. DAS ENDE DER INTERNATIONALEN CISLEITHANISCHEN GEWERKSCHAFTSZUSAMMENARBEIT	115
<u>16. CONCLUSIO</u>	<u>119</u>
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	<u>126</u>
GEDRUCKTE QUELLEN	132
INTERNETQUELLEN	133
<u>ABSTRACT - DEUTSCH</u>	<u>134</u>
<u>ABSTRACT - ENGLISH</u>	<u>135</u>
<u>CURRICULUM VITAE</u>	<u>136</u>

Vorwort

Die sozialdemokratische Partei Cisleithaniens ist mittlerweile zu einer Fußnote im Geschichtsbewusstsein der Menschen Mittel- und Ostmitteleuropas verkommen. Kaum jemand ist sich bewusst, wie sehr diese Partei die Geschicke der Monarchie und ihrer Nachbarstaaten mitbestimmt hat, da die tiefgreifende Zäsur des 2. Weltkriegs Kontinuitäten in der Parteienlandschaft weitgehend überdeckte und im kollektiven Bewusstsein einen Neustart des politischen Systems suggerierte. Dies mag auch für andere europäische sozialdemokratische oder sozialistische Parteien gelten, jedoch bietet die altösterreichische sozialdemokratische Partei einen besonderen historischen Aspekt von hochgradiger Aktualität. Die altösterreichische Partei war eine internationale Partei. Sie war sogar die einzige internationale Partei im Vielvölkerstaat Österreich und eine der wenigen übernationalen Parteien Europas. In Zeiten der Stärkung des europäischen Parlamentarismus und der (wenn auch nur zaghaften) Entstehung einer europäischen Parteienlandschaft verdient dieser Aspekt besondere Aufmerksamkeit und war ein Hauptmotiv meiner weiteren Vertiefung in die Materie. Der Faktor Nation spielte eine zentrale Rolle in der Ausformung der Partei und letztlich auch bei ihrem Zusammenbruch. Im Rahmen dieser Arbeit möchte ich meinen Fokus auf den deutsch-tschechischen Gegensatz lenken, der, obwohl insgesamt sieben Nationen Teil der Arbeiterbewegung diesseits der Leitha gewesen waren, die Hauptachse bildete, an der die „kleine Internationale“ zerbrach.

Als grundlegende Literatur dienten mir nebst den Standardwerken zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung von Ludwig Brügel und Julius Deutsch auch die Schriften zum Nationalitätenkonflikt in der habsburgischen Sozialdemokratie von Hans Mommsen, die Beiträge von Raimund Löw und Helmut Konrad in den „Materialien zur Arbeiterbewegung“ sowie der erst 2010 erschienene Band „Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914.“ von John Evers, der sich detailliert mit den nationalen Konfliktlinien in der altösterreichischen Gewerkschaft auseinandersetzt. Leider wurden nur wenige Publikationen über die tschechoslawische Arbeiterbewegung zur Zeit des habsburgischen Vielvölkerstaats ins Deutsche übersetzt und da ich des Tschechischen nicht mächtig bin, musste ich mich bei der Bearbeitung der spezifisch tschechischen Perspektive mit den wenigen übersetzten Quellen, die mir zur Verfügung standen, zufrieden geben. Hier ist besonders das Werk „Die

Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus“ von Zdenek Solle zu nennen. Des Weiteren stützte ich mich bei meiner Analyse auf Artikel der sozialdemokratischen Presseorgane und auf eine Auswahl von Parteitageprotokollen und Wortprotokollen der Gewerkschaftskongresse. Das erste Kapitel meiner Arbeit befasst sich mit den ökonomischen, demographischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der westlichen Reichshälfte. Es soll als ein Grundgerüst für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema fungieren, da es ohne Verständnis der regional stark unterschiedlichen Struktur der Monarchie und ohne Kenntnis der politischen Verhältnisse des Staates kaum möglich wäre, das einzigartige Modell der cisleithanischen Sozialdemokratie hinreichend zu erläutern. Der Hauptteil der Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil steht die Entwicklung der politischen Bewegung im Vordergrund. Es soll gezeigt werden wie die Arbeiterführer trotz des immanenten Nationalitätenkonflikts eine internationale Partei gründen konnten, mit welchen Ideologien und politischen Mitteln sie das Konstrukt zusammenhielten und wie die internationale Partei schließlich scheiterte. Der zeitliche Rahmen umfasst die Zeitspanne zwischen den Anfängen der Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Jahr 1912, als die tschechoslawische Parteiführung in Prag offiziell die Beziehungen mit Wien einstellte. Der zweite Teil widmet sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Diese Institutionen waren gewissermaßen das Fundament der Gesamtbewegung und spielten dementsprechend im Aufstieg und Untergang der politischen Bewegung eine zentrale Rolle. Neben der Entstehung der Gewerkschaft und ihrer spezifisch altösterreichischen Herausforderungen werde ich mich an dieser Stelle vor allem auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft und auf den Gewerkschaftskonflikt zwischen Wien und Prag konzentrieren.

Schließlich werde ich in der Conclusio versuchen, die wichtigsten Zusammenhänge und Begriffe noch einmal in verkürzter Form darzustellen und die im Laufe der Arbeit aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Ziel dieser Arbeit ist es nicht, ein rein ereignishistorisches Bild, gewissermaßen eine Chronik der Auflösung der internationalen österreichischen Sozialdemokratie zu zeigen. Vielmehr soll durch eine breitgefächerte Analyse auf mehreren Ebenen erklärt werden, warum der Nationalismus selbst in der per definitionem internationalistischen Sozialdemokratie die Überhand gewann und schließlich einen Keil zwischen die Genossen in Wien und Prag treiben konnte.

Wien am 19. Dezember 2012

1. Wirtschaftliche, demographische und gesellschaftliche Entwicklungen

1.1. Regionale Unterschiede und Globalisierungsperformance Cisleithaniens

Infolge der Industrialisierung, die sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in der Donaumonarchie bemerkbar machte, kam es zu bedeutenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Der ökonomische Fortschritt der Donaumonarchie in den Jahren von 1890 bis 1914 war, entgegen den Thesen älterer Forschungen¹, zwar durchaus von substantieller Art, jedoch erschwerten die regionalen wirtschaftlichen Ungleichheiten ein stabiles Wachstum des Gesamtstaates und die Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit drastisch. Während das BNE² der alpenländischen und böhmischen Länder mit dem von Deutschland und Frankreich vergleichbar war, lag das BNE des Königreichs Kroatien und Slawonien unter dem für Russland ausgewiesenen Wert.³

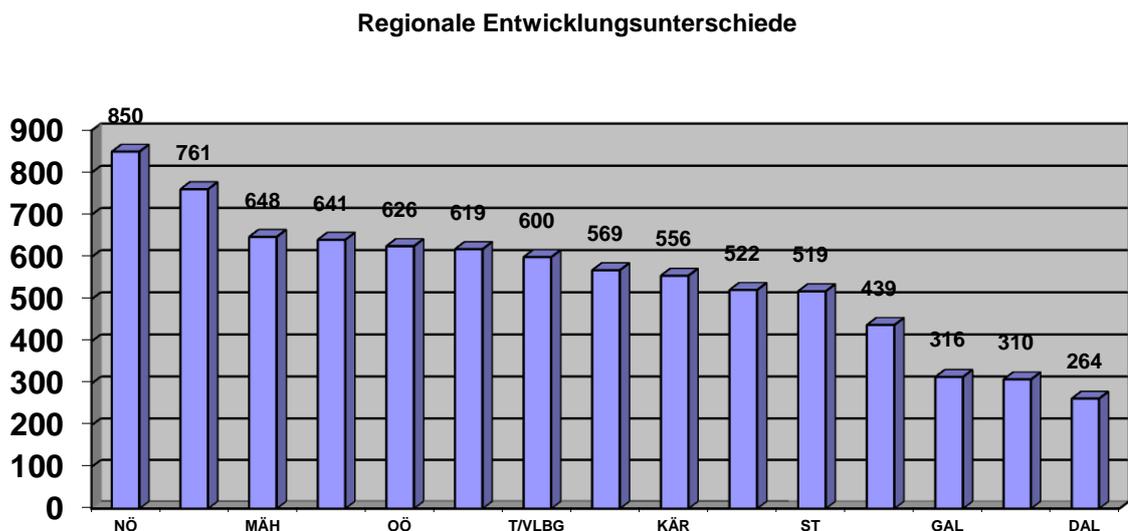


Abbildung 1 Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen in Cisleithanien 1911 -1913⁴

Durch die technologischen Innovationen der Industrialisierung verstärkten sich die regionalen Ungleichgewichte sogar noch. Der Vorsprung der bestehenden Industriegebiete

¹ Vgl. Oscar Jaszi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Chicago 1961). sowie Alexander Gerschenkron, *An Economic Spurt that Failed* (Princeton 1977).

² Anm.: Bruttonationaleinkommen

³ Vgl. David F. Good, *Ökonomische Ungleichheit im Vielvölkerstaat. Zur Rolle der Metropole Wien*. In: Jürgen Nautz (Hg.), Richard Vahrenkamp (Hg.), *Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen* (Wien/Köln/Graz 1996). 720-746. hier: S. 744 f.

⁴ Vgl. John Evers, *Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914* (Wien 2010). S. 74

wurde größer, wobei innerhalb dieser Regionen ökonomische Verschiebungen stattfanden. Angesichts des, im Vergleich zur voralpen- und alpenländischen Braunkohle, dreifach höheren Brennwertes von Steinkohle, zeichnete sich eine Standortverlagerung der Schwerindustrie nach Böhmen, Mähren und Schlesien ab, wo reiche Steinkohlevorkommen existierten. Die Industrie auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich musste sich an die neuen Gegebenheiten anpassen und es wurde die Produktion von Verbrauchsgütern forciert. Dies hatte direkte Auswirkungen auf die Struktur der Unternehmen in Österreich, die, mit Ausnahme des Wiener Raums, im Gegensatz zu den großen rohstoffverarbeitenden Industriebetrieben des Sudetenlandes, eher von klein- und mittelständischen Betrieben geprägt war.⁵

In diese Phase der wirtschaftlichen Arbeitsteilung fiel der intensive Ausbau des Eisenbahnwesens, der die zunehmende Verzahnung der unterschiedlichen Wirtschaftszonen innerhalb der Monarchie, vor allem auf der Nord-Süd Achse, ermöglichte und durch die erleichterte Flexibilität der Menschen sowie des Kapitals, die Länder der böhmischen Krone und die österreichischen Erblande ökonomisch und gesellschaftlich näher zusammenrücken ließ.⁶ Die Zentren dieser Regionen entwickelten sich zum Rückgrat der gesamtstaatlichen Industriegüterproduktion. Ein treffendes Beispiel für diesen Aufschwung stellt die Stadt Brünn und ihr Weg von einer protoindustriellen Provinzstadt zu einer ökonomisch bedeutenden Großstadt mit einer international wettbewerbsfähigen Textilindustrie dar.⁷ Im europäischen Vergleich betrachtet, verschlechterte sich die makroökonomische Performanz der cisleithanischen Reichshälfte trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs ab 1880 deutlich.⁸ Der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt der Monarchie lag bei sieben Prozent, was fünf Prozent unter dem europäischen Durchschnitt von zwölf Prozent lag.⁹

Auf dem Weltmarkt konnte man so nicht mehr als industrielle Exportmacht reüssieren. Im folgenden Diagramm zeigt David F. Good in seinem Werk „Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914“ den Rückstand der westlichen Reichshälfte, der ge-

⁵ Vgl. Peter Eigner, Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Modellfall verzögerter Industrialisierung? Online unter: http://vgs.univie.ac.at/VGS_alt/b973lp.html (29. Dezember.2011).

⁶ Vgl. Good, Ungleichheiten. S. 723

⁷ Vgl. Ebd. S. 722

⁸ Vgl. Paul Bairoch, Economic Inequalities between 1800 and 1913. In: Jean Batou (Hg.), Between Development and Underdevelopment (Genf 1991). 1-42. hier: S. 3

⁹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 70

samten Monarchie und des Gebietes der heutigen Republik Österreich zu den führenden Industrienationen.

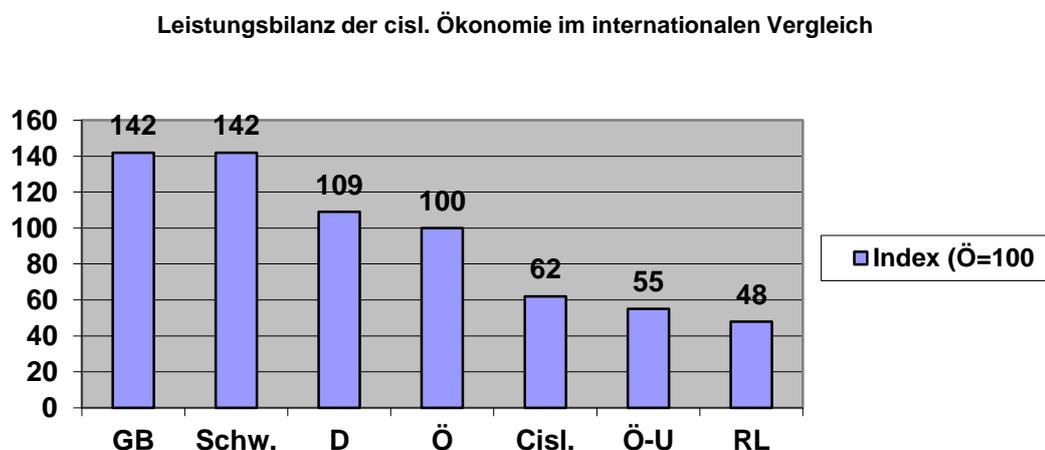


Abbildung 2 Europäisches und "österreichisch-ungarisches" Gefälle¹⁰

Der schlechte wirtschaftliche Zustand des Landes und seiner Industrie führte dazu, dass sich die Monarchie zu einem „Exporteur“ von Arbeitskraft für die höher entwickelten Industrien der westlichen Welt entwickelte. Von 1881 und 1890 verließen 350.000, zwischen 1891 und 1900 etwa 600.000 und schlussendlich bis 1910 weitere 2,1 Millionen Menschen die Monarchie.¹¹

1.2. Der organisierte Kapitalismus und die ökonomische Struktur

Notgedrungen konzentrierte man sich auf den Binnenhandel zwischen den Reichshälften, der auf einer ausgeprägten Arbeitsteilung basierte. Während Textil- und andere Industrieprodukte Cisleithaniens nach Transleithanien geliefert wurden, versorgte der ungarische Reichsteil den westlichen Reichsteil mit Agrarprodukten. Die gegenseitige Abhängigkeit war enorm. Vier Fünftel der landwirtschaftlichen Produkte Ungarns wurden nach Österreich exportiert und im Gegenzug lieferte man 60 Prozent der Textilprodukte nach Ungarn. Durch den Verlust der internationalen ökonomischen Stellung Österreich-Ungarns ging man dazu über, ein betont protektionistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, das

¹⁰ Vgl. David F. Good, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914 (Wien/Köln/Graz). S. 211

¹¹ Vgl. Evelyn Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus (Frankfurt a.M./Berlin/Brüssel/NewYork/Oxford/Wien 2001). S. 45 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 73

sich trotz der beginnenden ökonomischen Globalisierungstendenzen nach dem Börsenkrach von 1873 endgültig zu verhärten begann. Vorangetrieben wurde die Abkapselung vom Weltmarkt von einer Lobby der Großindustriellen, hier besonders im Bereich der Grundstoffindustrie, und Großgrundbesitzern, die in enger Verbindung zur Bürokratie standen. Dieser kleine Personenkreis vermochte es, durch die hohe Konzentration des Kapitals und der Instrumentalisierung der Banken und Kartelle, die Wirtschaftspolitik des Staates in die Bahnen des „organisierten Kapitalismus“ zu lenken. Rudolf Hilferdinger sieht gar die Geburtsstunde des „organisierten Kapitalismus“ im Österreich-Ungarn der Jahrhundertwende.¹²

Ein Indiz für die Durchsetzung dieses Wirtschaftssystems ist die Steuer- und Abgabentwicklung der Jahre von 1867 bis 1913. In dieser Zeit steigerten sich die Zölle, Gebühren und Verzehrssteuern um das Sechsfache, während sich die Quote der direkten Steuern nur verdreifachte. Im letzten Jahr vor dem ersten Weltkrieg machten Zölle, Gebühren und Verzehrssteuern mehr als die Hälfte des Staatshaushalts Österreich-Ungarns aus. Direkte Steuern waren hingegen nur für 28 Prozent verantwortlich. John Evers sieht in dieser sozialpolitisch bedenklichen fiskalischen Grundorientierung einen zentralen Grund für den unverhältnismäßig langsamen Rückgang der Massenarmut und des Elends in der Monarchie, was einen großen Einfluss auf die Struktur und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft hatte.¹³

Das Pro-Kopfeinkommen Cisleithaniens, als Indikator des Wohlstands der Gesellschaft, zeichnet ein eindeutiges Bild. 1913 erreichte der Wert des durchschnittlichen Pro-Kopfeinkommens für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nur 36 Prozent desjenigen der USA, 45 Prozent des Werts Britanniens und 63 Prozent Deutschlands.¹⁴ Im Falle der altösterreichischen Gewerkschaften wirkten sich neben der schlechten Leistungsbilanz der Wirtschaft auch die Armut, die eine Bildungsschwäche bedingte, und die wirtschaftspolitische Machtkonzentration auf einen kleinen Personenkreis, negativ auf die Stärke und die Organisierbarkeit des Proletariats aus.¹⁵

¹² Vgl. Rudolf Hilferdinger, *Das Finanzkapital* (Berlin 1955). zitiert nach: Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S. 72

¹³ Vgl. Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S. 70

¹⁴ Vgl. Eduard März, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josef I.* (Wien 1968). S. 41 zitiert nach: Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S.75

¹⁵ Vgl. Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S. 113 -115

Die wirtschaftliche Situation Cisleithaniens verschlechterte sich weiter mit der beginnenden Industrialisierung Ungarns, der rückläufigen Exportquote in Südosteuropa, wo die Monarchie ihre dominierende Stellung einbüßte, und der Türkei, sowie der steigenden Abhängigkeit von Deutschland.¹⁶ Das Wachstum der österreichisch-ungarischen Industrie war nicht dazu in der Lage, den industrialisierten Agrarstaat Österreich-Ungarn zu den westlichen Industrienationen aufschließen zu lassen. Noch 1910 waren 53 Prozent der Erwerbstätigen der cisleithanischen Reichshälfte in der Landwirtschaft beschäftigt, obwohl nur 27 Prozent des Volkseinkommens im primären Sektor erwirtschaftet wurde.¹⁷ Der sekundäre Wirtschaftssektor Cisleithaniens war geprägt von Niedriglohnsektoren wie der Textilindustrie. Der tschechische Historiker Jiří Kořalka bezifferte für das Jahr 1869 die Aufteilung der 1.775.686 in der cisleithanischen Industrie beschäftigten Arbeiter wie folgt:

Verteilung der Arbeiterschaft auf die Industriesektoren

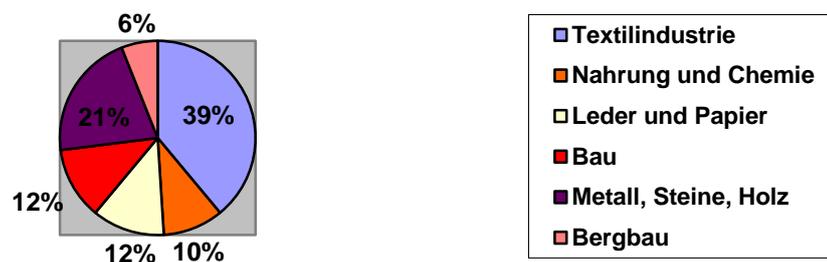


Abbildung 3 ArbeiterInnen im Sekundären Wirtschaftssektor 1869 (Gesamt: 1.775.686 Personen)¹⁸

Trotz hoher Wachstumsquoten zwischen 1890 und 1913 im Maschinenbau (sieben Prozent) und in der Metallindustrie (5,8 Prozent) dominierten weiterhin die Niedriglohnsektoren, vor allem die Textilindustrie.¹⁹

¹⁶ Vgl. ebd. S. 70

¹⁷ Vgl. Peter Eigner, Habsburgermonarchie.

¹⁸ Vgl. Jiří Kořalka, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in Europa (Wien/München 1991). S. 209

¹⁹ Vgl. Good, Der wirtschaftliche Aufstieg. S. 118

1.3. Die ökonomische Sphäre der nationalen Frage

Die nationale Frage und die Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur waren untrennbar miteinander verbunden. Insbesondere der deutsch-tschechische Gegensatz verschärfte sich mit der Steigerung der tschechischen Wirtschaftskraft. Nachdem sich in Folge der Gründerkrise 1873 der Schwerpunkt der cisleithanischen Industrie auf die böhmischen und mährischen Gebiete verlagert hatte, brach eine Blütezeit der tschechischen Nationalgesellschaft an. Am Vorabend des ersten Weltkriegs befand sich letztendlich 85 Prozent der Kohlenproduktion, 70 Prozent der Chemieindustrie, mehr als 75 Prozent der Baumwoll- und Textilproduktion und ein bedeutender Teil der Metallerzeugung in den Ländern der böhmischen Krone.²⁰

Eine gewaltige Konzentration der wirtschaftlichen Kapazitäten, die sich direkt auf die tschechische Gesellschaft auswirkte. Es wurden Arbeiterbildungsvereine, tschechischsprachige Medien, Kulturvereine und ökonomische Vereinigungen gegründet.²¹ So wiesen die Tschechen bei der letzten Volkszählung Österreich-Ungarns 1910 die niedrigste Analphabetenrate der gesamten Monarchie auf. Zudem verlief auch die demographische Entwicklung zugunsten der Tschechen.²² Kontrolliert wurden die böhmisch-mährischen Industrien zu Beginn allerdings meist von deutschen Wirtschaftstreibenden. Kořalka stellt fest, dass Betriebsgründungen in Böhmen bis in die 1870er und in Mähren und Schlesien sogar bis in die 1890er Jahre fast ausschließlich von deutschen und deutsch-jüdischen Bürgern vollzogen wurden.²³ Die Konkurrenz zwischen tschechischen und deutschsprachigen Unternehmern führte zu der Gründung von national getrennten Firmen, wie Budweiser-Budvar (gegründet 1895).²⁴

Entgegen der marxistischen Prämisse, die von der ökonomischen Benachteiligung als Ursprung des Nationalismus ausgeht, hatte der ökonomische Aufschwung der Tschechen als die nationalen Gegensätze verschärft. Der Wirtschaftsnationalismus ging so weit, dass für die große Wirtschaftsausstellung in Prag 1891 ein Boykott gegen deutsch-böhmische Unternehmen erwirkt wurde. John Evers über die Kampagnen zum Boykott von „deut-

²⁰ Vgl. ebd. S. 118f.

²¹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 79

²² Vgl. Alice Teichova, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918 – 1980 (Wien 1988). S. 23 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 82

²³ Vgl. Kořalka, Tschechen. S. 202

²⁴ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 80

schen“ bzw. „tschechischen“ Produkten:

„Gerade dieser Ansatz, weist aber unmissverständlich auf die Instrumentalisierung der „nationalen Frage“ für ökonomische Interessenspolitik hin – und damit auf eine ihrer wesentlichen Grundlagen.“²⁵

Der Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen um politischen, kulturellen und ökonomischen Einfluss in Cisleithanien gewann an Brisanz durch die massive Landflucht aus den tschechischsprachigen Gebieten, die infolge der schlechteren Lebensbedingungen die gesellschaftliche Struktur der urbanen Zentren und ihrer Unternehmen grundlegend veränderte.²⁶ Bevorzugte Ziele der tschechischen Binnenmigration waren die deutschsprachigen Zentren der böhmisch-mährischen Industrie, die lange Zeit auch das Rückgrat der Industrieproduktion darstellten. Es kam zu einer zunehmenden Differenzierung der Arbeiterschaft, wobei die Deutschen zu einem großen Prozentsatz die Vorarbeiter, Meister und Unternehmer stellten. Am Höhepunkt der Entwicklung der altösterreichischen Arbeiterschaft, um das Jahr 1910, waren von etwas mehr als drei Millionen Industriearbeitern 26,6% Tschechen und 25% Deutschösterreicher.²⁷ Quantitativ hatten die Tschechen damit die Führungsrolle in der cisleithanischen Industrieproduktion übernommen.

Der Zuzug der tschechischen Arbeitskräfte, der von den deutschen Unternehmern wegen der niedrigeren Löhne gefördert wurde, wurde von der deutschen Bevölkerung als eine Bedrohung ihrer gesellschaftlichen Stellung gesehen. Es überrascht also nicht, dass auch in der Arbeiterschaft trotz der kollektiven ideologischen Zielsetzungen nationale Gräben verliefen, die sich insbesondere im zweisprachigen und ökonomisch fortschrittlichen Böhmen offenbarten. Das „historisch“ und durch die Industrialisierung auch „kapitalistisch“ umkämpfte Land bildete die Ebene, auf der nationalistische Interpretationen von demographischen Entwicklungen, sozialen Konflikten und ökonomischen Widersprüchen, die Ressentiments zwischen den Völkern nährten.²⁸ In den folgenden Kapiteln dieser Arbeit soll nun herausgearbeitet werden, wie sich die nationale Frage zwischen den zwei

²⁵ Vgl. ebd. S. 81

²⁶ Vgl. Hans Mommsen, Arbeiterbewegung und Nationale Frage. In: Helmut Berding (Hg.), Jürgen Kocka (Hg.), Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 34 (Göttingen 1979). S. 167

²⁷ Vgl. Raimund Löw, Der Zerfall der „Kleinen Internationale“. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreichs (1889-1914), Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 34 (Wien 1984). S. 33

²⁸ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 82

primären Machtblöcken der Arbeiterbewegung, dem Tschechischen und dem Deutschen, auswirkte und mit welchen Lösungsstrategien man versuchte, ein Funktionieren der Sozialdemokratie auf Gewerkschafts- wie auf Parteiebene sicherzustellen.

Teil I: Der Nationalitätenkonflikt in der sozialdemokratischen Partei

2. Erste Gründungsphase 1864 – 1889

Die Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) begann im Grunde genommen schon vor dem Hainfelder Parteitag des Jahres 1889. Die Organisationsbestrebungen der Arbeiterbewegung waren schon ab der Mitte der 1860er Jahre voll im Gange. Der erste Kongress der Internationalen Arbeiterassoziationen vom 28. September 1864 hatte dafür mit dem Leitsatz des „Schutzes und der Emanzipation der Arbeiterklasse“²⁹ die international koordinierten ideologischen Rahmenbedingungen geschaffen. Durch die Legalisierung der Arbeiterbildungsvereine, die dank der Dezemberverfassung von 1867 durchgesetzt ermöglicht wurde, begannen sich in der Donaumonarchie unterschiedliche nationale Parteistrukturen herauszubilden. Diese Strukturen galt es nun in einer internationalen Bewegung zu vereinen und so wurde die nationale Frage schon früh angesprochen und behandelt. In diesem Zusammenhang, aber auch in weiteren für die Arbeiterschaft richtungsweisenden Fragen, ist der Konflikt zwischen Heinrich Oberwinder und dessen Gegenspieler Andreas Scheu von besonderer Signifikanz. In der Geschichtswissenschaft wird diese parteiinterne Auseinandersetzung meist als Ringen zwischen den „Gemäßigten“ und den „Radikalen“ bezeichnet.

2.1. Die „Gemäßigten“ und die „Radikalen“ in der Nationalitätenfrage

Heinrich Oberwinder, die Leitfigur der „Gemäßigten“, besaß neben seinen hervorragenden Kontakten zur reichsdeutschen Sozialdemokratie und der Internationalen auch beste Verbindungen zum bürgerlich-liberalen Milieu, ganz besonders zur deutschen Volkspartei.³⁰ Diese Beziehungen manifestierten sich demgemäß in seinen Standpunkten zur Nationalitätenfrage. Der Historiker Helmut Konrad bescheinigt Oberwinder einen starken „deutschen Zentralismus“, der in Oberwinders Ablehnung der Mehrsprachigkeit des „Manifests an das arbeitende Volk Österreichs“ von 1868 auch augenscheinlich wurde.³¹

²⁹ Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Marx-Engels-Werke, Band 16, S. 15

³⁰ Vgl. Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat (Wien 1963). S. 53

³¹ Vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Materialien zur Arbeiterbewegung,

Auf der anderen Seite stand mit Andreas Scheu ein Genosse, der sich auch den Rechten der nichtdeutschen Arbeiter verpflichtet fühlte und sich auf das „Manifests an das arbeitende Volk Österreichs“ bezog. Oberwinder attackierte Scheu stets mit Vorwürfen des Panslawismus, was zwar bei der Internationalen Gehör fand, seinen Einfluss in der Bewegung aber nicht beschränken konnte. Die Ereignisse um die Gründerkrise, die 1873 in Wien ihren Anfang nahm, verschafften Scheu einen Vorteil gegenüber Oberwinder. Der Liberalismus war in eine Krise geschlittert und jetzt rächten sich die Beziehungen Oberwinders zu diesem politischen Lager. Das Konjunkturtief verschlechterte auch zunehmend die politische Lage der Arbeiterschaft und so kam es zu einem stärkeren Zusammenhalt der Arbeiter ungeachtet ihrer Nationalität. Solidarität und Toleranz gewann gegenüber dem deutschen Zentralismus die Oberhand. Als Höhepunkt dieser Entwicklungen gilt der Neudörfler Parteitag von 1874, wo die Oberwinder-Fraktion eine gravierende Niederlage zur Kenntnis nehmen musste.³²

2.2. Der Parteitag von Neudörfl 1874 und die Motive des Internationalismus

In Neudörfl im heutigen Burgenland, damals zum Königreich Ungarn gehörend, wurde die erste Parteigründung beschlossen. Man befürwortete das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und akzeptierte eine nationale Unterteilung der Arbeiterpartei, ohne aber Forderungen in dieser Form an den Gesamtstaat zu stellen.³³ Dennoch wurde in jener Anfangszeit der deutschen Arbeiterbewegung in Österreich ein Bekenntnis zum Internationalismus abgelegt und es ist trotz des Bedeutungsverlusts der Oberwinder-Fraktion umstritten³⁴, wie weit dieses aus dem, wie Otto Bauer ihn bezeichnet, „naiven Kosmopolitismus“³⁵ der Deutschen und dessen starken liberalen Wurzeln entstammte, oder als ehrlicher Versuch der nationalen Verständigung auf Parteiebene verstanden werden soll.³⁶ Welche tatsächliche Geisteshaltung steht aber hinter dem Terminus des „naiven Kosmopolitismus“, der gerade für die Gründungsphase vor dem Parteitag von Hainfeld 1889 so ausgesprochen charakteristisch ist?

Bd. 4 (Wien 1984). S. 27f.

³² Vgl. ebd. S. 29

³³ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 84, siehe ferner: Konrad, Nationalismus. S. 31

³⁴ Anm. Helmut Konrad vertritt die Ansicht, dass die Ergebnisse des Neudörfler Parteitags die Schaffung einer sozialdemokratischen Bewegung ermöglichten, damit den deutschen Führungsanspruch unterminierten und dementsprechend dem Konzept des „naiven Kosmopolitismus“ entgegenstanden.

³⁵ Vgl. Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907). S. 304

³⁶ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 20

Kennzeichnend für diesen Standpunkt in der Nationalitätenfrage war das Wissen um die de facto Dominanz der Deutschen im wirtschaftlichen und politischen Leben Cisleithaniens. Auch die Mehrheitsverhältnisse in der Bewegung sowie die zentralisiertere und besser vernetzte Parteiorganisation sprachen für die Deutschen als Führungsnation der Bewegung. In der deutschen Parteiführung herrschte deshalb die Ansicht, dass durch ein konstantes Negieren der dringenden Fragen der Nationalität und Parteistruktur de facto der deutsche Führungsanspruch durchgesetzt werden könnte, ohne größere Konflikte zu provozieren. (Einen ähnlichen Standpunkt vertraten die deutschen Abgeordneten des Reichsrats durch die Nichtfestlegung einer offiziellen Geschäftssprache). Dementsprechend leicht fiel es den Deutschen, den Internationalismus zu betonen und den Nationalitätenkonflikt als bürgerliches Instrument zur Unterdrückung und politischen Machtminderung der Arbeiterschaft hinzustellen.

Die Positionen der tschechischen Arbeiterbewegung zur Nationalitätenfrage gestalteten sich oberflächlich gesehen sehr ähnlich, obwohl die gesellschaftlichen und politischen Vorbedingungen recht unterschiedlich aussahen. Gleichwohl zeigte sich, dass auch die tschechischen Arbeiter erwartungsgemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen Platz einräumten und dieses Prinzip überraschenderweise wie ihre deutschen Genossen dem Internationalismus hintanstellten.³⁷ Überraschend ist dies deshalb, weil für die tschechische Bewegung der Kampf gegen die soziale meist mit dem Kampf gegen die nationale Unterdrückung verbunden war. Nichtsdestotrotz schien man sich dessen ungeachtet mit den Richtungsvorgaben der deutschen Arbeiterbewegung zu arrangieren, was sich auch in der Nichtausbreitung des Sprachenstreits innerhalb der Bewegung manifestierte. Hans Mommsen begründet dies wie folgt:

„Die Sozialdemokratie erschien zunächst in Böhmen... als der Form nach deutsche Bewegung, ohne daß dies die anderen Nationalitäten als diskriminierend empfanden.“³⁸

Offensichtlich war der Kampf gegen das liberale Bürgertum und für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter in der ersten Gründungsphase der Arbeiterpartei dringlicher als das Nationalitätenproblem. Einen Rückschlag in mehreren Bereichen erfuhr die noch junge Arbeiterbewegung durch die anhaltende Gründerkrise. Die Wirtschaftskrise ver-

³⁷ Vgl. Löw, Zerfall. S. 12

³⁸ Hans Mommsen: Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung. In: Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 6. (Trier 1971). S.17

schlechterte die Lebensbedingungen der Arbeiter in der gesamten Monarchie derart, dass mit der Zeit auch in der Arbeiterschaft nationale Ressentiments um sich griffen. Die Zeiten der nationalen Verbrüderung im Kampf gegen den für die Krise verantwortlichen Liberalismus wichen der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes, was nationale Stereotypen wie den „lohndrückenden slawischen Arbeiter“ oder den „privilegierten Deutschen“ förderte und die Organisationsbestrebungen und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterpartei hemmte.³⁹ Zu allem Überfluss wurde der Delegiertentag von Marchegg 1875, die erste Zusammenkunft nach dem Neudörfler Parteitag, behördlich aufgelöst.⁴⁰ Nach diesem Ereignis etablierte sich ein neuer Parteiführer an der Spitze. Emil Kaler-Reinthal, ein mehrmals wegen „Aufreizung“ verurteilter und zwischen 1873 und 1895 in Deutschland exilierter Arbeiterführer, versuchte die Partei zu festigen, indem er sich bemühte die jährlichen Delegiertentage, die in Neudorfel beschlossen wurden, zu verwirklichen. Indes schlug Kaler-Rheinthal in der Nationalitätenfrage eine andere Richtung ein. Bei der Planung des Wiener Neustädter Parteitags 1876 nahm er keinen Kontakt mit den tschechischen Genossen auf, kontaktierte aber sehr wohl die übriggebliebenen Anhänger der Oberwinder-Fraktion. Ein starkes Zeichen des Willens der neuen Parteiführung zur Forcierung einer deutschen Zentralisierung. Die nationale Frage wird im Wiener Neustädter Programm nur in einem Satz thematisiert:

„... das Wort Nationalität ist uns nur ein leerer Schall, der vor der Interessensgemeinschaft, die uns verknüpft, verklingt.“⁴¹

Wenn auch der „naive Kosmopolitismus“ dem deutschen Teil der altösterreichischen Arbeiterbewegung sicherlich von Anfang an immanent war, so bezeugt dieses Zitat doch eine regelrechte Renaissance dieser Geisteshaltung. Die Ausgrenzung der Tschechen durch Kaler-Rheinthal entblößt jedoch seine offen deutsch-nationale und tschechenfeindliche Politik. Reinthals Parteiprogramm hielt nur ein Jahr und wurde 1877 in Atzgersdorf wieder aufgehoben. Die Delegierten entschieden, dass man sich künftig wieder in Fragen der Parteistruktur an das Neudörfler Programm halten sollte. Die direkte Konsequenz daraus war die Gründung der tschechoslawischen Sozialdemokratie am 7. April 1878 in Brevnov. Die neu geschaffene Partei sah sich als autonomer Bestandteil der österreichi-

³⁹ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 33

⁴⁰ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 61

⁴¹ Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966. Klaus Berchthold (Hg.) (Wien 1967) S. 120, zitiert aus Konrad, Nationalismus. S.35

schen Partei.⁴² Ein für kommende Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und tschechischen Genossen höchst relevante Problemstellung ist die Auffassung der tschechoslawischen Sozialdemokratie von der Nation als Konzept. Zdenek Solle bezeichnet diese als „*sprachlich-personalistische Auffassung der Nation*“⁴³. Alle tschechischen Bürger Cisleithaniens sollten unabhängig von den Kronlandsgrenzen dazu berechtigt sein, ihre nationale und sprachlich-kulturelle Identität auszuleben. In der Verwaltung und im Bildungssystem wären dadurch in mehrheitlich nicht tschechischsprachigen Gebieten tiefgreifende Reformen notwendig geworden. In Anbetracht der großen tschechischen Minderheiten auf deutschem Gebiet, insbesondere der tschechischen Minderheit in der Reichshauptstadt Wien, bot diese Definition des Nationsbegriffs erhebliches Konfliktpotential.

Ein erneutes Aufflammen des parteiinternen Kampfes zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ begann schließlich Anfang der 1880er Jahre die Fortschritte, die von den Sozialdemokraten durchgesetzt worden waren, zu gefährden. Erst die Wahlrechtserweiterungen der 1880er Jahre brachten neuen Schwung in die Debatte um einen zukünftigen Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Bewegungen Cisleithaniens unter einer Gesamtpartei, die sich im Reichsrat zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor entwickeln sollte. Nachdem das Kurienwahlrecht von 1873 mit seinem zu hohen Steuerzensus, noch nicht geeignet war, um das Wählerpotential der Sozialdemokratie zur Machtentfaltung zu bringen, kämpfte man um Wahlrechtsreformen. Im Jahr 1882 kam es unter Ministerpräsidenten Taaffe zu einer ersten Wahlrechtserweiterung, wenn auch nicht so weitgehend wie von der Sozialdemokratie gefordert. Der Zensus wurde herabgesetzt und ermöglichte so mehr männlichen Bürgern der Mittelschicht die politische Partizipation.⁴⁴ Die Chancen für eine Vertretung der Arbeiterschaft im Reichsrat waren demgemäß so gut wie noch nie. Um das Ziel der politischen Partizipation einer starken geeinten sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verwirklichen, bedurfte es aber einer Führungspersönlichkeit, die es mit Kompromissfähigkeit und vor allem diplomatischer Sensibilität vermochte, eine interna-

⁴² Vgl. Zdenek Solle, Die tschechische Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 6/7 (Hannover 1967). S. 325f.

⁴³ Vgl. ebd. S. 94

⁴⁴ Vgl. Stefan Malfèr, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – Siebzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“. In: Helmut Rumpler (Hg.), Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 -1918, Bd. 7 Verfassung und Parlamentarismus. 1. Teilband Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Wien 2000). 11-67. S. 48

tionale Gesamtpartei zu formen, ohne sie gleich dem Chaos der Nationalitätenkonflikte auszuliefern. Der 1852 in Prag geborene und in Wien aufgewachsene Arzt und Arbeiterführer Viktor Adler stellte sich dieser historischen Aufgabe.

3. Parteitag von Hainfeld 1889

„Die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist eine Internationale Partei, sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso, wie der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss wie die Ausbeutung selbst.“⁴⁵

So lautete die Prinzipienklärung des Hainfelder Parteitags 1889 in Bezug auf die Nationalitätenfrage. Die Gründung der SDAP stand wegen der zunehmenden Nationalisierung in der Gesellschaft und in den anderen politischen Parteien unter keinem guten Stern. Im Vordergrund der politischen Praxis diesseits der Leitha stand nämlich das Feilschen um wirtschaftliche und nationale Zugeständnisse. Wie war es also möglich, in dieser konfliktreichen Umgebung eine internationale Partei zu formen? Adler wusste, dass selbst die größte Euphorie der ideologischen Einheit schnell den handfesten Streitereien um Macht und Strukturfragen erliegen konnte. Adler zu den Delegierten des Parteitags:

„Daß sie die Einigkeit also wollen, daran zweifelt niemand. Die Schwierigkeit ist nur die: Das allgemeine Programm anzuerkennen ist freilich viel leichter, als sich im Einzelnen zu verständigen.“⁴⁶

Die Prinzipienklärung von Hainfeld war demnach ein Akt der theoretischen Einheit einer Partei, deren Zusammenhalt nur durch eine konstante Ausklammerung der Realität garantiert werden konnte. Gerade die Strukturfragen beinhalteten aufgrund der unterschiedlichen Nationalitäten der Bewegung genügend Sprengstoff, um die mühsam betriebene Neugründung der Gesamtpartei ernsthaft zu bedrohen. Die de facto Existenz einer eigenen tschechischen Parteiorganisation wurde deswegen, auch um eine gemischte Parteistruktur zu vermeiden, ignoriert. Schließlich war man sich der immer noch führenden Rolle der Deutschen im politischen und ökonomischen Leben Österreichs bewusst. Hin-

⁴⁵ Die Verhandlungen des Parteitags der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld (30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889), S.3

⁴⁶ Victor Adler, Die Einheit der Partei, Prinzipienklärung am Parteitag in Hainfeld 1889. In: Anton Tesarek (Hg.), Große Gestalten des Sozialismus Bd. I: Victor Adler, aus seinen Reden und Schriften (Wien 1947). S. 44

sichtlich der anderen Nationalitäten innerhalb der cisleithanischen Arbeiterbewegung, so stellten diese aufgrund ihrer geringeren Größe keine echte Bedrohung für die deutsche Parteiführung dar und waren ultimativ dazu gezwungen, in der deutschen Partei aufzugehen.⁴⁷

3.1. Integrative Elemente

Dennoch würde man dem komplexen Ideenkonstrukt der Internationalität der österreichischen Sozialdemokratie nicht gerecht werden, reduzierte man es rein auf die Machtgelüste der deutschen Parteifunktionäre und dem viel zitierten naiven Kosmopolitismus. Der Wille zur unbedingten Ausklammerung der Nationalitätenproblematik fußte auch auf fundamentalen ideologischen Annahmen, die eng mit den politischen Rahmenbedingungen Österreichs verwoben waren. So ortet Helmut Konrad, unter Berücksichtigung der Thesen von Hans Mommsen, die Wurzel des Konflikts zwischen den Nationalitäten und der altösterreichischen Sozialdemokratie im elementaren Wesen der Bewegung selbst. Die Arbeiterschaft benötigte gewisse moderne staatliche und ökonomische Voraussetzungen, um sich voll entfalten zu können und so forderte man Verfassungs- und Verwaltungsreformen, die auch von den Liberalen verlangt wurden.⁴⁸ Man beteiligte sich konstruktiv an der Errichtung eines Gesamtstaats nach westeuropäischem Vorbild, in dem der Kapitalismus fest verankert war, was den Boden für den sozialistischen Klassenkampf bereiten sollte.⁴⁹

Soweit die Begriffe *Marxismus* und *Liberalismus* ideologisch gegensätzlich zu sein scheinen, in den Anfängen der österreichischen Sozialdemokratie war ihre merkwürdige Symbiose überlebensnotwendig. Die Zielsetzung eines kapitalistischen Gesamtstaates bewirkte die natürliche Opposition zu allen zentrifugalen bzw. nationalen Strömungen.⁵⁰ Ganz in diesem Sinne sieht Konrad die Sozialdemokratie als die stärkste integrierende Kraft der Monarchie⁵¹ Ein zentrales Instrument für Adlers Einigungsbestrebungen war mit Sicherheit der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, das ein großes und damals

⁴⁷ Vgl. Löw, Zerfall, S. 13

⁴⁸ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S.158

⁴⁹ Vgl. ebd. S.159

⁵⁰ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 49

⁵¹ Vgl. ebd. S. 51

höchst aktuelles Anliegen aller Sozialdemokraten war und eine ungemeine Integrationsleistung vollbrachte.

„Dies entsprang nicht nur taktischem Kalkül. Vielmehr war Adler davon überzeugt, dass die nationalen Gegensätze mit der Einführung des gleichen Wahlrechts, das zugleich eine angemessene Vertretung der einzelnen nationalen Gruppen brachte, wesentlich entschärft werden würden.“⁵²

Das allgemeine Wahlrecht, dessen waren sich die deutschen Parteiführer bewusst, würde Kraft der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung nicht nur einen seit jeher in der Arbeiterschaft bestehenden ideologisch-sozialistischen Wunsch erfüllen, sondern auch den deutschen Führungsanspruch innerhalb der Gesamtpartei legalisieren. Ganz dem Konzept des naiven Kosmopolitismus entsprechend, versuchte man also einer direkten Konfrontation in strittigen Fragen aus dem Weg zu gehen, um die realiter gegebene Dominanz der deutschen Partei nicht zu gefährden und durch eher theoretische Grundfesten eine gesamtösterreichische Sozialdemokratische Partei zu gründen. Aber nicht nur der Glaube an die integrative Kraft des Wahlrechtskampfes ließ die Parteitheoretiker optimistisch in die Zukunft blicken. Das von sozialistischer Seite unbestrittene Fortschreiten des Massenelends sollte im Laufe der Zeit auch den Mittelstand, der ja bekanntlich ein Träger des nationalen Gedankenguts war, mit sich reißen. Sobald auch dieses für die Konstituierung des Staates maßgebliche Gesellschaftssegment die sozialen Ungerechtigkeiten am eigenen Leib erfahren würde, müssten die nationalen Unterschiede im Angesicht der Klassenunterschiede verblassen.⁵³

Vereinend wirkte auch die Ablehnung der polizeistaatlichen Methoden des Taaffe-Regimes. Viktor Adler mobilisierte die deutschen Anhänger, um die Repressionen gegen die Arbeiterschaft in Böhmen und Mähren zu beenden. Es wurde als Akt der internationalen Solidarität gesehen, der Adlers Verhandlungsposition in Hainfeld stärkte und die tschechischen Funktionäre davon abhielt, sich den nationalen politischen Kräften in Prag zuzuwenden.⁵⁴ Im Vorfeld des Parteitages waren nur die radikalen Jungtschechen eine echte Bedrohung für Adlers Pläne, da diese durch ihre Parteipresse ein hohes Maß an Ein-

⁵² Hans Mommsen, Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. In: Jürgen Nautz (Hg.), Richard Vahrenkamp (Hg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1996). 747-758.
S. 750

⁵³ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 48

⁵⁴ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 138

fluss innerhalb der tschechischen Bewegung hatten und stets gegen eine Zentralisierung und Internationalisierung eintraten. Noch bei den Verhandlungen um eine Beendigung der Ausnahmegesetzgebung und Rechtsprechung des Ministerpräsidenten Taaffe erhoffte sich Viktor Adler die Unterstützung des linken Flügels der Jungtschechen. Seine Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht, da innerhalb der Jungtschechen der, durch die Herabsetzung der Zensusgrenze erstarkte, kleinbürgerliche Flügel begann, sich politisch von den Interessen der Arbeiterschaft zu distanzieren. Diese Entwicklung gipfelte schließlich in der Zustimmung der Jungtschechen zu dem Taaffeschen Sozialistengesetz. Was auf den ersten Blick einer Schwächung der Arbeiterbewegung in Böhmen und Mähren gleichkam, ebnete andererseits den Weg zu einer internationalen Partei auf cisleithanischem Boden.⁵⁵

Schließlich gelang Viktor Adler der Drahtseilakt und die Gesamtpartei wurde aus der Taufe gehoben. Die Prinzipienklärung von Hainfeld 1889 war das erste marxistische Parteiprogramm auf mitteleuropäischem Boden und innerparteilich ein großer Erfolg. Nur drei der 73 stimmberechtigten Delegierten stimmten dagegen. Die anarchistisch-nationalistischen Radikalen waren die großen Verlierer des Parteitags. Ihre Forderungen wurden zu Gunsten des internationalen Klassenkampfes und der Kompromissfähigkeit mit dem Bürgertum verworfen. Das Schlussprogramm wurde in allen Sprachen verfasst und nicht nur in der inoffiziellen Arbeitssprache Deutsch. Am Ende des Parteitags standen zwei nationale Parteien, die sich auf die in Hainfeld beschlossenen Prinzipien beriefen, aber ansonsten eigene Wege beschritten.

Schon den Zeitgenossen war bewusst, dass in Hainfeld keine Auseinandersetzung mit dem Nationalitätenproblem stattgefunden hatte. Direkt am Parteitag sprach dies jedoch nur ein Redner dezidiert an. Der Delegierte Hannich aus Reichenberg klagte, dass ihm die Standpunkte der Prinzipienklärung in diesem Bereich zu vage seien, aber dass er sich dem allgemeinen Tenor unterordnen würde, der eine Einmischung der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Nationalitätenkonflikt ablehne.⁵⁶ Die tschechischen Genossen reagierten stets mit einem gewissen Argwohn auf das Fehlen einer Nationalitätenpolitik der deutschen Funktionäre. Man sah sich deshalb auf deutscher Seite schon früh dem Vorwurf der Germanisierung ausgesetzt. František Modraček, der Redakteur der tschechischen Parteizeitung „Akademie“, sah sogar bis zum Brüner Parteitag von 1899 keinerlei Willen zur

⁵⁵ Vgl. Konrad, Nationalismus S. 41

⁵⁶ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 153

Diskussion der nationalen Frage.⁵⁷ Die historisch-wissenschaftliche Bewertung fällt keineswegs einheitlich aus. Raimund Löw und Helmut Konrad schreiben von einem taktischen Manöver Adlers, der unbedingt die deutsche Stellung an der Spitze der Bewegung festigen und die Gesamtpartei als eine Tochterpartei der deutschen Partei etablieren wollte. Beide Autoren ziehen dafür Zitate heran, die die deutschnationalen Wurzeln Viktor Adlers widerspiegeln, wie etwa die folgende Aussage zur Stellung des Deutschen in der Sozialdemokratie:

„Für Österreich ist die Sprache der Sozialdemokratie die deutsche! Das Verständnis der deutschen Sprache gibt dem slawischen Arbeiter nicht nur Freizügigkeit, er erschließt ihm auch die ganze sozialistische Literatur, den sozialdemokratischen Ideenkreis. Weiters ist die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung und ihren Lebensbedingungen die uns am nächsten stehende und am engsten mit uns verbündete. Als Deutsche also kann es uns sehr gleichgültig sein, ob die Tschechen Deutsch lernen, als Sozialdemokraten müssen wir es geradezu wünschen.“⁵⁸

Auf der Gegenseite würdigt der Historiker Hans Mommsen Viktor Adler als politisches Schwergewicht, dem es primär darum ginge, zunächst eine erste Phase der Zusammenarbeit einzuleiten, die es später möglich machen sollte, die internationale Solidarität auch in der politischen Realität zu verankern.⁵⁹

Die Spekulation über Adlers Beweggründe ist für mich nicht von überragender Relevanz, da ich meine, dass Adler den einzigen gangbaren Weg wählte, wäre doch der Einigungsparteitag ansonsten wohl in nationalen Polemiken und Querelen um strukturelle inhaltliche Autonomien versunken. Mit einer Stimme sprechen die Historiker aber über die Wirkung Hainfelds. In den folgenden Jahren konnte man sich nämlich tatsächlich noch von nationalen Rivalitäten abgrenzen, die gerade im Bürgertum wüteten. Ein gutes Beispiel für diesen aktiv funktionierenden Multinationalismus waren die mehrsprachigen Maifeiern, die ab 1890 einen wichtigen Bestandteil der Arbeiterbewegung darstellten und als Instrument der Einigung dienten. Sogar beim Wahlverhalten schien die Internationalität zu siegen, wie dies die nationenübergreifenden Wahlerfolge sozialdemokratischer Kandidaten bezeugen

⁵⁷ Vgl: Löw, Zerfall der „Kleinen Internationale“, S. 24

⁵⁸ Viktor Adler, Aufsätze, Reden und Briefe Nr. 5. Hgg. Vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs (Wien 1929). S. 65-67

⁵⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 154

„Mit Stolz können wir sagen, daß die Sozialdemokratie des vom Sprachenstreit zerrissenen Österreich nicht einen einzigen Punkt zu verzeichnen hat, an dem nationaler Zwist die gemeinsame Arbeit gehindert hätte.“⁶⁰

4. Die Anfangsjahre bis zum Parteitag 1897

Die erste Phase nach der Vereinigung der Bewegung war die Zeit des Aufstiegs zur Massenpartei. Durch die fortschreitende Industrialisierung setzte ein großer Zulauf von nicht-deutschen, vor allem tschechischen, Mitgliedern ein. Diese musste man nun in die Strukturen einbinden, was zu einer Gefährdung der internen nationalen Machtbalance führte. Prag schwang sich zum Zentrum der zentrifugalen Kräfte auf und viele Prager Abgeordnete agitierten offen gegen die Nationalitätenpolitik der Gesamtpartei.⁶¹ Nur zwei Jahre nach der Einigung in Hainburg kam es schließlich beim Parteitag 1891 in Wien zur Abspaltung der tschechisch-nationalen Sozialdemokraten von der Internationalen Partei. Die tschechisch-nationalen Sozialdemokraten wollten verstärkt die bürgerlichen Interessen vertreten und gingen somit auf ideologischen als auch nationalistischen Konfrontationskurs mit der Gesamtpartei. Die Hauptforderungen waren die Erweiterung der Hainfelder Prinzipienklärung um eine ausdrückliche Verurteilung der nationalen Unterdrückung und die Organisation der Partei nach „Volksstämmen“.⁶²

Um diese Forderungen durchzusetzen, bediente man sich des Bildes eines zentralisierungswütigen Viktor Adlers, dessen oberstes Ziel die Germanisierung der Bewegung sei. Ein bereits länger bekannter Vorwurf, der auch aus heutiger Perspektive durchaus nachvollziehbar ist. So machte doch Adler nie einen Hehl daraus, dass er die reichsdeutsche Parteistruktur mit kleineren nationalen und politischen Anpassungen auf Österreich übertragen wollte, was eine Zentralisierung und Abschaffung autonomer Strukturen bedeutet hätte. Ein ausgeprägtes großdeutsches Denken war in der deutschen Führung indes aber nicht vorhanden. Organisationsbasis der Partei war stets der österreichische Gesamtstaat. Alle nationalen Gruppierungen bis auf die Polen akzeptierten dies auch ohne größeren Widerstand.

Die Forderungen der tschechisch-nationalen Delegierten wurden allesamt abgelehnt und

⁶⁰ Vgl. Löw, Zerfall. S.16

⁶¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 185

⁶² Vgl. Löw, Zerfall. S. 17

ihrer Parteipresse wurde die Anerkennung entzogen. Im Allgemeinen wurde dieser Vorfall als Lapalie abgetan, jedoch stellt die Abspaltung der tschechisch-nationalen Abgeordneten von 1891 das erste Anzeichen einer national begründeten Zersplitterung der internationalen Partei. Wie wenig Viktor Adler aber diesem Ereignis an Bedeutung zuschrieb, ist in einem Brief Adlers an Friedrich Engels zu erkennen:

„Zum Glück sind die nationalen Schwierigkeiten bei uns völlig überwunden, was davon bleibt, wird der Parteitag zeigen: furchtbare Langeweile beim Anhören ebenso begeisterter als endloser tschechischer Reden. Ein paar Bürschchen in Prag, die, um was zu sein, „national-international“ geworden sind, bitten flehentlich, von uns zugelassen zu werden und werden wahrscheinlich auf dem Parteitag als gesonderte Gruppe ihren Geist aufgeben - soweit die vorhandenen Kräfte reichen ...“⁶³

Nach dem Austritt der tschechisch-nationalen Sozialdemokraten kehrte wieder der gewohnte „naive Kosmopolitismus“ ein und die deutsche Führung wählte sich in Sicherheit vor weiteren separatistischen Strömungen. Die Liebe aller zu allen wurde wieder beschworen.⁶⁴ Der Drang zur Föderalisierung tauchte aber auch bei den Anhängern von Hybeš auf, obwohl sie treu zur Gesamtpartei standen, und sollte sich zu einer existentiellen Frage entwickeln. Beim tschechoslawischen Parteitag in Prag formulierte man dazu den folgenden Grundsatz:

„Die tschechoslawische Arbeiterpartei ist ein Zweig der österreichischen Sozialdemokratie, hat jedoch ihre eigene Organisation. Die Organisation muss eine jede Nation selbstständig durchführen, aber vor dem gemeinsamen Feind müssen alle Nationen Österreichs einig sein.“⁶⁵

Ein Indiz für die Ernsthaftigkeit dieser Verselbständigungstendenzen war die tschechische Ablehnung der Teilnahme an einem außerordentlichen internationalen Parteitag Ende 1891 und der Aufbau eigener Gewerkschaften, die die Schlagkraft und Unabhängigkeit der tschechischen Bewegung immens steigerte. Am 3. Parteitag von 1892 waren die Tschechen nur minimal vertreten und in der gewählten Gesamtparteileitung war kein einziger Tscheche. Die Politik Adlers, die nationalen Streitigkeiten mit gemeinsamen übernationalen Forderungen und Feindbildern zu überdecken, geriet in den Jahren 1892 und 1893 zunehmend unter Druck. Grund dafür war die geplante Wahlrechtsreform von Ministerpräsident Eduard Taaffe, der ein allgemeines (aber nicht gleiches) Wahlrecht einfüh-

⁶³ Ebd. S. 17

⁶⁴ Vgl. ebd. S. 13

⁶⁵ Zitiert nach: Konrad, Nationalismus. S. 52

ren wollte. Diese Reform entstand zum großen Teil durch die sozialdemokratische Androhung eines Generalstreiks und kann deshalb als großer politischer Sieg der SDAP gewertet werden. Nun schlitterte man aber in ein echtes Dilemma. Es wurde klar, dass die anderen Parteien im Reichsrat gewillt waren, die Streitigkeiten über die Reform zum Sturz Taaffes auszunutzen und für die Sozialdemokraten war es nach all der Mühen des Kampfes gegen das Regime des Ministerpräsidenten nicht möglich, Eduard Taaffe offen zu unterstützen. Viktor Adler ging von der Drohung des Generalstreiks ab und überließ, gegen heftigen Widerstand der Tschechen, Taaffe und damit die Wahlrechtsreform, seinem Schicksal. Des einigenden Faktors Generalstreik beraubt, musste die Gesamtpartei den nationalistischen Kräften wieder mehr Raum überlassen. Tatsächlich wurden sofort nach der Absetzung Taaffes die Selbständigkeitsbestrebungen der tschechoslawischen Bewegung mit bedeutend mehr Nachdruck betrieben als vorher.

Überdies begannen auch die anderen Parteien in Österreich die Arbeiterklasse als Wählerschaft für sich zu entdecken. Besonders die Deutschnationalen und die Christlichsozialen versuchten der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft des heutigen Österreichs den Rang abzulaufen. Beide Parteien nutzten die Vorbehalte gegenüber der Internationalität der SDAP geschickt aus und zwangen so die Sozialdemokraten zu heiklen Stellungnahmen in der Nationalitätenfrage. Helmut Konrad zeigt an dieser Stelle auf, dass vor allem die Christlichsozialen auch durch ihren Antisemitismus und dessen starker sozialer Komponente bei den Arbeitern durchaus erfolgreich waren.⁶⁶ Auf tschechischer Seite vergrößerte sich der Druck der Jungtschechen auf den tschechoslawischen Parteiflügel und in Deutschböhmen verfiel man ebenso zusehends der deutschnationalen Demagogie.⁶⁷ Verschlimmert wurde die ganze Situation noch durch eine langsam einsetzende Rezession und das Ende der Aufbruchsstimmung der Sozialdemokratie

Auf dem Weg zur Selbständigkeit der tschechoslawischen Partei muss man dem Budweiser Parteitag 1893 eine herausragende Stellung einräumen. Er bedeutete die endgültige Verdrängung des Internationalisten Josef Hybeš und die Machtverlagerung vom national kooperativen Brünn ins tschechisch-nationalistisch geprägte Prag. Resultat dieser Prozesse war der Beschluss, eine eigene zentralisierte Parteiorganisation, in die auch tschechi-

⁶⁶ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 53f.

⁶⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 167f.

sche Vereine in Wien und Niederösterreich integriert werden sollten, zu schaffen. Da nun in gemischtsprachigen Gebieten zusätzliche nationale Strukturen entwickelt wurden, gestaltete sich die internationale Zusammenarbeit auf unterer Ebene weit schwieriger wie auch ineffizienter. Ein entscheidender Rückschlag für die Gesamtpartei also, obwohl die tschechischen Abgeordneten in Budweis sich immer noch auf die Prinzipienklärung von Hainfeld beriefen und sich auch noch als Teil der österreichischen Gesamtpartei verstanden.⁶⁸

Vom 25. bis 31. März 1894 wurde beim 4. Parteitag in Wien noch gute Miene zum bösen Spiel gemacht und mangels Alternativen würdigte man sogar den Aufstieg der tschechischen Partei. Die tschechischen Delegierten des Parteitags wurden als einzige nationale Fraktion extra begrüßt, was Helmut Konrad als ein Zeichen wertet, dass der tschechische Parteiflügel für die Führung der Gesamtpartei nicht mehr als einer von mehreren Teilen der Partei, sondern als mehr oder weniger außenstehende Fraktion gesehen wurde.⁶⁹

Integrativ wirkte nach Budweis primär die Ende 1893 gegründete Reichsgewerkschaftskommission Österreichs und ihr Vorsitzender Anton Hueber, die in Teil II „Gewerkschaftsarbeit und die nationale Frage“ dieser Arbeit noch genauer betrachtet werden wird.⁷⁰ Es stand nämlich für alle nationalen Strömungen der Sozialdemokratie zweifelsfrei fest, dass, solange der Gesamtstaat die Operationsgrundlage der Sozialdemokratie bildete, die politische Kampfkraft der Arbeiterbewegung zu einem hohen Grad von der geeinten Gewerkschaft abhing.⁷¹ Das hat seinen Grund vor allem darin, dass die SDAP bis 1897 nicht im Reichsrat vertreten war und die politische Arbeit außerparlamentarisch verrichtet werden musste. Des Weiteren war die Gewerkschaft für die Finanzierung der Parteigeschäfte unerlässlich, da man in der Partei aus Angst vor polizeilichen Repressionen davon absah, Mitgliedsbeiträge einzuheben und Sammlungen zu veranstalten.

⁶⁸ Vgl. ebd. S. 201

⁶⁹ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 55

⁷⁰ Siehe: diese Arbeit S.79

⁷¹ Vgl. Walter Göhring, Brigitte Pellar, Zwischen Anpassung und Widerstand, Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Wien 2001). S. 14.

4.1. Die Badenische Wahlrechtsreform: Die Sozialdemokratie als moderne Partei

Eine große Veränderung der politischen Verhältnisse Cisleithaniens wurde durch die Ministerpräsidentenschaft Kasimir Felix Graf Badenis eingeleitet. Badeni, der am 30. September 1895 sein Amt antrat, begann ohne Umschweife Verhandlungen für eine erneute Wahlrechtsreform. Alle männlichen Staatsbürger über 24 Jahre sollten in einer fünften Wahlkurie zusammengefasst werden. Diese Reform veränderte die Parteienlandschaft, die bis dato aus lose miteinander koalierenden Honoratiorenparteien bestand, tiefgreifend. Der Startschuss war gefallen, um auch in Österreich moderne und effiziente Massenparteien zu formen. Nach einer vorübergehenden Verschnaufpause rückte die Strukturfrage also wieder in den Vordergrund was zum Aufflammen der alten Konflikte zwischen der deutsch geführten Gesamtpartei und der tschechischen Sozialdemokratie führte.⁷²

Beim Internationalen Parteitag in Prag 1896 verlangte Antonín Nemeč, der Redakteur des tschechischen Parteiblattes in Wien, dass die Führung der österreichischen Gesamtpartei aus Exekutivausschüssen der nationalen Parteien beschickt werden sollte. Der Antrag kam einer „*statutarischen Festlegung der nationalen Diversifizierung der Organisationsstruktur*“⁷³ gleich und war nicht im Interesse der deutschösterreichischen Führung, da seit Hainfeld 1889 die deutsch-österreichische Parteileitung unter Einbeziehung von Delegierten anderer Nationen die Geschicke der sozialdemokratischen Bewegung gelenkt hatte. Die von Nemeč geforderte Zergliederung hätte die Formierung einer unabhängigen Gesamtpartei bedeutet in der die deutsche Sozialdemokratie in der gleichen untergeordneten Beziehung zur Gesamtpartei gestanden wäre wie die Parteien der anderen Nationen.⁷⁴ Viktor Adler stellte einen Kompromissantrag, aufgrund dessen zwar eine föderalistische Gesamtvertretung geschaffen wurde, aber dennoch Genossen aller anderen Nationen in die deutsch dominierte österreichische Partei entsandt wurden. Die neue Gesamtvertretung blieb ein Stückwerk, denn die deutschen Sozialdemokraten wählten als einzige keine eigene Parteivertretung und hielten auch keinen Parteitag ab. Letztlich verkam die Gesamtvertretung zu einem weithin bedeutungslosen Gremium, das nur auf Drängen der österreichischen Parteileitung zusammentrat, sonst aber kein Eigenleben entwickelte.⁷⁵

⁷² Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 211

⁷³ Wolfgang Maderthaner, Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie (Wien 1996). S. 49

⁷⁴ Vgl. ebd. S. 50

⁷⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 203

Die Konsequenz war eine ständige Diskussion um die Kompetenzen der beiden Gremien. Diese problematische Konstellation, die durch die sporadisch zusammentretende Gesamtvertretung und die international besetzte deutsche Parteileitung geschaffen wurde, kann einerseits als ein Ergebnis des Unvermögens der Führungspersonlichkeiten gesehen werden, die es verabsäumten die wahren Konflikte zu bereinigen, andererseits war es mit Sicherheit eine große diplomatische Leistung in einer national auseinanderdriftenden Gesellschaft überhaupt, eine internationale Partei, in der das hohe Gut der Kompromissfähigkeit noch existierte, zu erhalten. Faktum ist, dass trotz der ständigen Fragen nach den Kompetenzen der Gremien, die Partei ihre gewohnte Linie fortführte und es vorerst zu keinem Ende der deutsch geführten Gesamtpartei kam. Die Einheit der Partei konnte auch deshalb bewahrt werden, da sich Viktor Adler immer wieder von den deutsch-nationalen Zentralisten in seinen eigenen Reihen abgrenzte und sich den Nationalisten annäherte, indem er die österreichische Parteileitung als Verbindungsglied zwischen den nationalen Exekutivkomitees bezeichnete und die Gesamtheit dieser, symbolisch über die österreichische Parteileitung stellte.⁷⁶ Die Metamorphose Viktor Adlers vom Anhänger der deutsch-nationalen Bewegung hin zur Integrationsfigur der cisleithanischen Sozialdemokratie muss hier allerdings auch unter dem Aspekt des „*naiven Kosmopolitismus*“ und der immer noch existenten deutschen Dominanz in der Gesamtpartei betrachtet werden.

Es sollte sich in den folgenden Jahren herausstellen, dass die parallel zu den Föderalisierungsbestrebungen der Partei beginnende Dezentralisierung der Gewerkschaften, die noch drei Jahre zuvor zur Zeit des Budweiser Parteitags 1893 als integratives Element fungiert hatte, den Internationalismus der Partei gefährdete. Die Struktur der Gewerkschaften war auf lokaler Ebene meist identisch mit den Bildungsvereinen, die stark national und oft deutsch geprägt waren. Die tschechischen Sozialdemokraten befürchteten aufgrund des finanziellen Gewichts der Gewerkschaften eine zunehmende Germanisierung der Bewegung und eine Einschränkung ihrer eigenen Möglichkeiten.⁷⁷

Die unklaren Verhältnisse in der Nationalitätenfrage, die man in Prag 1896 nicht lösen konnte, verschlimmerten sich durch den ersten Wahlkampf Anfang 1897 beträchtlich. Bei der Kandidatenauswahl musste man auf die nationale Zusammensetzung der Wahlkreise achten, was die Minderheitenproblematik der sozialdemokratischen Wählerschaft zum

⁷⁶ Vgl. ebd. S. 205

⁷⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. S. 751

Thema machte. Der tschechische Parteiflügel wollte für die tschechischen Minderheiten in Wien, deren Stärke sich durch die industrialisierungsbedingte österreichische Binnenwanderung enorm steigerte, eigene Kandidaten aufstellen. Freilich lag diesem Wunsch auch das Bewusstsein zu Grunde, dass die rapide fortschreitende Entwicklung der Industrialisierung in den tschechischen Gebieten zu einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum und damit zu einem politischen Bedeutungsgewinn führen musste.⁷⁸

Tatsächlich gelang es den Tschechen zu erzwingen, dass ein Landsmann, Antonín Nemeč, im 12. Wiener Gemeindebezirk bei den Wahlen am 9. Mai 1897 kandidieren konnte. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass dies nur gegen große Widerstände auf deutscher Seite möglich war, befürchtete man ja schon lange ein Zurückdrängen der deutschen Kultur in der Reichshauptstadt. Ganz im Sinne der vorgegebenen Parteilinie unterstrich man trotzdem im Wahlaufuf 1897 die Internationalität der Partei und stellte ökonomische und soziale Fragen in den Vordergrund, wobei die deutsche innerparteiliche Opposition gegen den von Adler verordneten Internationalismus weiter wuchs. Das Ergebnis der Wahl blieb vor allem in Wien und Niederösterreich unter den Erwartungen, während in Böhmen und Mähren Erfolge erzielt werden konnten. Für die Arbeiterschaft war es nur bedingt möglich gewesen, gegen die aggressive nationale Agitation der politischen Gegner mobil zu machen, was in besonderer Weise in dem schlechten Wahlergebnis in der Reichshauptstadt zu Tage trat.⁷⁹ In Wien kam es sogar zu der obskuren Situation, dass die hier kandidierenden großen Führer der Arbeiterbewegung Nemeč, Adler, Reumann, Schuhmeier und Skaret nicht ins Abgeordnetenhaus einzogen. Stattdessen gewannen die massiv mit antisemitischen Parolen wahlkämpfenden Christlichsozialen aufgrund des Mehrheitswahlrechts alle fünf Wiener Mandate der fünften Kurie für sich.⁸⁰ Das Ergebnis wurde von den Sozialdemokraten unterschiedlich wahrgenommen. Positiv bewertete man die geringe Wählermobilität innerhalb der Arbeiterschaft, was man der strammen Parteistruktur und der erfolgreichen Politisierung der Arbeiter zuschrieb. Negativ allerdings, dessen war man sich bewusst, wirkte die Unfähigkeit der Partei zur Mobilisierung anderer Bevölkerungsgruppen. Zu stark war man von der eigenen Klientel abhängig und hatte dadurch einen schwerwiegenden Nachteil gegenüber den anderen, in allen Wählergrup-

⁷⁸ Vgl. Hans Mommsen, Arbeiterbewegung und nationale Frage ausgewählte Aufsätze (Göttingen 1979). S. 173

⁷⁹ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 60

⁸⁰ Vgl. Peter Schöffler, Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89-1897. In: Studien zur Modernen Geschichte, Bd. 34 (Stuttgart 1986). S. 590-592

pen aktiven Massenparteien.⁸¹ So konnten etwa auch die Christlichsozialen und Deutsch-nationalen in der Arbeiterschaft einen Stimmengewinn erzielen. Friedrich Adler bezeichnete den Ausgang der Wahl 50 Jahre später treffend als „*erste große Heilung von der Illusion ‚Wir sind das Volk‘*“.⁸² Nach den Wahlen, die sich durch ihre komplexe Systematik zu einem ebenso gewaltigen wie sinnlosen Verwaltungsaufwand entfalteten, saßen sieben Deutsche, fünf Tschechen und zwei Polen für die Sozialdemokraten im Reichsrat und schlossen sich zu einem ersten Parlamentsklub zusammen.⁸³

4.2. Die Föderalisierung der Partei: der Parteitag zu Wien 1897

Die fragwürdige Organisationsstruktur von 1896 hatte nach den Wahlen keine Zukunft mehr. Schon 1897 beim Parteitag im Hotel Wimberger in Wien wurde die Symbiose von deutscher Partei und österreichischer Gesamtpartei abgeschafft und an ihrer Stelle eine Vielzahl von nationalen Organisationsstrukturen geschaffen. Die Tschechen und anderen nationalen Vertreter begründeten dies mit ihren spezifischen nationalen Bedürfnissen, die in der Parteistruktur berücksichtigt werden mussten, um diese effizient zu gestalten. Selbst eine eigene deutsche Parteivertretung wurde gewählt und war nun mit der tschechoslawischen, der polnischen, der italienischen und der südslawischen Parteivertretung ein eigenständiger Teil der Vereinigung aller nationalen Parteien der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Internationalität sollte dadurch gewahrt werden, indem alle zwei Jahre ein Parteitag abgehalten wurde, der sich mit der Taktik und dem politischen Programm befassen und die Mitglieder der internationalen Gesamtexekutive wählen sollte.⁸⁴ Beschickt wurden die Parteitage auf Basis einer neuen Wahlkreiseinteilung, die, als Reaktion auf die Badenische Wahlrechtsreform, in die Parteistruktur eingebettet wurde. Entgegen den Vorschlägen der Tschechen, die die Entsendung von zwei Delegierten pro Wahlkreis beantragten, wobei in gemischtsprachigen Wahlkreisen mit einer Minderheit von zumindest einem Viertel der Gesamtbevölkerung, einer der beiden Delegierten ein Minderheitenvertreter sein sollte, setzte Adler durch, dass – wenn nötig – jede Minderheit eines Wahlkrei-

⁸¹ Vgl. ebd. S. 600

⁸² Brief Friedrich Adlers an J. Braunthal vom 9.3.1947, zitiert nach: Julius Braunthal, Viktor und Friedrich Adler (Wien 1965). S. 131

⁸³ Vgl. Löw, Zerfall. S. 31

⁸⁴ Vgl. Löw, Zerfall. S. 20

ses zusätzlich zwei Delegierte entsenden durfte.⁸⁵ Praktisch gesehen war dies ein Beschluss, der der deutschen Stellung innerhalb der internationalen Bewegung den Rücken stärkte, da die deutschen Vereine in den national gemischten Gebieten von Böhmen und Mähren finanziell besser gestellt wurden, was sich auch auf die Möglichkeiten politischer Repräsentation auswirkte.

Im abschließenden Entwurf wurde stellvertretend für die große Gesamtexekutive ein permanentes Führungsgremium geschaffen, das in Wien beheimatet und aus den in Wien ansässigen Mitgliedern der nationalen Parteien zusammengesetzt war. Weil nur wenige Vertreter der nichtdeutschen Fraktionen auch tatsächlich ihren Wohnsitz in Wien hatten, war die deutsche Majorität in der neuen ständigen Exekutive gesichert. Fernerhin konnten ab dem Parteitag 1897 alle Mitglieder der nationalen Exekutivkomitees an den Sitzungen der übrigen Komitees teilnehmen, was als vertiefte Verbindung der einzelnen nationalen Parteien gedacht war. Eine weitere Konsequenz des Parteitags im Hotel Wimberger war die neue Qualität der Dezentralisierungsbestrebungen der Gewerkschaften, die nun an die föderalisierte Parteistruktur angepasst wurden.⁸⁶ Am Ende der Verhandlungen bot sich ein differenziertes Bild von Einschätzungen der gerade verabschiedeten Abkommen. Die tschechischen Delegierten, allen voran Antonín Nemeč, feierten wenig überraschend die endgültige Emanzipation der nationalen Fraktionen. Man vernahm aber auch von deutscher Seite die Zufriedenheit mancher Funktionäre, die endlich das Ende der mühsamen Rücksichtnahme auf tschechische Anliegen gekommen sahen und dementsprechend dem neuen System durchaus aufgeschlossen gegenüberstanden.⁸⁷ So schrieb Otto Bauer:

„Das Werk des Wimberger Parteitags war nicht die Trennung, sondern die organische Föderation der sozialdemokratischen Arbeiterparteien der verschiedenen Nationen.“⁸⁸

Viktor Adler hingegen war – wie den meisten anderen Internationalisten – bewusst, dass eine Trennung der Organisationen die weitere politische Arbeit erschweren musste und eventuell sogar die Existenz der übernationalen Bewegung aufs Spiel setzte. Der Parteitag im Hotel Wimberger sollte als Parteitag der nationalen Spaltung in die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie eingehen. Viktor Adler und seine Politik des themati-

⁸⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 206

⁸⁶ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 62

⁸⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 207

⁸⁸ Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907). S. 534

schen Überlagerns der Nationalitätenfrage konnte ab 1897 nicht mehr weitergeführt werden. Zu groß waren die Widerstände auf deutscher Seite und zu groß war die Erkenntnis, dass der von der Sozialdemokratie international geführte Wahlkampf Anfang 1897 nicht den erhofften Erfolg brachte. Auf die Frage, ob es eine ernsthafte Alternative zu Adlers Vorgehen gegeben hätte, gibt es keine letztgültige Antwort. Hans Mommsen verneint sie mit den Worten:

„Vermutlich hätte ein früheres Eingehen auf die organisatorischen Wünsche der Tschechoslawen ihrer Nationalisierung nur Vorschub geleistet und ihre Isolierung von den Jungtschechen unmöglich gemacht.“⁸⁹

5. Der erste Parlamentsklub und die Badeni-Krise

Der Parteitag im Hotel Wimberger 1897 hatte gezeigt, dass sich die tschechischen Sozialdemokraten nicht mehr so leicht auf den internationalistischen Kurs bringen ließen. Nur durch größte Anstrengungen konnte eine vollkommene Trennung der Arbeiterbewegung verhindert und die zukünftige Zusammenarbeit als einzige internationale Partei im Reichsrat gesichert werden. Wie im vorigen Kapitel bereits beschrieben, zogen nach den Wahlen im Mai 1897 vierzehn Sozialdemokraten in den Reichsrat ein. Es folgte die große Herausforderung, trotz der nationalen Differenzen einen funktionierenden Parlamentsklub zu schaffen, der eine zielgerichtete parlamentarische Arbeit möglich machte.

5.1. Die antistaatsrechtliche Erklärung

Als ein Grundpfeiler dieses anzustrebenden funktionierenden Parlamentsklubs fungierte die sogenannte „antistaatsrechtliche Erklärung“ der tschechischen Abgeordneten vom 30. März 1897, in der sie sich von den separatistischen Territorialkonzepten der Jungtschechen abgrenzten. Diese seien eine „*Ausgrabung vergilbter Privilegien und Dokumente*“, als auch ein Versuch der bürgerlichen Verblendung des ökonomisch und politisch unterdrückten tschechischen Volkes.⁹⁰ Die Opposition gegen das sogenannte böhmische Staatsrecht war geprägt von einem Nationskonzept, das auf dem sprachlich-kulturellen Indivi-

⁸⁹ Mommsen, Sozialdemokratie. S. 209

⁹⁰ Vgl. Löw, Zerfall. S. 31

duum und nicht einem historisch gewachsenem Territorium basierte. Die Kronländer konnten demnach per se nicht das Fundament der Lösung der Nationalitätenfrage sein. Hingegen sollte die demokratische Gleichberechtigung im Rahmen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts den Weg zur nationalen Autonomie ebnen. Aus heutiger Sicht kann die antistaatsrechtliche Erklärung der tschechoslawischen Sozialdemokraten als erster Akt einer positiven Nationalitätenpolitik gewertet werden.

Das sozialistische Lager beurteilte die staatsrechtlichen Forderungen der radikal-nationalistischen Gruppen aber nicht nur aus einer ideologischen, sondern auch aus einer nüchtern ökonomischen Perspektive. Es stand fest, dass es für die Arbeiterschaft und ihre Prosperität nicht von Vorteil sein konnte, wenn der gemeinsame Wirtschaftsraum, auf dessen Absatzmärkte die Industrie angewiesen war, zerrissen worden wäre.⁹¹ Hans Mommsen sieht in der „antistaatsrechtlichen Erklärung“ aber auch eine strategische Haltung, die Zeit für die Expansion des tschechischen Siedlungsgebietes erkaufen sollte, die damals schon in Gang war und durch das Personalitätsprinzip in der angestrebten Selbstverwaltung gedeckt gewesen wäre.

„Eine nationale Abgrenzung, wie sie in Brünn vorgeschlagen wurde, erschien den tschechischen Parteiführern als verfrüht, da sie damit rechneten, dass die Tschechischen Minderheiten, sowohl in Nordböhmen als auch in Niederösterreich und Wien, weiterhin wachsen würden, und damit die Möglichkeit gegeben schien, dass tschechische Siedlungsgebiet weiter auszuweiten.“⁹²

Hier möchte ich feststellen, dass meines Erachtens die Sicht Mommsen zu stark die Vorstellung eines aggressiv expansiven und visionären tschechischen Arbeitertums schürt. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass sich in den Wirren der Anfangszeit des ersten sozialdemokratischen Parlamentsklubs eher die alltägliche Diplomatie durchsetzte. Die Erklärung besagte jedenfalls, dass der Friede und Wohlstand für die Tschechen nur in Zusammenarbeit mit den deutschen Brüdern erreicht werden könne. Trotz aller Versicherung der Zusammenarbeit hatte der sozialdemokratische Klub einen denkbar schweren Stand im parlamentarischen Alltag des Reichsrats. Dieser war von nationalistischer Demagogie und Obstruktion geprägt und in Wahrheit nicht arbeitsfähig. Mit nur 14 von 425 Abgeordneten waren der Sozialdemokraten zu wenige, um ein Umdenken des Reichsrats in Richtung

⁹¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 271

⁹² Ebd. S. 173

der internationalen Zusammenarbeit zu initiieren.⁹³ Die Hoffnungen, die man in die internationalistisch gesinnten sozialdemokratischen Abgeordneten setzte, konnten also nicht erfüllt werden und der sozialdemokratische Klub isolierte sich zusehends von den anderen Fraktionen. Am folgenschwersten für die Sozialdemokraten wog das Aufkommen von tschechisch national gesinnten Arbeitervereinigungen, die, obwohl schon früh von den Jungtschechen finanziell und agitatorisch unterstützt, erst durch die „antistaatsrechtlichen Erklärung“ und der damit einhergehenden Entfremdung der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei von den Massen des eigenen Volkes wirklich zur Bedrohung wurden. Die Vorwürfe des nationalen Verrats ließ die nationale Sensibilität der tschechischen Sozialdemokraten stark ansteigen und unterminierte fortlaufend das Versprechen der Zusammenarbeit innerhalb der Gesamtpartei.

5.2. Badeni-Krise

Nur kurze Zeit nach dem Einzug der „kleinen Internationalen“ in den cisleithanischen Reichstag kam es zu einer bedeutenden historischen Zäsur, der Badeni-Krise. Vorboten dieses Höhepunkts des Nationalitätenstreits waren fundamentale soziale und demographische Veränderungen der Gesellschaft. Ein wichtiger Teil dieser Veränderungen waren Verschiebungen in der Arbeiterschaft. Wie bereits unter Punkt 1. „Wirtschaftliche, demographische und gesellschaftliche Voraussetzungen“ beschrieben, kam es durch den Zuzug von tschechischen Arbeitskräften in die national gemischten und industrialisierten Gebiete Böhmens und Mährens zu großen sozialen Spannungen zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung. Die Unruhen Anfang der 1890er Jahre wurden damals von dem Regime Eduard Taaffe mit Hilfe des Notverordnungsrechts brutal unterdrückt. In Wien aber realisierte man schließlich, dass sich ein regierbares Cisleithanien auch auf ein tschechisches Staatsvolk in führender Rolle stützen musste. Infolgedessen wurde ein Regierungswechsel vorbereitet, der eine Entspannung in der Nationalitätenfrage bewirken sollte.

Im Anschluss an eine kurze Übergangsregierung unter Erich Graf Kielmansegg übernahm am 30. September 1895 letztendlich der Pole Kasimir Graf Badeni das Amt des Minister-

⁹³ Vgl. ebd., S. 269

präsidenten.⁹⁴ Badeni verfügte jedoch, angesichts der nationalen Zersplitterung der Fraktionen des Parlaments, nicht über eine regierungsfähige Majorität im Reichsrat. Insbesondere bei den für 1897 anberaumten Verhandlungen zum Finanzausgleich mit Ungarn benötigte Badeni diese parlamentarische Mehrheit. Hauptsächlich benötigte der Ministerpräsident aber die Unterstützung der Abgeordneten um den Staat aus seiner Lähmung zu befreien, die durch das Ausbleiben des deutsch-tschechischen Ausgleichs hereingebrochen war. Unterstützung erhoffte sich der Ministerpräsident in erster Linie von den übernational und verfassungstreu eingestellten Großgrundbesitzern. Schnell wurde allerdings klar, dass Badeni auch die tschechischen Abgeordneten umwerben musste, um die Etatverhandlungen nicht in einem Fiasko enden zu lassen. Als Anreiz für die Zusammenarbeit mit der Regierung stellte Badeni den Tschechen die Lösung des Sprachenstreits in Böhmen und Mähren in Aussicht.⁹⁵ Viele zentrale Punkte der Badenischen Sprachenordnung entstanden so unter Mitarbeit der tschechischen Parteiführer, die manche Abschnitte sogar selbst formulierten.⁹⁶

Die deutschen Parteien befürchteten einen Angriff auf die Stellung der Deutschen in den betroffenen Gebieten und Badeni verschlimmerte die Lage noch durch seine Weigerung die deutschen Parteien über den Verhandlungsstand mit den Tschechen in Kenntnis zu setzen. Doch auch nach mehrmaliger Abänderung der Sprachregelung im Sinne der Jungtschechen weigerten sich diese, ihre Opposition gegen die Regierung im Austausch für die Sprachenregelung aufzugeben. Eigentlich schon zur Demission bereit, kamen die Großgrundbesitzer Badeni zu Hilfe. Da diese eine klerikale Regierung fürchteten unterstützten sie schließlich das Kabinett Badeni und am 5. April 1897 wurde die Sprachenregelung für Böhmen und am 22. April gleichlautend für Mähren erlassen.⁹⁷ Der Kernpunkt der Sprachregelung, deren genaue Betrachtung hier zu weit führen würde, war die Einführung des Tschechischen als Amtssprache in ganz Böhmen und Mähren und deren gleichberechtigter Verwendung auch in der inneren Verwaltung. Alle Akten musste in der Sprache verfasst und in der Sprache weitergeführt werden, in der sie initiiert wurden. Die dafür notwendige Zweisprachigkeit der Beamten sollte von den Behörden kontrolliert

⁹⁴ Vgl. Jan Křen, *Konfliktgemeinschaft: Tschechen und Deutsche 1780 – 1918* (Oldenbourg 2000). S. 205

⁹⁵ Vgl. Adéla Hall, *Deutsch und Tschechisch im sprachpolitischen Konflikt. Eine Vergleichende diskursanalytische Untersuchung zu den Sprachenverordnungen Badenis von 1897* (Frankfurt am Main 2008). S. 34

⁹⁶ Vgl. Berthold Sutter, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897: ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer*, Bd. 2 (Graz/Köln 1965). S. 16

⁹⁷ Vgl. ebd. S. 37f.

werden. In der Praxis bevorzugte diese Maßnahme die tschechischen Beamten, da diese eher des Deutschen als die deutschen Beamten des Tschechischen mächtig waren. Ohne Umschweife begann im April 1897 eine heftige Agitation der deutschen Parteien gegen die Sprachenverordnung. Die Regierung sollte durch energische Obstruktion im Reichsrat und durch außerparlamentarischen Druck in Form von Großdemonstrationen zur Rücknahme der Regelung gezwungen werden.⁹⁸ Joachim von Puttkamer bewertet die Signifikanz der Ereignisse wie folgt:

„Der massive Protest der deutschen Parteien gegen Badenis Sprachenverordnungen, die das Tschechische in Böhmen und Mähren auch im inneren Behördenverkehr mit dem deutschen gleichstellten und damit die durchgängige Zweisprachigkeit aller Beamten verlangten, führte in eine scharfe Polarisierung, von der sich das parlamentarische Leben in Prag wie in Wien bis zum Ende der Monarchie nicht mehr erholen sollte.“⁹⁹

Wie immer war man in der SDAP in einer Zwickmühle. Einerseits setzte die Sprachenverordnung viele wichtige Forderungen der tschechischen Arbeiter um, andererseits wollte man die deutschnational gesinnten Genossen nicht abschrecken. Selbst in dieser misslichen Lage konnte ein, manche würden sagen, fauler Kompromiss gefunden werden. Man ging auf Konfrontationskurs mit Badeni, jedoch nicht, um offiziell für die deutsche Sache Partei zu ergreifen, sondern um gegen das undemokratische Zustandekommen der Verordnung durch Notverordnungen zu protestieren. Für die Sozialdemokratie kam nur ein ordentliches, durch das Abgeordnetenhaus initiiertes und später verabschiedetes Sprachengesetz in Frage. Dieses hätte, im Gegensatz zur Regierungsverordnung, auch nicht einseitig von der Regierung außer Kraft gesetzt werden können.¹⁰⁰

Federführend bei der Kampagne gegen die Badenische Verordnung war die Arbeiterzeitung, die mit dieser, der eigentlichen Problematik ausweichenden, Taktik versuchte, dem nationalen Dilemma zu entgehen. So verlangte man einen Sprachenausschuss, der von allen Fraktionen im Reichsrat beschiedt und auf positive wie konstruktive Art und Weise ein Sprachengesetz erlassen sollte. Ob sich ein solcher Ausschuss gegen die Obstruktion der deutschen Parteien durchgesetzt hätte, ist hingegen mehr als fraglich.¹⁰¹ Im Grund

⁹⁸ Vgl. ebd. S.38f.

⁹⁹ Joachim Puttkamer, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert (Oldenbourg 2010). S. 60

¹⁰⁰ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 273

¹⁰¹ Vgl. ebd. S.274

genommen stand man aber auf der gleichen Seite wie die Deutschnationalen, selbst wenn die offiziellen Gründe unterschiedlich waren. Hier drängt sich der Umkehrschluss auf, dass trotz des wachsenden Einflusses der tschechischen Arbeiterschaft sich die deutsche Parteiführung durchsetzte. Eine Divergenz zu den deutschen Parteien bestand nur in der sozialdemokratischen Ablehnung der parlamentarischen Obstruktion. Anfangs beteiligten sich auch die Christlichsozialen nicht an der Obstruktion, aber als auch sie dem Druck ihrer Wählerschaft erlagen, isolierte sich die Sozialdemokratie vollends von den deutschen Parteien und fungierten faktisch als Stütze Badenis, was von den anderen Fraktionen sofort propagandistisch verwertet wurde. Es dauerte nicht lange und die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und Nationalitäten griffen auf die inneren Verhältnisse der SDAP über. Die Partei erlag vorübergehend, genauso wie das Bürgertum und der Rest der Gesellschaft dem ausufernden Nationalitätenzwist. Das Bild einer an den Zuständen schuldlosen Sozialdemokratie entspricht jedoch nicht der Realität, da alle Parteien mit ihrer populistischen Politik Mitschuld an der Badenikrise trugen.

Inmitten dieser Zerreißprobe kam der isolierten SDAP eine Verletzung der Geschäftsordnung durch den Reichsratspräsidenten Dr. Theodor Kathrein entgegen. Er verweigerte eine Abstimmung, um die Parteien zur Aufgabe der Obstruktion zu zwingen. Dieses widerrechtliche Eingreifen wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten sofort als Rechtfertigung angesehen, aktiv an der Obstruktion teilzunehmen und sich den deutschen Parteien wieder anzunähern, ohne sich aber nationalistischen Verdächtigungen auszusetzen.

Badeni, dem zu guter Letzt auch die Unterstützung der Großgrundbesitzer entzogen wurde, beendete am 2. Juni vorzeitig die Reichsratssession, was bei der Sozialdemokratie eine Personalisierung der Obstruktion zur Folge hatte. Nicht gegen die Sprachenverordnung, so ließ die Arbeiterpartei verlauten, sondern gegen Badeni und für eine Verfassungsreform musste man vorgehen.¹⁰² Am 25. November 1897 beschloss man auf Antrag des klerikalen Abgeordneten Graf Falkenhayn eine gestraffte Geschäftsordnung durch die man wieder Herr der Lage im Hohen Haus werden wollte. Das sogenannte „Lex Falkenhayn“ beinhaltete folgende, teils verfassungswidrige Punkte:¹⁰³

¹⁰² Vgl. ebd. S.275

¹⁰³ Vgl. Michael Palomino, Österreichs Deutsche - "Slawen" - Börse - Juden - und der Kaiser 1850-1920. (1999). Online unter: <http://www.geschichteinchronologie.ch/eu/oe/Schoenerer-slawen-boerse-juden->

- Abgeordneten sollte das Wort entzogen werden können.
- Im Bedarfsfall sollten Abgeordnete für 30 Tage des Reichrats verwiesen werden können.
- Polizei erhielt das Recht bei Missachtung der polizeilichen Anweisungen durch die Mandatsträger einzuschreiten

Vor allem der letzte Punkt erhitzte, wegen seiner verfassungswidrigen Umstände, die Gemüter und beschleunigte die Eskalation. Die Ereignisse überschlugen sich am 26. November 1897. Gleich am Anfang der Sitzung stürmten die deutsch-nationalen Abgeordneten zum Pult des Präsidenten und bedrängten ihn.¹⁰⁴ Durch die Sicherheitskräfte wurde nun die Galerie geräumt und die Präsidententribüne besetzt. Auch die Sozialdemokraten beteiligten sich an den Unruhen und begannen Schlägereien mit den alldeutschen Abgeordneten. Letzten Endes wurde das Parlament geschlossen und es kam zu Massendemonstrationen auf den Straßen Deutschösterreichs. Die Reformen Badenis hatten ihr Ziel verfehlt. Sie bedeuteten keine Lösung des Sprachenstreits, sondern eine Radikalisierung des Nationalitätenkonflikts. Berthold Sutter beschreibt die Lösungsversuche Badenis zwar als ehrlichen Versuch einen Ausgleich zwischen den Nationen herzustellen, jedoch war, laut Sutter, die Herangehensweise Badenis zu stark geprägt von altbekannten und konservativen Konzepten. Mit der Badenikrise gingen auch die letzten Hoffnungen auf eine friedliche politische Beilegung des cisleithanischen Nationalitätenstreits im Rahmen des Gesamtstaates unter.¹⁰⁵

Zusammenfassend muss man sagen, dass es der Internationalen Arbeiterpartei nicht möglich war, sich dem Zorn der Straße zu verweigern. Man kapitulierte erstmals vor den auseinanderdriftenden Nationen. Der Druck der Nationalitätenfrage und der Widerstand gegen den deutschen Zentralismus hatten eine neue Qualität erreicht und zwang die SDAP zu einer Positionierung. Der Internationalismus der Gründungsjahre musste reformiert werden. Der Begriff Internationalismus bedeutete von nun an, so Adler, das gemeinsame Vorgehen „*bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Tatsache der nationalen Indi-*

[kaiser.html](#) (23. Februar 2011).

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Sutter, Sprachenverordnungen. S. 17ff.

vidualität“.¹⁰⁶ Hohe Funktionäre wie Josef Hannich sprachen von sich selbst als „deutsche“ oder im Falle Daszyńskis als „polnische“ Sozialdemokraten. Offensichtlich tritt hier das Motiv des Klassenkampfes gegenüber der nationalen Rationalität in den Hintergrund. Man entschied sich daher, ein sozialdemokratisches Nationalitätenprogramm zu entwerfen. Ludo Moritz Hartmann, Karl Kautsky und der Führer der Parlamentsfraktion Ignacy Daszyński waren die ersten, die dies forderten und obwohl Adler einem offiziellen Programm skeptisch gegenüber stand, wurden im Frühjahr 1899 zwei Vorschläge der Gesamtexekutive vorgelegt.

6. Das Brünner Nationalitätenprogramm

„Das Brünner Nationalitätenprogramm aus dem Jahre 1899 stellt zweifellos einen Meilenstein in der Entwicklung der Sozialdemokratie, aber auch in der Entwicklung der Ideen zu einem friedlichen Zusammenleben verschiedener Volksgruppen und ethnischer Gruppen dar. Und es ist eine Tragik der Geschichte, daß dieses Programm nicht mehr die Entwicklung in der österreichisch-ungarischen Monarchie und damit letztendlich in Europa retten konnte.“¹⁰⁷

Hannes Swoboda, der amtierende Fraktionsvorsitzende der europäischen Sozialdemokraten (ESP), unterstrich 1999 bei der 100 Jahr Feier des Nationalitätenprogramms an der Universität Brunn die Bedeutung des Programms für die politische Zukunft Europas. Was aber war der Inhalt des Brünner Nationalitätenprogramms und warum ist es für die europäischen Sozialdemokraten heute noch relevant?

Nach den Wirren der Badeni-Ära war vorauszusehen, dass die Nationalitäten auch in Zukunft auf ihre Rechte bestehen würden. Die Lahmlegung des Parlaments bedeutete die folgenschwere Blockade der einzigen gemeinsamen verfassungsmäßigen Institution des Staates. Regiert wurden die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nunmehr durch ein Kabinett unter Paul Gautsch von Frankenthurm. Durch den berüchtigten Verfassungsparagraphen Nr. 14¹⁰⁸ hatte sich die Regierung legislative Kompetenzen angeeignet.

¹⁰⁶ Vgl. Parteitagprotokoll 1897. S. 78 zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 277

¹⁰⁷ Hannes Swoboda, 100 Jahre Brünner Nationalitätenprogramm. (Brunn 1999). In: Hannes-Swoboda, 29.11.2002, online unter: <http://www.hannes-swoboda.at/?p=1299> (23. Februar 2011).

¹⁰⁸ Anm. Notstandsgesetz

net.¹⁰⁹ Auch der Charakter der Nationalitätenkonflikte veränderte sich. Nicht mehr das Ringen um Sprachen- und Behördenfragen, sondern der Kampf um die Form und das Konstrukt des Staates als Ganzes stand im Mittelpunkt. Geführt wurde dieser Kampf mit großer Breitenwirkung und selbst wenn die bürgerlichen Eliten ihren Teil zur Radikalisierung beitrugen, so standen nun auch die Arbeiter an vorderster Front. Durch die gesamtgesellschaftliche Mobilisierung wandelte sich überdies auch der politische Stil, weg von der, nach Mommsen, stets noch auf dem Boden rationaler Interessen stehenden Politik des elitären liberalen Zeitalters, hin zur offenen Feindseligkeit der chauvinistischen Gruppen im demokratisch-nationalen Lager.

Da es die Regierungen stets unterlassen hatten, den nationalen Kräften einen Rahmen bereitzustellen, in dem es möglich gewesen wäre, eine sachliche nationale Politik zu betreiben, konnten auch keine rationalen und innovativen Konzepte des Zusammenlebens realisiert werden. Dies spielte den politischen Extremen, dem Ständetum und der Regierungsdictatur auf der einen und dem demokratischen Nationalismus auf der anderen Seite entgegen.¹¹⁰ Der nationale Kampf als Selbstzweck und Beweis einer wahren nationalen Gesinnung war das Gebot der Stunde und verhinderte die mühsam von der SDAP propagierte Einheit gegen die wahren sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten. Über die Jahre nach Hainfeld hinweg schien die internationale österreichische Sozialdemokratie ein Verfechter des modernen Staates und ein Vorbild in diesem österreichischen Völkerchaos¹¹¹ zu sein, aber nun musste sich die Sozialdemokratie endgültig in der Nationalitätenfrage positionieren, um nicht von der Demagogie in Stücke gerissen zu werden.

6.1. Der Kommissionsentwurf der Gesamtexekutive

Obwohl die Parteiführung nur widerwillig dem Druck der gesellschaftlichen Realität nachgab, entschloss man sich, für den zu Pfingsten 1899 geplanten Gesamtparteitag eine Resolution zur Nationalitätenfrage vorzulegen. Ein Subkomitee, welches aus in Wien ansässigen Mitgliedern der Gesamtexekutive bestand und von Viktor Adler geleitet wurde, bereitete die Resolution vor. Bemerkenswerterweise waren neben den zwei deutschen,

¹⁰⁹ Vgl. Mark Twain, Government by Article 14. In: Mark Twain, *Stirring Times in Austria*. Online unter: <https://www.h-net.org/~habsweb/sourcetexts/twain1.htm> (8. März 2012).

¹¹⁰ Vgl. Mommsen, *Sozialdemokratie*. S. 295f.

¹¹¹ Vgl. Rudolf Schlesinger, *Federalism in Central and Eastern Europe* (London 1945). S. 209f.

zwei tschechischen und dem jeweils einem polnischen und ukrainischen Mitglied keine Vertreter aus den italienischen und slowenischen Gebieten im Subkomitee präsent.¹¹²

Obwohl man ihn nicht persönlich zu Rate zog, war das Konzept der Gesamtexekutive beseelt von den Ansichten Karl Kautskys, der aufgrund seiner Abstammung als Sohn einer deutsch-österreichischen Mutter und eines tschechischen Vaters in Wien die Nationalitätenproblematik am eigenen Leib erfahren musste¹¹³ und deshalb publizistisch höchst engagiert eine radikale Umformung des multinationalen Staates forderte. Das Fundament seiner Programmatik bildete das Territorialprinzip und die Substitution des fortschreitenden Zentralismus durch einen demokratischen Nationalitätenstaat mit sich selbst verwal tenden autonomen Gebieten, die sich möglichst an den Sprachgrenzen orientieren sollten.¹¹⁴ Um das Ziel der Entpolitisierung der Nationalität zu erreichen, sollten nationalen Kurien geschaffen, die elitären Verfassungen in den Kronländern aufgehoben und die einzelnen Nationen endlich mit legaler politischer Macht ausgestattet werden.¹¹⁵

Die Minderheitenproblematik sollte durch einen vom Zentralparlament beschlossenen Minderheitenschutz abgeschwächt werden. Den einzelnen nationalen Gebietseinheiten sollte eine größtmögliche Autonomie gewährt werden, wobei sich diese Autonomie auf Kultur- und Sprachfragen beschränken sollte.¹¹⁶ Die Trennungslinie zwischen herrschaftlichen und kulturell-sprachlichen Fragen sollte in Verhandlungen offiziell definiert werden.¹¹⁷ Weder wirtschaftliche Aspekte, wie ein zukünftiger Finanzausgleich, noch die Frage der finanziellen Kompetenzen der Selbstverwaltungseinheiten wurden näher abgehandelt. Darüber hinaus wurde die Festschreibung der deutschen Verkehrssprache im Programm hitzig debattiert und sofort von den tschechischen Mitgliedern der Gesamtexekutive abgelehnt.¹¹⁸ Das Programm der Gesamtexekutive entpuppte sich eher als innerparteiliches Integrationsprogramm und weniger als handfestes theoretisches Gerüst für eine fundamentale Umgestaltung der österreichischen Staatlichkeit.

¹¹² Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 314

¹¹³ Vgl. John H. Kautsky, Karl Kautsky. Marxism, Revolution & Democracy (New Brunswick/New Jersey 1994). S. 14

¹¹⁴ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 38

¹¹⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 318 sowie S. 333

¹¹⁶ Vgl. Konrad, Nationalismus S. 66

¹¹⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 319

¹¹⁸ Vgl. ebd. S. 315

6.1.1. Kritik

Die Unschärfe des Konzepts von Viktor Adler blieb aber auch den Zeitgenossen nicht verborgen. Der 1874 in Brünn geborene Journalist Friedrich Stampfer kritisierte die programmatische Entscheidungsunfähigkeit zwischen Föderalismus und Zentralismus, sowie die ungenügende Ausformulierung der national-bundesstaatlichen Grundsätze. Der große austromarxistische Theoretiker und Parteifunktionär Otto Bauer bezeichnete Adlers Vorlage als revisionistisch und illusionär, da sich die Partei auf die Seite des Kaisers und des Beamtentums schlagen würde. Außerdem sei es zu spät, die Zentrifugalkräfte der nationalen Parteien wirksam zu bekämpfen.¹¹⁹

Von tschechischer Seite wurde neben der Frage der Verkehrssprache vor allem das Fehlen einer wirtschaftlichen Perspektive im Entwurf der Gesamtexekutive beanstandet. Während der Verhandlungen über den Entwurf beschwerten sich die Tschechen vehement über die Definition der „nationalen Autonomie“ und deren Beschränkung auf kultur- und sprachpolitische Fragen. Man wehrte sich gegen den deutsch-liberalen Einfluss im Entwurf Adlers, der der Nationalitätenfrage weder eine wirtschaftliche noch eine soziale Dimension zugestand. František Modraček etwa prophezeite, dass ein nationaler Friede erst zwischen ökonomisch und sozial voll entwickelten Nationen geschlossen werden könne und deshalb die Beschränkung der Autonomie auf Kultur- und Sprachfragen fatal sei. In einem Staatengebilde, welches aus wirtschaftlich ebenbürtigen Nationen bestünde, würde es außerdem keine starke Binnenwanderung mehr geben, womit sich die Lage der Minderheiten zwangsläufig entspannt hätte. Auf die Aufforderung hin, einen Gegenvorschlag oder Änderungsanträge für das Programm der Gesamtexekutive vorzulegen, reagierten die Tschechoslawen trotz aller Opposition erst verspätet und ihre Abänderungsvorschläge wurden nur inoffiziell eingebracht. Mommsen führte diese Passivität nicht auf die Zufriedenheit der Tschechen mit dem Entwurf Adlers, sondern auf die inneren Streitigkeiten der tschechoslawischen Partei zurück.¹²⁰ Einig war man sich nur in der Ablehnung der Implementierung der deutschen Verkehrssprache in den Entwurf der Gesamtexekutive. Das in Wien erschienene und von der „Arbeiter-Zeitung“ unterstützte tschechische Parteiblatt „Dělnické Listy“ urteilte scharf und bezeichnete die Festlegung des Deutschen als Ver-

¹¹⁹ Vgl. Löw, Zerfall der „Kleinen Internationalen“. S. 38

¹²⁰ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 322f.

kehrssprache als „eine überflüssige Konzession an den deutschen Nationalismus“¹²¹. Es war für die immer stärker werdende tschechoslawische Sozialdemokratie auch eine Frage des Prestiges, sich einer deutschen Leitsprache nicht zu unterwerfen. Die tschechische Kritik zeigte Wirkung und der Entwurf enthielt schließlich keine festgeschriebene Verkehrssprache.

Betrachtet man seine finale Konzeption genauer, so birgt der Entwurf der Gesamtexekutive einen elementaren Widerspruch. Obwohl das Programm von einem spezifisch kulturellen Nationalgedanken ausging, der mit einer relativ großen Autonomie der unteren Verwaltungsebene kombiniert wurde, forderte es eine Föderation von nationalstaatlich organisierten Bundesstaaten. Dieses Konstrukt hätte unweigerlich starke zentralistische Tendenzen generiert und die Selbstverwaltungseinheiten an sich gebunden. In der deutschsprachigen Parteipresse fehlte es hingegen an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Vorschlag der Gesamtexekutive. In erster Linie wurde die Frage diskutiert, ob es für die Sozialdemokratie überhaupt zulässig sei sich in der Nationalitätenfrage zu engagieren.¹²² Die Opposition der Tschechen in der Gesamtexekutive war in diesem Falle eher unbedeutend, da sie selbst kein Gegenkonzept präsentierten und sich auf Detailfragen konzentrierten.¹²³

6.2. Der Entwurf der süd-slawischen Sozialdemokratie

Doch nicht nur die Gesamtexekutive erarbeitete ein Programm. Auch die süd-slawischen Sozialdemokraten erarbeiteten ein Konzept, das beim Parteitag vorgelegt werden sollte. Der grundlegende Unterschied zur Resolution Adlers, bzw. Kautskys, bestand in der Ablehnung des Territoriums als Basis für Verwaltungs- und Staatsreformen im Bereich der Nationalitätenfrage. Der erste, der in diese Richtung agitierte war Etbin Kristan, der Führer des süd-slawischen Parteiflügels. Er opponierte schon 1898 in der Parteizeitung „Akademie“ gegen das Territorialitätsprinzip, da es seiner Meinung nach mit einer Zentralisierung auf unterer Ebene gleichbedeutend gewesen war.

¹²¹ Soukup im Pravo Lidu vom 22.9.1899 (nach der Arbeiter-Zeitung vom 26.9.1899) zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 325

¹²² Vgl. ebd. S. 320

¹²³ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 71f.

Die Minderheitenproblematik hätte in diesem Kompromiss zwischen Föderalisierung und Zentralisierung weiterbestanden und die Nationalitätenfrage wäre weiterhin eine Macht- und keine Kulturfrage geblieben. Kristan war der Ansicht, dass nur eine wahrhafte Homogenisierung der Siedlungsgebiete die Machtfrage obsolet machen würde. Diese Homogenisierung war in einem Staat mit derart intensiver Binnenwanderung jedoch undenkbar, also versuchte man in der süd-slawischen Sozialdemokratie das Personalitätsprinzip als Lösungsansatz der cisleithanischen Nationalitätenproblematik zu etablieren. Dieses Prinzip setzt die Auflösung jeglicher nationaler Territorien (auch der Kronländer) voraus und strebt nach einem freiwilligen Personenverbandsstaat.¹²⁴ Pate für dieses Prinzip stand die Kirche, die seit jeher ein Organisationsmuster nach dem Personalitätsprinzip besaß und speziell im Südosten Europas eine integrative Rolle ausübte.¹²⁵

Es verwundert also nicht, dass die größten Verfechter des Personalitätsprinzips innerhalb der SDAP aus genau diesem geographischen Raum stammten und auch ihre eigenen Parteiorganisationen dementsprechend strukturierten. Die vollständige Loslösung von Nation und Territorium war für die Anhänger der süd-slawischen Resolution untrennbar mit der Installierung einer sozialistischen Idealgesellschaft verbunden, ohne feudale Privilegien und bürokratisch-staatlichen Zentralismus, sowie mit der Durchsetzung eines demokratischen Systems des freien, allgemeinen und gleichen Wahlrechts.¹²⁶ Hans Mommsen weist auch darauf hin, dass der süd-slawische Entwurf stark von Karl Renner beeinflusst war, der zwar aufgrund seiner Beschäftigung als österreichischer Beamter keine offizielle Parteifunktion inne hatte, aber gerade auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage als Experte galt und ebenso wie Kristan die national-personale Autonomie unterstützte. Renner wird zuweilen als Erfinder des Personalitätsprinzips bezeichnet, wobei er selbst häufig betonte, dass er den Begriff und das Konzept aus der deutschen Rechtsgeschichte ableitete.¹²⁷ Der Nationalitätenkonflikt war, laut Renner, rein auf die Nichtbeachtung der Nationen im österreichischen Rechtswesen zurückzuführen.¹²⁸ Eine Annahme, die aus heutiger Sicht, ohne den großen Reformbedarf des österreichischen Rechtsstaates in Bezug auf die Nationalitätenfrage marginalisieren zu wollen, wohl etwas verkürzt scheint. Für Renner sollte der Grundaufbau des Staates auf dem Territorialprinzip beruhen, da drei Viertel des

¹²⁴ Vgl. ebd. S. 326f.

¹²⁵ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 68

¹²⁶ Vgl. ebd. S. 69

¹²⁷ Vgl. Winrich Blittersdorff, Pluralismus der Bevölkerungsgruppen in der Verfassungsstruktur Süd-afrikas und Zyperns, Darstellungen zur auswärtigen Politik, Bd. 13 (Frankfurt am Main 1972). S. 21

¹²⁸ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 328

Staatsgebietes ohnehin als „homogen“ bezeichnet werden konnte. In den ethnischen Mischgebieten wären die Personenkörperschaften, und hier kommt das Personalitätsprinzip zum Tragen, nicht mit den übrigen staatlichen Organen ident. Der kombinatorische Aspekt der Renner'schen Konzeption zwischen Personalitäts- und Territorialprinzip wurde kaum wahrgenommen. Renner galt schlicht als Vertreter des Personalitätsprinzips.¹²⁹ Der große Unterschied zwischen Renner und dem südslawischen Entwurf war die gänzliche Ablehnung der Nation als Faktor in der Staatsbildung, da Renner mit seinem rechtspositivistischen Fokus auf das Staatsrecht durchaus die Nationen in den Staat integrieren wollte.

6.2.1. Kritik

Der Hauptkritikpunkt an dem Entwurf des südslawischen Parteiflügels war seine vermeintliche Undurchführbarkeit. Der Wille eine freie Gesellschaft zu formen, konnte sich für die Unterstützer dieser Resolution nicht dadurch manifestieren, dass man eine neue Staatsformation schaffen sollte. Die überwältigende Mehrheit der Parteifunktionäre aber sah in der Abänderung des Staatskonstrukts und nicht in dessen radikaler Umgestaltung zu einem freiwilligen Personenverband die Zukunft Österreichs. Viktor Adler beurteilte das Konzept der Südslawen zwar als „geistreiche Idee“, dennoch hielt er es für praktisch undurchführbar.¹³⁰ Dieser Kritik entgegnete der Initiator der Resolution Etbin Kristan und behauptete, dass auch der Adler'sche Entwurf auf gravierende praktische Schwierigkeiten stoßen werde. Hoffnungen auf die Annahme des südslawischen Programms hatte aber selbst Kristan nicht und auf deutscher Seite gab es mit Wilhelm Ellenbogen nur einen Vertreter, der sich hinter das Personalitätsprinzip stellte. Zu sehr waren die nationalen Gruppierungen auf eine territoriale Lösung des Konflikts mit zukünftig nationalstaatlicher Perspektive fokussiert.

6.3. Der Parteitag

Der Brünner Parteitag fand schließlich vom 24. bis 29. September 1899 statt. Es sollte eine sozialdemokratische Antwort auf die Nationalitätenfrage gefunden werden, ohne sich

¹²⁹ Vgl. ebd. S. 329

¹³⁰ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 68

selbst der Gefahr einer tiefgehenden nationalen Spaltung auszusetzen. Der wachsende slawische Einfluss innerhalb der Bewegung veränderte das Mächteverhältnis zusehends, was auch in den von deutscher Seite eindeutig national-defensiv geführten Verhandlungen zum Brünner Nationalitätenprogramm klar ersichtlich wird. Man war sich bewusst, dass der Friede innerhalb der cisleithanischen Reichshälfte nur über eine größtmögliche Autonomie der unterschiedlichen Völker zu erhalten war. Die auf die Verwaltung und Beamenschaft gestützte deutsche Vorherrschaft war für die Gesellschaft nicht mehr tragbar. Die nationalen Querelen waren derart substantiell, dass in den Verhandlungen zum Parteitag nicht mehr nur die Art und Weise der Rettung des Staates diskutiert wurde, sondern es wurde ernsthaft angedacht, ob man das Staatengebilde der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder wirklich retten wolle, oder es vielleicht durch einen losen Staatenbund ersetzen sollte.¹³¹

Die Parteiführung aber war pragmatischer eingestellt und man leitete die Verhandlungen in Richtung eines Programms zu einer grundlegenden Reform des Staatswesens. Welchen Zugang zu derart großen systemischen Veränderungen sollte man aber wählen? Wie oben schon eingehend beschrieben, wurden den Funktionären zwei Entwürfe präsentiert. Der Entwurf der Südslawen hatte von Anfang an nur wenig Aussicht auf Erfolg. Einerseits weil er auf dem Personalitätsprinzip aufbaute und andererseits, weil die deutschen und tschechischen Delegierten, welche gemeinsam über den größten Einfluss verfügten, aufgrund der großen Minderheiten auf ihren Territorien an der Durchsetzung von autonomen Gebietseinheiten interessiert waren. Auch der Umstand, dass der Entwurf der Gesamtexekutive unter der Ägide des mächtigen Parteiführers Viktor Adler entstand, mag nicht von Vorteil für das südslawische Konzept gewesen sein. Obwohl man Kristan und seinen Vorschlägen durchaus Sympathien entgegenbrachte, wurde der Entwurf der Südslawen als utopisch abgelehnt. Der Widerstand war so groß, dass selbst Kristan, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden, gegen seinen Entwurf stimmte.¹³²

Nachdem klar wurde, dass der Entwurf der Gesamtexekutive der einzig gangbare Weg war, musste nun beschlossen werden, mit welchen Abänderungen und in welcher Form die Inhalte des Entwurfs zum Nationalitätenprogramm formuliert werden sollten. Einigkeit herrschte bei den Verhandlungen keineswegs. Selbst gegen grundlegende Punkte der

¹³¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 331

¹³² Vgl. ebd. S. 329

Vorlage Adlers, wie die Unterteilung des Staates in Nationalitätenbundesstaaten wurde heftig agitiert. Von besonderer Bedeutung für den Ausgang des Parteitages war, wie bei den meisten richtungsweisenden Ereignissen der altösterreichischen Sozialdemokratie, die Haltung der tschechischen Delegierten und ihre Positionierung gegenüber der Parteiführung. Hier nimmt der Brünner Parteitag in der Historie der Bewegung eine außerordentliche Rolle ein. Da man einen direkten Konflikt mit den deutschen Genossen, von deren politischer Zustimmung man ja in vielen Bereichen abhängig war, zu vermeiden versuchte und auch die Gefahr einer inneren Spaltung der tschechischen Partei gebannt werden sollte, beschritten die Tschechen nicht den Weg der totalen Opposition, sondern betrieben eine Verwässerung des Programms. Auffallend ist an dieser Stelle, dass die Tschechen, hier besonders Antonín Nemeč, trotz aller separatistischen Agitation, gegen eine territoriale Teilung auftraten. Sie argumentierten mit Blick auf Böhmen und die dortigen deutschen Minderheiten, wo ihrer Ansicht nach durch die Einführung von Nationalitätenbundesstaaten eine weitere Verschärfung des Nationalitätenstreits zu erwarten gewesen wäre. Viktor Adler reagierte mit Unverständnis.¹³³ Es müsse nämlich, so Adler, im Interesse aller nichtdeutschen Völker liegen, einen Zustand territorialer Abgrenzung zu erreichen, da in Österreich eine deutsche Bürokratie herrsche.¹³⁴ Die tschechischen Delegierten jedoch empfanden das Territorialkonzept als verfrüht, da sie in nächster Zeit keinen Abschluss der innerstaatlichen Migrationsbewegungen erwarteten.¹³⁵

Die tschechische Seite strebte bei den Verhandlungen eher nach einer Prinzipienklärung und weniger einem schlagkräftigen und praktischen Parteiprogramm, was Mommsen unter anderem auf den Umstand zurückführt, dass sich die Tschechen in einer Phase der nationalen Expansion befanden und deswegen einer konkreten Formulierung des Nationalitätenprogramms aus dem Weg gingen.¹³⁶ Doch auch Adler wollte sich in dem Parteitagsprogramm keineswegs in Details verlieren und wies immer wieder die Formulierung von Grundgedanken als eigentliche Zielsetzung des Parteitags hin.¹³⁷ Der Kompromiss bestand im Wesentlichen aus dem Vorschlag Adlers, jedoch wurden die Kompetenzen der Nationaleinheiten nicht ausdrücklich nur auf Sprach- und Kulturfragen beschränkt, Deutsch als Verkehrssprache wurde nicht in das Programm integriert und der Zentralis-

¹³³ Vgl. Löw, Zerfall, S. 40

¹³⁴ Vgl. Parteitagprotokoll 1899, S. 81f.

¹³⁵ Vgl. Konrad, Nationalismus, S. 72

¹³⁶ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie, S. 332

¹³⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie, S. 334

mus wurde abgeschwächt. Trotz aller Unentschlossenheit und trotz der teils fundamentalen Meinungsverschiedenheiten existierte schon im Vorhinein ein inoffizieller Beschluss zwischen Adler und den Exekutiven der nationalen Partei, dass die abgeänderte Resolution einstimmig angenommen werden und das Ergebnis des Parteitages nach außen hin die Einheit der Partei symbolisieren sollte. Tatsächlich wurde der Entwurf der Gesamtexekutive inklusive der kleineren später hinzugefügten Abänderungen von den Delegierten einstimmig beschlossen. Die Grundprinzipien des abschließenden Programms im Wortlaut:

1. *Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.*
2. *An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.*
3. *Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.*
4. *Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.*
5. *Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.*

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie Österreichs spricht die Überzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt; daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.¹³⁸

6.4. Fazit

Das Brünner Nationalitätenprogramm galt als feierliches Manifest der Einigkeit, auch wenn es schwammig formuliert war und schon am Tag des Beschlusses verschiedene Interpretationen existierten. Dennoch ist es bedeutend, weil hier die Sozialdemokratie Österreichs erstmals gezielt Nationalitätenpolitik betrieb und nicht mehr versuchte, sich dieser staatsgefährdenden Problematik zu entziehen. Aus heutiger wie damaliger Sicht fallen die Bewertungen äußerst unterschiedlich aus. Hans Mommsen, der der Analyse des Brün-

¹³⁸ zitiert nach: Klaus Berchtold (Hg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966* (Wien 1967). S. 144f.

ner Parteitags in seinem Werk „Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat“ viele Seiten widmet, verweist darauf, dass die innerparteiliche Kommunikation wieder erleichtert wurde und der Auflösungsprozess, der zweifelsfrei schon in vollem Gange war, verlangsamt werden konnte. Auch die Entwicklung der Partei in Richtung eines staatstragenden Faktors vertiefte sich zusehends. Mit Mommson gehen auch Helmut Konrad und Raimund Löw d'accord, die beide die Rolle des Programms für die innerparteiliche Kommunikation hervorheben und die inhaltlichen Schwächen der Resolution nicht überbewerten.¹³⁹

Konrad sieht die historische Bedeutung des Nationalitätenprogramms aber weniger in der zweifellos verbesserten Gesprächsbasis innerhalb der Partei sondern in der programmatischen Aussöhnung der Partei mit der Reichsidee. Die Zerschlagung Österreichs war nach Brünn 1899 nicht mehr Teil des politischen Programms.¹⁴⁰ Demgegenüber hebt der deutsche Politikwissenschaftler Christoph Butterwege vor allem die negative und simplifizierende Konzeption des Parteiprogramms hervor.

„Das Brünner Programm abstrahierte von den sozialen Grundlagen der nationalen Gegensätze, reduzierte die Nationalitätenfrage auf ein politisch-kulturelles Überbauphänomen und isolierte sie vom ökonomischen Basisbereich, wo ihre Wurzeln lagen.“¹⁴¹

Eine gänzlich positive Sicht der Dinge verbreitet der als Geschichtsschreiber der österreichischen Arbeiterbewegung bekannt gewordene Ludwig Brügel, wenn er in den 1920er Jahren schreibt: *„Politische Demokratie und Nationale Autonomie, das sind die Grundsätze, die der Parteitag zu einem präzisen Programm ausgearbeitet hat.“¹⁴²* Ein bemerkenswert gegensätzlicher Standpunkt zu den Analysen der Majorität der modernen Historiker, die das Brünner Programm als ungenau ausformuliert bezeichnen. Nach der eingehenden Beschäftigung mit der Entstehung und den Hintergründen des Brünner Programms stellt sich für mich die Frage, ob die fünf Grundprinzipien des Jahres 1899 nicht das Maximum des zum damaligen Zeitpunkt Möglichen darstellten und der kommunikativerleichternde Effekt des Programms der Partei mehr nützte als ein direkter prakti-

¹³⁹ Vgl. Konrad, Nationalismus. S. 71

¹⁴⁰ Anm. Diesen Umstand kritisierten vor allem die stärker linksgerichteten Austromarxisten wie etwa Otto Bauer

¹⁴¹ Christoph Butterwege, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen (Marburg 1991). S. 96

¹⁴² Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 4 (Wien 1924). S. 339

scher Leitfaden zur politischen und verwaltungstechnischen Lösung der Nationalitätenproblematik. Eine andere mögliche Deutungsvariante wäre, dass sich die Sozialdemokratie mit der zukünftigen Struktur des Reiches auseinandersetzte, um von den parteiinternen Fragen abzulenken, oder um diese zumindest auf die Zeit nach den weitgehenden Staatsreformen zu verschieben. Somit konnte die ideologische Einheit erhalten und die Nationalisten in den eigenen Reihen mit Schlagwörtern wie „Nationalitätenbundesstaat“ ruhig gehalten werden. Aus meiner Sicht bedauernd ist, dass die interessanten Konzepte der Südslawen nicht ernsthaft in Betracht gezogen wurden.

Diese hätten eine neue Perspektive auf die Verwaltung des Zusammenlebens der Nationalitäten eröffnet und des Weiteren die Parteiposition etwas vom politischen Establishment und dessen uniformierenden Mechanismen entfernt. Verwunderlich ist außerdem, dass die großen sozialistischen Theoretiker der Nationalitätenfrage, wie Kautsky und Renner, nicht eingeladen wurden, um beim Konzeptionsprozess mitzuwirken. Abschließend muss meines Erachtens nach noch festgehalten werden, dass beim Brünner Parteitag die Parteiführung, allen voran Viktor Adler, wieder einmal ihr großes diplomatisches Geschick bewies und aus einer politischen Zwickmühle zwischen Internationalismus und Nationalismus heraus ein Programm schuf, auf welches sich alle nationalen Parteiflügel berufen konnten, ohne ihre nationale Identität zu verraten. Abschließend noch kurz zur Frage der Aktualität des Programms in Zeiten der Aufgabe von Souveränität und Abgabe eben dieser an eine supranationale Instanz. Das Programm war letztlich historisch gesehen zu schwach, seine Lösungsansätze nicht wirksam und seine Durchsetzung mangels adäquater Machtmittel nicht entschlossen genug, um die Parteigenossen auf Dauer aneinander zu binden.

7. Die erste Phase der Auflösung 1900-1907

Dank des Brünner Nationalitätenprogramms 1899 endete das 19. Jahrhundert für die altösterreichische Sozialdemokratie mit einem Hoffnungsschimmer für die Zukunft. In den Reihen der Parteigenossen herrschte die Meinung, dass man nun Reformen des Staatswesens einleiten müsste, ohne aber die konstitutionellen Grundkonstanten radikal zu verändern. Das Gebot der Stunde beschreibt Mommsen mit einem Zitat des Arbeiterführers Franz Schuhmeier: *„Österreich wird sein ein Bund freier Völker, oder es wird nicht*

sein!¹⁴³ Die Sozialdemokratie hatte bezüglich der Nationalitätenproblematik schlussendlich Stellung bezogen. Sie stand für eine Föderalisierung und Demokratisierung auf der Basis der Integrität des Gesamtstaats sowie des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Beachtet wurden die Vorschläge der Sozialdemokratie, die vielerorts als utopisch angesehen wurden, jedoch kaum.¹⁴⁴ Viel zu tief war der Pessimismus in die Wurzeln der Gesellschaft des Vielvölkerstaats eingedrungen. Besonders im Parlament fiel das Brünner Nationalitätenprogramm kaum auf fruchtbaren Boden.¹⁴⁵ Die parlamentarische Situation Cisleithaniens im gerade angebrochenen 20. Jahrhundert war geprägt von den erstarken nationalen Parteien, die den alteingesessenen politischen Bewegungen den Rang abliefen. Im Reichsrat existierte kein Grundkonsens über die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit für die Zukunft des übergeordneten Gesamtstaates, und die Stützen des Staates – der Kaiser, die Armee und der Beamtenstaat – standen traditionell nicht in einer engen Verbindung zum Parlament. Zu allem Überdross war eine parlamentarische Arbeit in den gemischtsprachigen Provinzparlamenten und dem Reichsrat in Wien durch die Badenikrise 1897 erheblich erschwert worden.¹⁴⁶

7.1. Das Beamtenkabinett Ernest von Koerber

Doch auch von außen wurde das politische System Österreichs bedroht. Am 18. Jänner 1900 wurde der ehemalige Innenminister Ernest von Koerber zum Ministerpräsidenten berufen. Dieser setzte im Angesicht der prekären parlamentarischen Lage auf den Ausbau des Beamtenstaats. Der Koerber'sche Staat, der starke Anleihen am altösterreichisch-absolutistischen Obrigkeitsstaat nahm und von Frederik Lindström als „*modernized Josephism*“ bezeichnet wird, verstärkte das cisleithanische Ungleichgewicht zwischen bürokratischer und politischer Führung, welche Max Weber zu einer tragenden Säule des modernen Staates erklärte.¹⁴⁷ Selbst das liberale Bürgertum, in vielen europäischen Staaten eine wichtige Stütze des politischen Establishments, integrierte sich in Österreich in die Verwaltung und wahrte dadurch seine Interessen. Im parlamentarischen System aber ver-

¹⁴³ Mommsen, Sozialdemokratie. S. 341

¹⁴⁴ Vgl. Fredrik Lindström, *Empire and Identity. Biographies of the Austrian State Problem in the Late Habsburg Empire* (Purdue University 2008). S. 8

¹⁴⁵ Vgl. Rudolf Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht* (Berlin 1932). S. 351f.

¹⁴⁶ Vgl. Lindström, *Empire*. S. 8f.

¹⁴⁷ Vgl. ebd. S. 10

lor es an Bedeutung, was die Institution als Ganzes schwächte.¹⁴⁸ Die Bürokratie begann daher das politische System zu überlagern, und der schwache Parlamentarismus, der ohnehin schon eine durch nationalistische Obstruktion belastete Existenz führte, degenerierte in der Amtszeit Körbers weiter zu einer schwachen und unzuverlässigen Institution.¹⁴⁹ Keine guten Grundvoraussetzungen also für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich mit ihrer in Brünn beschlossenen internationalistischen und staatstragenden Positionierung in direktem Gegensatz zu der sich nationalisierenden Gesellschaft befand und zweitens als Teil des politischen Systems gegenüber der herrschenden Bürokratie immer mehr an Handlungsspielraum verlor.

Körper regierte den Staat zwar als Bürokrat, oftmals unter Anwendung von Notverordnungen, aber auch er versuchte sich an einer Lösung der Sprachenfrage, um durch eine Beilegung des Konflikts das Parlament zu stabilisieren und es für seine Politik als Partner zu gewinnen. Im Mai 1900, nur drei Monate nach seiner Einsetzung, legte er drei Gesetzesentwürfe vor, die eine sprachliche Neuregelung des Geschäftsgangs bei den staatlichen Behörden in Böhmen sowie Mähren und eine Neugliederung der böhmischen Verwaltung auf Kreisebene beinhaltete.¹⁵⁰ Körper wollte außerdem die Landtage reformieren und sie in drei Kurien unterteilen. Eine für jede Nation und eine weitere Kurie für die Großgrundbesitzer.¹⁵¹ Diese erste Initiative, Ordnung in das sprachliche Chaos zu bringen, scheiterte allerdings kläglich an der tschechischen Obstruktion. Es kam sogar soweit, dass der Reichsrat im Juni und September 1900 zuerst vertagt und schließlich aufgelöst wurde.

8.1.1. Die Wahlen 1901, der Wiener Parteitag und die parlamentarische Arbeit

Die neuen Sprachgesetzesvorlagen trugen zur Nationalisierung der Neuwahlen im Jänner 1901 bei. Bedeutende Mandatsgewinne brachten die Wahlen für die Alldeutschen unter Schönerer, die nun statt acht Delegierten 24 entsenden konnten und für die tschechnationale Arbeiterpartei, die fünf Mandate erhielt. Die Anzahl der sozialdemokratischen

¹⁴⁸ Vgl. ebd. S. 11

¹⁴⁹ Vgl. ebd. S. 11f.

¹⁵⁰ Vgl. Helmut Slapnicka, Die Ohnmacht des Parlamentarismus gegenüber der nationalistischen Übermacht. In: Ferdinand Seibt (Hg.), Die Chance der Verständigung: Absichten und Ansätze zu übernationaler Zusammenarbeit in den böhmischen Ländern 1848 -1918. (München 1987). 147-174. hier: S. 161

¹⁵¹ Vgl. Jörg K. Hoensch, Geschichte Böhmens. Von der slawischen Landnahme bis zur Gegenwart (München 1997). S. 397

Abgeordneten nach den Wahlen 1901 sank hingegen von 15 auf zehn.¹⁵² Im Wahlkampf versuchte die Sozialdemokratie vor allem mit dem gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrecht als Grundlage des neu zu errichtenden Staates zu reüssieren. Die nationale Radikalisierung des Wahlkampfes aber verdrängte die internationale Partei mit ihrem Aufruf zum Ausgleich und zur Kompromissbereitschaft in die politische Passivität. Der Topos der Monarchie als „Völkerkerker“ war im Wahlkampf zu dominant. Von den 1897 gewonnenen sieben böhmischen Mandaten konnte nur ein einziges gehalten werden. Auch in Graz, Olmütz und Lemberg kämpfte man auf verlorenem Posten. Lichtblicke gab es in Wien, wo erstmals zwei sozialdemokratische Mandatare, nämlich Engelbert Pernerstorfer und Franz Schuhmeier, in den Reichsrat einziehen konnten¹⁵³ und in Niederösterreich und Schlesien, wo zwei bzw. ein Mandat errungen werden konnten.¹⁵⁴ Trotz der großen Verluste und der destruktiven Arbeitsverhältnisse im Reichsrat versuchte der sozialdemokratische Abgeordnetenverband konstruktiv an den politischen Weichenstellungen des Beamtenkabinetts Koerber teilzunehmen.

Koerber zielte mit seinen staatspolitischen Reformen zwar eher auf die Rekonstruktion des Obrigkeitsstaats und weniger auf die Nation als Souverän in einem demokratisch-föderalen Staat, wie ihn die Arbeiterbewegung herbeiwünschte, ab, er überschritt sich aber in seinen sozialpolitischen Forderungen oft mit den Vorstellungen der Sozialdemokraten. So bestand etwa durch Koerbers Forderungen nach Arbeitszeitreduktion im Bergbau und seiner liberalen Pressepolitik eine gute Gesprächsbasis mit der Sozialdemokratie. Die Arbeitsweise der Partei änderte sich in der Ära Koerber elementar. Außerparlamentarische Aktionen, von Beginn an ein Hauptbetätigungsfeld der Sozialdemokratie, verloren an Bedeutung und die konstruktive parlamentarische Arbeit wurde bevorzugt. Um keine innerparteilichen Konflikte mit marxistischen und revisionistischen Kräften zu riskieren, nahm Adler am Wiener Parteitag von 1901 eine Abänderung des Hainfelder Programms vor. Formulierungen, die Vorbehalte gegen den Parlamentarismus nahelegten, wurden entfernt. Die Ursache der unwürdigen Zustände, wurde nicht mehr in den einzelnen politischen Einrichtungen gesehen, sondern in der Monopolisierung der Arbeitsmittel in den Händen einzelner.¹⁵⁵

¹⁵² Vgl. Brügel, Geschichte. S. 342

¹⁵³ Vgl. Wahlrecht, online unter: <http://www.dasrotewien.at/wahlrecht.html> (24. Mai 2012).

¹⁵⁴ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 344

¹⁵⁵ Vgl. Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik: Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Wien/Köln/Weimar 2001). S. 383

Die programmatische Umorientierung hin zu einer in das politische System eingebundenen Partei resultierte aus dem abnehmenden Einfluss der Radikalen, der sich ab den 1890er Jahren innerhalb der Partei bemerkbar machte. Dass sich die Lebensumstände der Arbeiterschaft am Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich besserten, ließ auch den Generalverdacht, dass jegliche von oben herab durchgeführte Sozialreform nur zum Machterhalt und zur Unterdrückung diene, nicht mehr gerechtfertigt erscheinen. Die Zeit für die radikale und orthodox-marxistische Agitation schien vorüber zu sein, auch wenn etliche Forderungen der Arbeiterschaft, wie etwa zentrale Aspekte der Arbeiterschutzgesetzgebung, noch nicht erfüllt waren.¹⁵⁶ Der Charakter einer revolutionären Partei ging der altösterreichischen Sozialdemokratie damit verloren. Die SDAP konnte sich so voll auf ihre parlamentarische Verantwortung und Arbeit konzentrieren.¹⁵⁷

Koerber vermochte es zwar, eine gewisse Arbeitsfähigkeit des Reichsrats wiederherzustellen, wirklich große Reformen in neuralgischen Bereichen wie dem böhmischen Sprachenstreit aber konnte er nicht einleiten. Der Ministerpräsident, der von Mommsen als einer der fähigsten Staatsmänner beschrieben wird, die das alte Österreich hervorgebracht hat,¹⁵⁸ suchte infolge dessen nach neuen Ansätzen, wie er die Einheit Cisleithaniens erhalten konnte. Hier offenbarte sich eine weitere Gemeinsamkeit zwischen dem Etatisten Körber und der Sozialdemokratie. Körber beabsichtigte durch eine großangelegte wirtschaftspolitische Offensive die Integration der Reichsteile zu forcieren, was seit jeher eine fundamentale Forderung der Sozialdemokratie darstellte. Der wirtschaftliche Erfolg und der daraus resultierende Wohlstand sollten gegenüber den nationalen Differenzen in den Vordergrund treten.¹⁵⁹

Der Ministerpräsident startete demgemäß am 1. Juni 1901 eine Initiative, die mit großen Infrastrukturprojekten wie dem Donau-Oder Kanal oder dem Hafenausbau von Triest das gesamte Reich ökonomisch stärker integrieren hätte sollen. Tatsächlich entstand auch im Parlament eine gewisse Aufbruchsstimmung und man beschloss das schon länger überfällige Budget. Des Weiteren stärkte der neue Zusammenhalt auch die Verhandlungsbasis gegenüber Ungarn.¹⁶⁰ Als größter Erfolg Koerbers gilt das am 22. Mai 1902 verabschie-

¹⁵⁶ Vgl. ebd. S.384

¹⁵⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 345

¹⁵⁸ Vgl. ebd. S. 342

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁶⁰ Vgl. Ernest von Koerber, online unter: <http://www.biographien.ac.at/oeb1?frames=yes>

dete Budget, welches als erstes verfassungsmäßig zustande gekommenes Budget der österreichischen Reichshälfte nach dem Kabinett Badeni in die Geschichte einging. Der Impuls der wirtschaftlichen Großprojekte währte hingegen nur, bis klar wurde, dass nur ein kleiner Teil der Initiative verwirklicht werden konnte. Die nationalen Gegensätze, die infolge der wirtschaftspolitischen Offensive in den Hintergrund gedrängt wurden, begannen wieder ans Tageslicht zu treten und die Zustände im Reichsrat verschlechterten sich sukzessive.

Seit Ostern 1903 kehrte wieder das Chaos im Hohen Haus an der Ringstraße ein, Obstruktion stand wieder auf der Tagesordnung. Koerber war nicht mehr in der Lage, sich das Parlament als verlässlichen Partner für sich zu erhalten. Trotz größter Anstrengung der Sozialdemokraten, die Obstruktion der nationalistischen Parteien zu unterbinden, konnte diese Entwicklung nicht mehr aufgehalten werden. Der Reichsrat trat nur noch sporadisch zusammen und beendete die Sitzung aufgrund vehementer Obstruktion meist nach kurzer Zeit. Die Auflösung des Reichsrats erfolgte am 10. Dezember 1904 und markierte die Bankrotterklärung des österreichischen Abgeordnetenhauses.¹⁶¹

Koerber versuchte in den letzten Monaten vor der Auflösung des Reichsrats noch mit Hilfe der Presse am Parlament vorbeizuregieren. Es gelang ihm Teile der Bevölkerung gegen das Parlament zu mobilisieren, ohne aber noch das allgemeine Wahlrecht in die politische Waagschale zu legen.¹⁶² Diese Strategie ermöglichte zwar auf Verwaltungsebene größere Reformen, aber sie verhinderte die Lösung der politischen Probleme Cisleithaniens. Zu misstrauisch waren die Parteien gegenüber Koerbers Politik geworden. Auch in der Bevölkerung verlor Körber an Rückhalt und Unterstützung für seine Ideen, die im Bereich der Nationalitätenfrage zumindest dazu in der Lage gewesen wären die Sprachproblematik in Böhmen zu entschärfen. Den Kampf um das Verständnis zwischen den Nationen hätte Ernest von Koerber wohl aber auch selbst mit der vollen Unterstützung des Parlaments verloren.¹⁶³ Die Ära Koerber endete am 31. Dezember 1904 nachdem der Ministerpräsident den Kaiser aus gesundheitlichen Gründen mehrfach darum gebeten

(18. August 2012).

¹⁶¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 346

¹⁶² Vgl. Ernest von Koerber, online unter <http://www.biographien.ac.at/oeb1?frames=yes> (18. August 2012).

¹⁶³ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 347

hatte, zurücktreten zu dürfen.¹⁶⁴ Die politische Stagnation unter Koerber in den letzten Jahren seiner Amtszeit von 1903 bis Ende 1904 hatte auch direkte Folgen für die Sozialdemokratie. Es kam zu einer Stärkung der nationalen Arbeiterbewegungen, die den inneren Zusammenhalt der Internationalen Partei gefährdeten. Viktor Adler prophezeite laut Mommsen schon am Aussiger Parteitag von 1902, dass die nationalen Arbeiterparteien, solange dringende politische oder soziale Probleme anstanden, auf programmatischer Ebene zwar nicht mit der Internationalen Partei mithalten konnten, vom politischen Stillstand aber sehr wohl profitieren könnten.¹⁶⁵ In den Jahren nach dem Aussiger Parteitag folgte keine, wie noch von Adler erhoffte, Phase der großen Reformen, sondern eine durch die politische Führungs- und Kompromisslosigkeit bedingte nationale Radikalisierung.

So wurde es durch den politischen Stillstand, die permanente Destruktion der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit und den politischen Zukunftspessimismus des ausgehenden „langen“ 19. Jahrhunderts immer schwerer, im sozialdemokratischen Klub den Glauben an das Parlament und die Internationalität zu erhalten. Die Stimmung unter den Führungspersönlichkeiten der Partei war auf dem Tiefpunkt angelangt. Weder Adler noch der polnische Arbeiterführer Daszyński glaubten noch an eine kurzfristige Lösung der Staatskrise. Adler sah in dem Zustand Österreichs eine chronische Krise, die auch von der Sozialdemokratie nicht gelöst werden konnte. Man beschwor die Genossen abzuwarten und die Kräfte zu sammeln, um im richtigen Augenblick die zu erwartende Neugestaltung des Staatswesens entscheidend zu beeinflussen. Das Propagieren eines Österreich-Patriotismus galt nicht mehr als politisches Mittel für die Sozialdemokraten und wurde sogar als Verrat an den unterdrückten Nationen gesehen.¹⁶⁶ Hans Mommsen sieht in den Ausführungen Adlers einen radikalen Schwenk der altösterreichischen Arbeiterbewegung, die nun endgültig den Pfad der staaterhaltenden Politik verließ.¹⁶⁷

Eine Umwälzung von innen schien nicht mehr im Bereich des Möglichen, eher noch erwartete man Bewegungen im reichsdeutschen und russischen Proletariat, die eine erhebliche gesellschaftliche Wirkung auf Österreich entfalten könnten. Die schnell vorüberge-

¹⁶⁴ Vgl. Ernerst von Koerber, online unter: <http://www.biographien.ac.at/oeb1?frames=yes> (18. August 2012).

¹⁶⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S.348

¹⁶⁶ Vgl. Parteitagsprotokoll Salzburg 1904, S. 165 ff. zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 352

¹⁶⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 351f.

gangene Zusammenarbeit der Fraktionen und Parteien im Reichsrat unter dem Kabinett Koerber hatte gezeigt, dass die Voranstellung der Wirtschaftspolitik nur kurzfristig zur Verständigung beitragen konnte. Der elementare Grundsatz der Sozialdemokratie, der besagte, dass die wirtschaftlichen Klassengegensätze die nationale Frage obsolet machen würden, konnte trotz oder wegen der offensichtlichen Verquickung von nationalen und wirtschaftlichen Interessen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Selbst das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war, obwohl es zweifellos eine Zunahme der politischen Macht des Proletariats bedeutete, nach Meinung der Parteistrategen nicht mehr dazu in der Lage, Österreich zu retten. Zu uneins war die Arbeiterschaft in Anbetracht der nationalen Demagogie.¹⁶⁸ Dem Wahlrechtskampf aber, der von den meisten nationalistischen Parteien bereits eingeläutet worden war, musste man sich anschließen, besonders da dieser ein ureigenes Interesse der Sozialdemokratie darstellte und von den kleineren Nationen vehement gefordert wurde.

7.2. Der Wahlrechtskampf 1903 - 1907

Der ab 1903 langsam beginnende Wahlrechtskampf stellte eine große Zerreißprobe für die Sozialdemokratie dar.¹⁶⁹ Mit der Verlagerung der politischen Machtverhältnisse zu Gunsten der Verwaltung, traten die regionalen Interessen der Kronländer immer mehr in den Vordergrund. Die Hoffnung auf eine schnelle Reform des Staatswesens war in der Gesamtpartei, wie bereits erwähnt, endgültig zu Grabe getragen worden. Was folgte war eine Fokussierung der nationalen sozialdemokratischen Parteien auf ihre Partikularinteressen. Gerade die tschechoslawische Partei versuchte daher mit der Erzwingung des gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts ihre Position im böhmischen und mährischen Landtag zu stärken. Das Feld der politischen Arbeit war nunmehr Böhmen und Mähren und nicht der internationale Reichsrat in Wien. Die tschechoslawischen Funktionäre kritisierten dabei ihre deutschen Genossen, da diese aus ihrer Sicht die Erweiterung des Landtagswahlrechts zu wenig unterstützten. Ein Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine von der „Arbeiter-Zeitung“ publizierte Deklaration, in der es hieß, dass man sich derzeit mit der fünften Kurie zufrieden gäbe.¹⁷⁰ Während des internationalen Gesamtpar-

¹⁶⁸ Vgl. ebd. S. 354

¹⁶⁹ Vgl. Löw, Zerfall der „Kleinen Internationalen“. S. 46

¹⁷⁰ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 362

teitags von 1905¹⁷¹, der in Wien stattfand, brachen deshalb große Kontroversen zwischen den deutschen und tschechischen Delegierten aus. Diese waren derart brisant, dass der eigentliche Hauptverhandlungs- und Streitpunkt, die Gewerkschaftsorganisation, gänzlich von der Wahlrechtsthematik überschattet wurde.¹⁷² Von vielen Seiten hörte man den an die Wiener Parteileitung gerichteten Vorwurf, man habe sich nur auf Initiativen des Kaisers, der Bürokratie und des Parlaments verlassen und es verabsäumt mit Massendemonstrationen Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben. Adler war immer noch der Ansicht, dass man dem Fluss der Dinge nicht mit Straßenaktionen entgegenzutreten, sondern abwarten sollte, um keine Verhärtung der innerparteilichen Fronten zu riskieren.¹⁷³

Die deutschen Parteimitglieder standen nämlich einer schnellen Erweiterung des Landtagswahlrechts in den mehrheitlich tschechischen Gebieten mit Skepsis gegenüber, da ihr eigener Einfluss auf die Politik des Kronlands damit zu schwinden drohte. Kurzgefasst: Als Sozialdemokraten musste es ihnen ein zentrales Anliegen sein, das allgemeine Wahlrecht auf allen Ebenen durchzusetzen, als Deutsche aber fürchteten sie um ihre führende Stellung im Reich.¹⁷⁴ Die Folge war eine gewisse Apathie der Deutschen, die von den Tschechen heftig kritisiert wurde. Doch nicht nur aus nationalistischem Kalkül existierten Gegensätze in der Wahlrechtsbewegung zwischen Deutschen und Tschechen. In Böhmen hatte die Auseinandersetzung um das Wahlrecht die Form eines nationalen Emanzipationskampfes angenommen. Große Teile des Bürgertums konnten dabei in die Bewegung integriert werden und die Sozialdemokraten erhielten die Rückendeckung, die sie für radikale Straßenaktionen benötigten. Dieses besonders lautstarke Auftreten der tschechischen Partei war sogar notwendig geworden, wollte man weiter die Speerspitze der Bewegung bilden. Auf deutscher Seite hingegen stand das Bürgertum der Wahlrechtsreform aus Angst vor dem Verlust der nationalen parlamentarischen Dominanz ablehnend gegenüber.¹⁷⁵ Die deutsche Position des Abwartens hatte mit der Zeit aber immer mehr an Glaubwürdigkeit verloren. Anfangs war man nur widerwillig bereit gewesen, den Wahlrechtskampf programmatisch zu diskutieren. Nachdem aber selbst der Kaiser in der ungarischen Verfassungskrise 1905 die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorschlug, mussten die deutschen Sozialdemokraten in der Wahlrechtsfrage zwangsläufig aktiv wer-

¹⁷¹ 29. Oktober – 02. November 1905

¹⁷² Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 367

¹⁷³ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 708

¹⁷⁴ Vgl. Mommsen, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. S.362

¹⁷⁵ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 709

den.¹⁷⁶ Hinsichtlich der Vorgehensweise war hingegen keine Einigung in Sicht. Auf tschechischer Seite hörte man schnell die Rufe nach einem reichsweiten Generalstreik. Auf deutscher Seite hingegen setzte man noch auf gemäßigtere Mittel, war doch die Bereitschaft zu einem Generalstreik auf deutscher Seite nicht durchwegs gegeben.¹⁷⁷ Auch Viktor Adler konnte sich noch nicht zu solch radikalen Maßnahmen durchringen und ging auf Distanz zu den Befürwortern der Kampfmaßnahmen, was einen Vertrauensbruch mit den tschechischen Delegierten, aber auch mit den Delegierten anderer Nationen bewirkte. Frustriert beschwor František Modráček die Bewegung:

„Die große historische Pflicht fordert von der österreichischen Sozialdemokratie, sich durch die Entfaltung ihrer ganzen Macht, ihrer ganzen Energie zu Taten aufzuraffen. Eine große Verantwortung ruft ihr zu, diese für sie so günstige Gelegenheit nicht zu versäumen. Und an erster Stelle muß sich Wien zu einer nachdrücklichen Aktion aufaffen, dieses Millionenmeer rechtloser Proletarier, die am besten organisierte Armee des österreichischen Proletariats. Das Wiener Proletariat muß sich an die Spitze der ganzen Bewegung stellen, damit aus seinem Munde der Ruf Österreichs nach Gerechtigkeit denen in den Ohren gellt, die ihre Verwirklichung verweigern.“¹⁷⁸

Die nationale Färbung der Debatten war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zu übersehen. Man beschimpfte sich gegenseitig als „Germanisatoren“ und „Nationalisten“. Antonín Nemeč glaubte in der deutschen Parteiführung gar die Handlanger der deutschen Bourgeoisie zu erkennen, was sogar den sonst so besonnenen Viktor Adler auf den Plan rief. Adler beschwor seine tschechoslawischen Parteigenossen, die deutsche Selbstbeherrschung und internationale Disziplin in der Diskussion nicht herauszufordern.¹⁷⁹ Diese Drohung nahm man jedoch keineswegs einfach hin, sondern Nemeč erwiderte:

„Wir wollen nicht, daß wir immer Amboß sind und Sie Hämmer, und wenn auch das geschieht, was uns Adler angedroht hat, wir bleiben internationale Sozialdemokraten, und wir werden dann sehen, ob es auch die deutschen Genossen bleiben.“¹⁸⁰

Die tschechoslawischen Parteigenossen mussten mit aller Härte versuchen, die deutschen Delegierten für ihre radikalen Aktionen zu gewinnen, da sie fürchten mussten, die Feder-

¹⁷⁶ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 366

¹⁷⁷ Vgl. Löw, Zerfall, S. 50

¹⁷⁸ František Modráček, Rakouska krize a rissky sjezd sociální demokracie (Die österreichische Krise und der Reichsparteitag der Sozialdemokratie), in Akademie, 1906

¹⁷⁹ Parteitagprotokoll (Wien 1905) In: Raimund Löw, Zerfall der „Kleinen Internationalen“ (Wien 1984). S. 105

¹⁸⁰ Parteitagprotokoll (Wien 1905) S. 107 zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 368

führung im Wahlrechtskampf in Böhmen und Mähren an die tschechischen Nationalsozialisten zu verlieren, die sehr engagiert und mit viel Erfolg die Massen mobilisierten. Es ging den Tschechen auch um nationales Prestige, wollte man doch vor der bürgerlichen und liberalen Presse als treibende Kraft bei der Realisierung einer der zentralsten Forderungen des Proletariats wahrgenommen werden.¹⁸¹

8.2.1. Die russische Revolution 1905 und die Entwicklung des allgemeinen

Wahlrechts

Justament zu diesem Zeitpunkt trat ein historisches Ereignis auf den Plan, welches gerade für die Sozialdemokratie weitreichende ideologische und parteipolitische Konsequenzen hatte. Die Russische Revolution des Jahres 1905 überschattete die innenpolitischen Querelen in Cisleithanien und zeigte, dass auch in Russland die unterschiedlichen Nationen gegen die politische Struktur aufbegehrten, nationale Vereine im Ausstrahlungsbereich der Bildungsschicht gegründet wurden und so die Völker versuchten, ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Eine zentrale Parallele zu den Emanzipationsbestrebungen der Völker diesseits der Leitha waren hierbei die Streitigkeiten um die Installierung von nationalen Schulsystemen, die, wie ich noch zeigen werde, in Österreich ebenso von großer Brisanz waren.¹⁸² Aber auch auf die Wahlrechtsdebatte hatte die russische Revolution 1905 erheblichen Einfluss. Durch das Oktobermanifest des Zaren wurde ein Zweikammernparlament eingeführt und das allgemeine Männerwahlrecht in Aussicht gestellt. Diese historische Nachricht erreichte die österreichischen Sozialdemokraten direkt auf ihrem Parteitag in Wien. Der Delegierte Ellenbogen unterbrach seine Ausführungen, um das Manifest des Zaren vom 30. Oktober zu verlesen. Mit einem Schlag kippte die Stimmung des Parteitags und man sah die Zeit gekommen für den Beginn der sozialistischen Revolution. Zumindest wollte man aber den demokratischen Reformen, die in Russland eingeführt wurden, keineswegs nachstehen.¹⁸³ Viktor Adler, der sich stets für eine abwartende Haltung eingesetzt hatte, hielt zu diesem Anlass seine, nach Julius Braunthal, revolutionärste Rede. Massenstreiks wurden nicht mehr ausgeschlossen und Adler versicherte, dass sich das Proletariat sein demokratisches Recht erkämpfen werde. Die uneinsichtige Re-

¹⁸¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 367

¹⁸² Vgl. Andreas Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall (München 2008). S. 276

¹⁸³ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 710

gierung sollte durch Großkundgebungen überzeugt werden und schließlich dem zustimmen, was angeblich ohnehin in ihrem eigenen Interesse lag.¹⁸⁴

Man forderte: Der Reichsrat sollte mit sofortiger Wirkung einberufen werden und eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten. Falls dies nicht geschehe, sei die Sozialdemokratie gewillt, ihr mächtigstes Machtmittel, den Generalstreik, einzusetzen. In der Erwartung der Ausbreitung der sozialistischen Revolution stellten sich auch die Deutschen unter der Führung von Viktor Adler hinter den Generalstreik und die Kampfmaßnahmen der Straße. Massenproteste wurden organisiert und schon am 31. Oktober 1905 kam es zu einer Großdemonstration vor dem Parlament, was die außergewöhnliche Aktionsbereitschaft der Bevölkerung zeigte. Nach kurzer Zeit hatten die Proteste ein Ausmaß erreicht, welches das Innenministerium dazu veranlasste, von einem „offen revolutionären Charakter“ der Demonstrationen zu sprechen.¹⁸⁵ In Wien und Prag kam es am 2. November auch zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Straßenbarrikaden wurden errichtet und man leistete erbitternden Widerstand gegen die Staatsgewalt. Durch das gewaltsame Vorgehen der Polizei beschleunigte und radikalisierte sich die Bewegung zusätzlich.

Eine Großkundgebung am 4. November in Wien musste die Polizei gewähren lassen, um die Situation nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Die Demonstranten zogen vor das Parlament und hissten dort die rote Flagge.¹⁸⁶ Darüber hinaus streikten auch die Eisenbahnbediensteten im Rahmen einer passiven Resistenz für die Wahlrechtsreform, anfangs nur in Böhmen und später im ganzen Reich.¹⁸⁷ Dieser passive Widerstand beinhaltete die Verrichtung des Diensts exakt nach Vorschrift, was kurioser Weise in der Praxis aufgrund der immensen Fülle an Instruktionen, den Bahnverkehr in massiv beeinträchtigte. Eingeleitet wurde die passive Resistenz in der Eisenbahnwirtschaft durch die tschechischen Nationalsozialisten und die deutsche Arbeiterpartei, was in Anbetracht des großen Erfolgs dieser Strategie den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge war.¹⁸⁸ Die Zustände im Oktober und November 1905 erinnerten unweigerlich an die Badenikrise des Jahres 1897, wie der seit dem 1. Jänner 1905 amtierende Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn im

¹⁸⁴ Vgl. Braunthal, Adler. S. 155

¹⁸⁵ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 711

¹⁸⁶ Vgl. ebd. S. 711f.

¹⁸⁷ Vgl. Löw, Zerfall. S. 89

¹⁸⁸ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 371

Ministerrat feststellte.¹⁸⁹ Dank eines Aufrufs der tschechoslawischen sozialdemokratischen Führung zur Gewaltlosigkeit und der besonnenen Krisenbewältigungspolitik der Regierung konnte die Eskalation der Krise aber verhindert werden.

Nichtsdestotrotz war die Besorgnis in den politischen Eliten so groß, dass schließlich sogar der Kaiser intervenierte. Er berief den Ministerpräsidenten am 3. November zu einer Audienz und verlangte von ihm ein Nachgeben und eine Reform des Wahlrechts hin zu einem allgemeinen, direkten und gleichen Männerwahlrecht.¹⁹⁰ Unter dem Druck des Kaisers begann Gautsch schließlich mit den Vorbereitungen für die Wahlrechtsreform. Schon einen Tag später verkündete die Regierung, man sei bereit, eine umfassende Wahlrechtsreform durchzuführen. Eile war auch geboten, da man die Entwicklung der Protestbewegung nicht vorhersehen konnte. Die Demonstrationen endeten auch nach der Absichtserklärung der Regierung nicht und am 28. November kam es zu einem denkwürdigen Marsch von 250.000 Menschen zum Reichsratsgebäude, der eindrucksvoll die Geschlossenheit der internationalen Arbeiterschaft zeigte und vorübergehend zumindest nach außen die Brüche zwischen den nationalen Arbeiterbewegungen verschloss.

Die Sozialdemokraten betrachteten das Einlenken des Ministerpräsidenten als ihren Erfolg, blieben Gautsch und seiner Gesetzesvorlage gegenüber trotzdem reserviert. Engelbert Pernerstorfer, ein enger Vertrauter Viktor Adlers und eine Führungspersönlichkeit der Wiener Sozialdemokratie, zweifelte etwa an den lauterer Absichten des Ministerpräsidenten, da dieser in der Debatte um die ungarische Wahlrechtserweiterung eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, die er mit einer dadurch notwendig werdenden Wahlrechtsreform in Österreich begründete.¹⁹¹ Ein weiterer Grund für das Misstrauen der Sozialdemokraten war die Verweigerung der Zustimmung im Herrenhaus und die deshalb durchaus realistische Möglichkeit des Scheiterns der Reform. Auf ein solches Scheitern hätte man auf Seiten der Bewegung unverzüglich mit einem Generalstreik reagiert. Die Regierung jedoch hielt ihr Versprechen und versuchte schnellstmöglich die Wogen zu glätten und das allgemeine Wahlrecht zu installieren. Es sollte dennoch Monate dauern, bis Gautsch dem Parlament einen fertigen Gesetzesentwurf vorlegen konnte. Das neuerliche Aufkeimen einer Wahlrechtsagitation Ende Jänner 1906 wurde schon am 16. Februar von der

¹⁸⁹ Vgl. Brügel, Geschichte. Bd.4. S. 360f.

¹⁹⁰ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 371

¹⁹¹ Vgl. Geschichte, online unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2007/PK0624/index.shtml (22. August 2012).

Parteivertretung unterbunden, da man bereits in konkrete Gespräche mit der Regierung eingetreten war.

8.2.2. Die erste Gesetzesvorlage

Erst am 23. Februar 1906 legte die Regierung eine Gesetzesvorlage vor, die im Reichsrat verhandelt werden konnte. Vorgesehen war die Wahlpflicht aller männlichen eigenberechtigten Staatsbürger, die über 24 Jahre alt, des Lesens und Schreibens mächtig und mindestens ein Jahr in ihrer Wohnsitzgemeinde ansässig waren.¹⁹² Die Zahl der Abgeordneten sollte auf 455 erhöht werden, was Verschiebungen zuungunsten der Deutschen bedeutete hätte. Die Wahl der Abgeordneten sollte laut Gesetzesvorlage in möglichst kleinen und national abgegrenzten Wahlkreisen durchgeführt werden. Durch die ungleichen Größenverhältnisse der Wahlkreise - jene der östlichen Regionen waren zum Teil deutlich größer dimensioniert als ihre Pendanten in den österreichischen Erblanden - konnte die Regierung sicherstellen, dass die Deutschen weiterhin eine Hegemonialstellung besaßen.¹⁹³

Für die nationalistisch-bürgerlichen Parteien war dieser Mechanismus zur Vergabe der Abgeordnetensitze nach dem Prinzip des nationalen Einflusses nicht zufriedenstellend. Sie forderten wirtschaftliche Abstufungen der Wahlkreise in Anlehnung an das alte Zensuswahlrecht.¹⁹⁴ In sozialdemokratischen Kreisen kritisierte man vor allem den „Bildungszensus“, die Sesshaftigkeitsklausel und die Bestimmungen über das Wahlalter. Besonders die ersten beiden Beschränkungen betrafen viele Wähler aus der Arbeiterschicht. Durch die Sesshaftigkeitsklausel war es Saisonarbeitern nicht gestattet, an den Wahlen teilzunehmen. Da man sich aber bewusst war, dass man mit der Regierung Kompromisse eingehen musste und die Mehrheit der Parteien der Wahlreform bereits eine Absage erteilt hatten, ließ man von den Kritikpunkten ab und unterstützte weiter die Vorschläge des Ministerpräsidenten.¹⁹⁵ Die Klubs der anderen Parteien waren indes nicht dazu bereit, die Reform des Ministerpräsidenten mitzutragen, wobei eine direkte Opposition nur abge-

¹⁹² Vgl. Vasilij Melik, Wahlen im alten Österreich am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Wien/Köln/Weimar 1997). S. 144

¹⁹³ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 718

¹⁹⁴ Vgl. Adam Wandruszka, Österreich-Ungarn vom ungarischen Ausgleich bis zum Ende des 1. Weltkriegs. In: Rudolf von Albertini (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6 (Stuttgart 1968). 353-399. S. 384f.

¹⁹⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 375

schwächt möglich war, da der Kaiser auf der Seite seines Ministerpräsidenten stand und ausdrücklich das allgemeine Wahlrecht wünschte. Für die national gesinnten Parteien barg die Gesetzesvorlage eine grundlegende Änderung der Machtbalance im Staat. Während die slawischen Vertreter vor allem in Mähren auf eine numerische Stärkung im Abgeordnetenhaus hoffen konnten, fürchteten die Deutschen den Niedergang ihrer parlamentarischen Machtposition. Dessen ungeachtet kam auch von den slawischen Delegierten Kritik, da angedacht wurde, die Mandatszahl der Wahlkreise nach deren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand abzustufen, was eine Bevorzugung der wirtschaftlich besser gestellten Regionen zur Folge gehabt hätte. Diese von deutschbürgerlicher Seite und lange Zeit auch von Teilen der deutschen Sozialdemokratie geforderten Abstufungen, fanden jedoch keinen Eingang in die Gesetzesvorlagen des Ministerpräsidenten.¹⁹⁶

Gautsch scheiterte schlussendlich am Widerstand der konservativen und bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Frustriert über die Ablehnung der Wahlrechtsreform erbat Gautsch von Kaiser Franz Joseph seine Entlassung aus dem Amt, offiziell aufgrund gesundheitlicher Gründe.¹⁹⁷ Der Kaiser willigte ein und ernannte am 2. Mai 1906 den von 1904 bis 1906 als Statthalter des Küstenlandes amtierenden Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum neuen Regierungschef der österreichischen Reichshälfte. Auch Hohenlohe-Schillingsfürst scheiterte an der festgefahrenen Situation im Reichsrat und nutzte einen Zollstreit mit Ungarn, um sein Rücktrittsansuchen beim Kaiser einzureichen. Die kurze Ministerpräsidentenschaft von Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst war bezeichnend für den politischen Ausnahmezustand Österreichs im Kampf um das allgemeine Wahlrecht.¹⁹⁸

8.2.3. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und die Wahlen 1907

Der nächste Ministerpräsident, der sich an der Wahlrechtsreform versuchte, war Max Wladimir von Beck. Er trat sein Amt am 2. Juni 1906 an und ging sofort daran, die große Wahlrechtsreform, an der so viele Hoffnungen hängten, zu Ende zu bringen. Um die grö-

¹⁹⁶ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 722

¹⁹⁷ Vgl. Eintrag zu Paul Gautsch von Frankenthurn. Online unter: <http://www.biographien.ac.at/oebf?frames=yes> (14. September 2012).

¹⁹⁸ Vgl. Eduard Winkler, Wahlrechtsreformen und Wahlen in Triest 1905-1909. Eine Analyse der politischen Partizipation in einer multinationalen Stadtregion der Habsburgermonarchie (München 2000). S. 74 sowie 116f. und 213.

ßeren Nationen im Reichsrat und hier vor allem die Deutschen zufrieden zu stellen, begann man die Wahlkreise nicht nur nach der Bevölkerungszahl, sondern auch nach der Steuerleistung zu differenzieren. Da die Deutschen in Cisleithanien über einen Gutteil des Kapitals verfügten und damit auch in der Unternehmerschicht eine zentrale Rolle spielten, hatte diese höchst umstrittene Maßnahme das Ziel, auf längere Sicht die Machtstellung der Deutschen zu festigen, unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung in den Wahlkreisen oder anderen schwer vorhersehbaren Faktoren.¹⁹⁹ Durch Einbeziehung der Steuerleistung in den Vergabeschlüssel der Mandatszahlen verfügten die Deutschen, die 35 % der Bevölkerung stellten und 63% der Steuern aufbrachten, über 43% der Sitze im Abgeordnetenhaus. Raimund Löw errechnete, dass für ein deutsches Mandat 40.000 Stimmen, für ein tschechisches 55.000 und für ein ruthenisches Mandat gar 105.000 Stimmen benötigt wurden.²⁰⁰

Es war das eine klare Bevorzugung, die bei den Tschechen, aber auch bei den anderen Nationen auf wenig Gegenliebe stieß und den Grundsatz des gleichen Wahlrechts massiv verletzte. Einen wichtigen Durchbruch in den Verhandlungen erreichte man am 21. Juli 1906, als unter Vermittlung Adlers eine Einigung zwischen Tschechen und Deutschen bei den Mandatszahlen erreicht wurde. Adler bewies einmal mehr sein Geschick, indem er sich als ehrlicher Makler präsentierte und nicht nur für die Rechte der Deutschen, sondern auch für die der Tschechen eintrat.²⁰¹ Am 26. November 1906 wurde eine Vorlage zur ersten Lesung eingebracht, die die Abstufungen der Wahlkreise nach Steuerleistung vorsah, was nicht nur vorhersehbare Kontroversen im Reichsrat, sondern auch in der Gesamtpartei auslöste. Die gemeinsame Front der Sozialdemokraten, die auf dem unbedingten Willen, die Wahlrechtsreform so schnell wie möglich zu verwirklichen, basierte, wurde ein letztes Mal vor der Durchsetzung der Reform auf die Probe gestellt.

Bis dahin hatte die Gesamtpartei die Diskussion um die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Abstufungen vermieden, da hier kein Konsens mit der Prager Partei zu erwarten war.²⁰² In den Debatten um die Details der Wahlrechtsreform suchte die Sozialdemokratie nach einem Weg, wie man das demokratische Grundprinzip des gleichen Wahlrechts für jeden Staatsbürger mit den Kräfteverhältnissen der Nationalitäten Cisleithaniens, die sich

¹⁹⁹ Vgl. Wandruszka, Österreich-Ungarn. S. 384

²⁰⁰ Vgl. Löw, Zerfall. S. 55

²⁰¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 380

²⁰² Vgl. ebd. S. 374

ja auch in der Gesamtpartei widerspiegeln, vereinen könne. Viktor Adler ließ keinen Zweifel daran, dass für ihn die Einteilung der Wahlbezirke auf Basis der Volkszählung in kleine national möglichst abgegrenzte Einheiten grundsätzlich richtig, aber durch die komplexen Machtstrukturen zwischen den Nationen nicht durchführbar sei. Er akzeptierte also die Abstufung, ohne aber die Kriterien der Abstufung gutzuheißen. Was die feste Einteilung der Wahlkreise betrifft, betonte er, dass durch das höhere Bevölkerungswachstum in den industriellen Gebieten mit der Zeit eine parlamentarische Bevorzugung der agrarischen Reichsgebiete entstehen würde, was die zentrifugalen politischen Kräfte nur noch weiter stärke.²⁰³

Viktor Adler und Karl Renner, die beide federführend an der Erstellung der Wahlrechtsreform beteiligt waren, gelang es mit großem Verhandlungsgeschick, die Diskussion um die Mandatszahlen zwischen den Tschechen und den Deutschen zu beenden und einen Kompromiss zu finden. Als Führer der Sozialdemokratie mussten sie aber im Bereich der Abstufungen der Wahlkreise Konzessionen machen, die einiges an Konfliktpotential für die internationale Gesamtpartei enthielten. Obwohl die Sozialdemokraten in ihrem Parteiprogramm ein stärker ausgeprägtes allgemeines und gleiches Wahlrecht verlangten und weder die Herabsetzung des Wahlalters, noch die Streichung der Sesshaftigkeitsklausel erreichten, verzichteten sie aus Angst vor einem vorzeitigen Ende der Wahlrechtsreform auf außerparlamentarischen Druck.²⁰⁴ Man präsentierte sich eher als Regierungspartei und übte nicht auf die Regierung, sondern auf die anderen Reichsratsparteien außerparlamentarischen Druck aus. Die Parteiführung erwog Anfang 1906, als die Agitation gegen den Wahlreformausschuss eindeutige Züge einer Obstruktion anzunehmen begann, einen landesweiten Massenstreik zu initiieren, was von den national-bürgerlichen Kräften als von der Regierung geduldeter Terrorismus aufgefasst wurde.²⁰⁵

Der Widerstand der konservativen Parteien erlahmte dennoch und das Gesetz wurde am 1. Dezember 1906 verabschiedet. Nachdem Gautsch und Hohenlohe-Schillingsfürst an der Wahlrechtsreform gescheitert waren, konnte sie unter Ministerpräsident Beck nun endlich beschlossen werden. Für die Sozialdemokratie war die Reform ein großer Erfolg, der zeigt, welche Kraft die Partei auch innerhalb des parlamentarischen Systems entwi-

²⁰³ Vgl. ebd. S. 376f.

²⁰⁴ Vgl. Schöffers, Wahlrechtskampf. S. 723

²⁰⁵ Vgl. ebd. 726

ckeln konnte. Durch diesen Sieg entstandene Euphorie wurde der nationale Zwist in der Sozialdemokratie etwas in den Hintergrund zu gespielt, erwartete man doch, dass die österreichische Sozialdemokratie durch das allgemeine Wahlrecht ihr volles Machtpotential erst entfalten werde. Zusätzlich halfen die Debatten und Verhandlungen im Wahlreformausschuss, das Misstrauen gegenüber der Arbeiterbewegung abzubauen.²⁰⁶ Die Befürchtungen, die Sozialdemokraten würden das Land ins politische Chaos stürzen, bewahrheiteten sich nicht. Im Gegenteil, Viktor Adler und seine Genossen bewahrten das Land davor, im Kampf um die demokratischen Rechte auseinanderzubrechen.

Für die Zusammenarbeit in der sozialdemokratischen Partei bot die Wahlrechtsbewegung einmal mehr eine Ablenkung von tiefer liegenden Strukturproblemen. Die Nationen stellten ihre partikularen Interessen zurück, um eines der großen Ziele der Arbeiterschaft zu verwirklichen.²⁰⁷ Keine Gruppe in der Partei konnte einen eindeutigen Sieg verbuchen, das Ergebnis war ein internationaler Kompromiss auf Reichsratsebene, der im Schoß der Sozialdemokratie geboren wurde. Nach dem Beschluss der Wahlrechtsreform kehrte eine Phase der Beruhigung ein und man stürzte sich gemeinsam in den Wahlkampf, bei dem tendenziell der internationale Charakter der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielte. Otto Bauer beschreibt diese Phase folgendermaßen:

„Die Wucht des großen Reformgedankens hat das Gezänk um Gerichtssprache und Parallelklassen einen Augenblick zum Schweigen gebracht. Und es ist denkbar, dass im neuen Parlament des gleichen Stimmrechts die Nationen ein paar Monate lang friedlich zusammenarbeiten werden. Aber die Fortdauer dieses Friedens darf kein Besonnener hoffen.“²⁰⁸

Die Wahlen vom 14. Mai 1907 endeten erwartungsgemäß mit einem Triumph der Massenparteien. Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten konnten ihre Mandate vervielfachen. Aufgrund des alten Kurienwahlsystems saßen elf Abgeordnete der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Nur sechs Jahre später steigerte sich ihre Mandatszahl durch das allgemeine Männerwahlrecht auf 87 Mandate. 50 Mandate entfielen auf deutsche und 24 auf tschechische Wahlkreise. Auch wenn die Wahl im gesamten Reichsteil sehr positiv ausfiel, so sticht besonders der Erfolg des tschechischen Parteiflü-

²⁰⁶ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 381

²⁰⁷ Vgl. Monika Glettler, Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (Oldenbourg 1972). S. 397

²⁰⁸ Otto Bauer, Nationalitätenfrage. S. 383

gels ins Auge, der auf beeindruckende Weise in den böhmischen Wahlkreisen zu siegen vermochte. Hans Mommsen führt dies unter anderem auf das Fehlen einer starken konservativ-klerikalen Bewegung zurück, die wie etwa in den Alpenländern die ländlichen Kreise dominierte. Für die Gesamtpartei hatte dies zwei weitreichende Konsequenzen. Erstens stieg der direkte Einfluss der Tschechen auf die Parteileitung und zweitens verstärkten sich die nationalistischen Forderungen, mit denen die tschechischen Sozialdemokraten ihren Wahlkampf gegen die Nationalsozialisten führten.²⁰⁹

Dennoch ergab man sich der Euphorie des Sieges. Mehr als eine Million von über vier- einhalb Millionen abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten. Dieses Ergebnis hatte selbst die Parteiführung nicht erwartet. Der Kaiser, unter dessen Druck die Wahlrechtsreform erst in die Wege geleitet wurde, war ebenso überrascht und auch besorgt, ob des Erfolgs der Sozialdemokraten, hatte doch Ministerpräsident Beck dem Kaiser nur 35 Mandate für die Sozialdemokraten vorausgesagt.²¹⁰ Vergleicht man aber den Ausgang der Wahl von 1897 mit dem von 1907 unter der Prämisse eines allgemeinen Wahlrechts, so zeigte sich, dass man nur geringfügig mehr Wähler mobilisieren konnte als 1897 und das Wählerpotential der Arbeiterklasse trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs begrenzt war.²¹¹ Zur stärksten Kraft und zum zugleich größten Konkurrenten der Sozialdemokraten avancierten die Christlichsozialen²¹² mit 67 Mandaten, die im Verbund mit den Klerikalen über 89 Mandate verfügten.²¹³ Als zweitstärkste Kraft machte man sich nun auf, den neu gewonnen Einfluss der Partei zu nutzen, um eine Lösung im Nationalitätenkonflikt herbeizuführen. Viktor Adler schrieb nach den Wahlen von 1907 voll Tatendrang und Zukunftsoptimismus: Die Stärke der Sozialdemokratie als Staatspartei sei „[...] eine der wichtigsten Bürgschaften für die Zukunft des Parlaments, für die Entwicklung des Staates.“²¹⁴

8. Die letzte Phase der Auflösung 1907 – 1912

Inmitten des größten Erfolgs der internationalen altösterreichischen Sozialdemokratie, der

²⁰⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 382

²¹⁰ Vgl. Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 – 1918 (Oldenbourg 1993). S. 256

²¹¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 381

²¹² Anm: Die Christlichsozialen gewannen ihrer Fusion mit den Klerikalen 67 Mandate

²¹³ Vgl. Kriechbaumer, Erzählungen. S. 250

²¹⁴ F. Adler (Hg.), G. Pollatschek (Hg.), Viktor Adler, Aufsätze, Reden, Briefe, Nr. 1 – 11 (Wien 1922 – 1929). zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 383

Erkämpfung des allgemeinen Männerwahlrechts im Jahr 1907, fand man sich in einer gefährlichen Lage wieder. Die Gewerkschaften, einst Stützpfiler der internationalen Kooperation, waren innerhalb eines kurzen Zeitraums dem Kampf der Nationalitäten erlegen und es kam 1907 zur Abspaltung einer tschechischen Gewerkschaftskommission. Dieses folgenschwere Ereignis wird im Rahmen des zweiten Teils „Gewerkschaftsarbeit und die nationale Frage“ näher behandelt werden.²¹⁵ Für den politischen Flügel der Arbeiterbewegung bedeutete das Ereignis eine existenzielle Bedrohung, da die Gewerkschaft seit jeher einen wichtigen Teil der Basis der Sozialdemokratie darstellte. Das Verhältnis zwischen den einzelnen in der Bewegung vertretenen Nationen verschlechterte sich dadurch weiter. Auch auf der europäischen Ebene gerieten die nationalen Gegensätze und die dadurch angespannte politische Lage auf dem Kontinent in den Fokus. Die Konferenzen von Stuttgart 1907 und später in Kopenhagen 1910 verschrieben sich deshalb dem Kampf um die Internationalität. Cisleithanien spielte dabei eine hervorgehobene Rolle, da sich hier die großen Konfliktlinien im Kleinen abzeichneten.

„Der Kampf um die Bewahrung der Internationalität ist auch ein Kampf um die Erhaltung des ideologischen und strategischen Konsenses: Von den drohenden Kriegswolken am Horizont grollt der Donner kommender fraktioneller Zerreißproben.“²¹⁶

Der seit Jahrzehnten schwelende Kampf der Nationen in der altösterreichischen Sozialdemokratie ging nun in seine letzte Phase. Die Partei musste jedoch nicht nur an einer Lösung des Gewerkschaftskonflikts arbeiten und sich den großen geopolitischen Aufgaben der Vorkriegszeit stellen, sondern musste primär den Interessensausgleich der Nationen im parlamentarischen Alltagsgeschehen sicherstellen, was nach der Wahlrechtsreform und deren national diversifizierenden Folgen für das Parlament erheblich aufwendiger wurde. Erschwerend kam hinzu, dass nach der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1907 alltagspolitische Streitigkeiten nicht mehr durch das integrative Element des Wahlrechtskampfs überdeckt wurden.

Die 87 Abgeordneten agierten innerhalb des Verbandes der sozialdemokratischen Abge-

²¹⁵ Vgl. in dieser Arbeit S. 79

²¹⁶ Franz Kreuzer, *Der Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung: Das Zeitalter Victor Adlers* (Wien 1988). S. 236

ordneten, der die Einigkeit in den parlamentarischen Abstimmungen gewährleisten sollte. Im Schatten der Zersplitterungstendenzen bildeten sich aber fünf nationale Klubs, die in nationalen Fragen unabhängig entschieden. Trotz Versuchen der deutschen Parteiführung, die Bildung von Klubs zu verhindern, festigte sich diese Organisationsform. Fortan unterteilte sich der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament in einen deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und ruthenischen Klub. Lediglich durch die Schaffung eines multinationalen Vorstands, der auf einem Vorschlag von Wilhelm Ellenbogen beruhte, wurde ein Mindestmaß an Koordination erreicht.²¹⁷

Der Vorstand wurde nach folgenden Schlüssel besetzt: fünf Deutsche, drei Tschechen zwei Polen und je ein Ruthene und Italiener bildeten das Führungsgremium des Verbandes. Der Vorsatz, bei allen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Fragen vereint abzustimmen, blieb allerdings stets eine Utopie.²¹⁸ Zu groß waren bereits die Gräben zwischen den nationalen Interessen und zu festgefahren waren die Verhandlungspositionen in den kontrovers diskutierten Themen der politischen Agenda Cisleithaniens am Vorabend des Ersten Weltkriegs.

8.1. Konflikte im Verband der Abgeordneten

Nach der Jahrhundertwende war die von allen nationalen Exekutiven unterstützte parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie darauf ausgerichtet, Entscheidungen zugunsten einer Nationalität zu vermeiden. Erstaunlicherweise gelang es bis 1908, wenn auch nur durch intensive Verhandlungen und Vermittlungsarbeit, das einheitliche Auftreten des Verbands zu gewährleisten. Folglich war es sogar möglich, in der Abstimmung um die Aufnahme der polnischen und tschechischen Reden in das Parlamentsprotokoll eine Enthaltung der tschechischen Abgeordneten zu erwirken.²¹⁹

Auf Dauer jedoch konnte die Praxis des Ausklammerns der nationalen Gegensätze im Abgeordnetenverband nicht aufrechterhalten werden. Im Juni 1908 kam es schließlich zu

²¹⁷ Vgl. Löw, Zerfall. S. 98f.

²¹⁸ Vgl. Ebd. S. 97

²¹⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 392

den ersten Kampfabstimmungen innerhalb der Sozialdemokratie. Franz Drtina, ein Abgeordneter des böhmischen Klubs, forderte die Tschechisierung der utraquistischen Prager Kunstakademie und eine Neugründung einer deutschen Kunstakademie. Die Traditionen der 1799 gegründeten Prager Kunstakademie sollten jedoch nicht auf beide Institutionen aufgeteilt, sondern nur auf die tschechische Akademie übertragen werden. Dies war ein Novum, da sich die Tschechen in früheren Jahren (siehe: Teilung der Prager Universität 1882) mit der Schaffung zweier selbstständiger Körperschaften, die beide in direkter Beziehung zur bestehenden Tradition standen, zufrieden gaben. Für die deutschen Abgeordneten, sowohl in den bürgerlich-nationalen Parteien, als auch in der Sozialdemokratie, wäre dies als großer Verlust des nationalen Besitzstands gewertet worden und man verweigerte Drtina die Unterstützung für dessen Antrag.²²⁰

Des Weiteren war die Notwendigkeit von zweisprachigen Ortstafeln und Straßenschildern in Böhmen immer wieder ein Streitpunkt mit erheblichem Konfliktpotential. Gesetzesvorlagen zur Regelung dieser Frage wurden über die Fraktionsgrenzen von den Deutschen im Reichsrat vehement bekämpft und von den Tschechen gefördert. Diese verhältnismäßig unbedeutenden Angelegenheiten führten zu einem Aufflammen des innerparteilichen Kampfes um die Amtssprache in Böhmen und trieben einen Keil zwischen die nationalen Klubs. Die tschechisch-nationalen Bestrebungen konnten auch von der deutschen Parteiführung nicht mehr länger ignoriert werden. Der Usus, sich in nationalen Einzelfragen der eindeutigen Stellungnahme zu verwehren, wurde aufgegeben. Nachdem schließlich im Jahr 1908 die Kämpfe um die Amtssprache in Böhmen vollends entflammten, sah es der Verband der Sozialdemokraten als seine Aufgabe an, die Arbeitsfähigkeit des durch die Obstruktion geschwächten Reichsrats wieder herzustellen.²²¹ Als nun, aufgrund der blutigen Kämpfe in Prag, das Standrecht verhängt wurde, erhob Adler am 3. Dezember 1908 bei einer Rede mit dem Titel „Für die Nationen! Wider dem nationalistischen Hetzer!“ seine Stimme für den Frieden innerhalb des Reiches. Er prangerte an, dass die Radikalen alle anderen, in Wirklichkeit viel wichtigeren ökonomischen und sozialen Probleme igno-

²²⁰ Vgl. Robert Luft, Tschechische Parlamentarier und die Prager Hochschulen (1907 -1914). In: Collegium Carolinum München (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern (München 1984). 147-172. hier: S. 169 sowie Peter Burian, Die Teilung der Prager Universität und die altösterreichische Hochschulpolitik. In: Collegium Carolinum München (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern (München 1984). 25-36. hier: S. 33

²²¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 100

rierten und sich lieber auf den unbedeutenden Sprachenstreit konzentrierten.²²² Adler konnte damit die Obstruktion durch tschechische Abgeordnete der Sozialdemokraten verhindern und gewann auch wieder an Autorität bei den nichtdeutschen Genossen. Die großen Streitpunkte innerhalb des Verbandes blieben jedoch bestehen. Durch die integrative Kraft der Führungspersönlichkeiten wie Adler oder Daczynsky und ihrer internationalistischen Parolen konnte zwar Schlimmeres vermieden werden, doch Hans Mommsen sieht in der Unfähigkeit zur Verständigung und Koordination in der Ortstafelfrage bereits das herannahende Ende des ganzen Abgeordnetenhauses, da jeder sachliche Kompromiss zum Vorwurf des nationalen Verrats und damit unweigerlich in die Obstruktion führte. Im Abgeordnetenverband selbst verstand man die eigene Zerrissenheit als Resultat der unterschiedlichen Auffassungen des Nationalitätenprogramms. Eine von der tschechischen Exekutive beantragte und von den Deutschen widerwillig akzeptierte Tagung zur endgültigen Bereinigung der Interpretationsunterschiede des Nationalitätenprogramms und der Koordinationsprobleme im Abgeordnetenverband erfüllte ihren Zweck nicht.²²³ Der Verband der Sozialdemokraten im Reichsrat war weiterhin äußerst instabil und trotz der großen Erfolge der cisleithanischen Arbeiterbewegung und des Wissens um die Notwendigkeit der Einheit angesichts der großen politischen und sozialen Fragen des beginnenden 20. Jahrhunderts wurde er zum Spielball der nationalen Kräfte.

Zwar existierte eine Fülle von Konflikten zwischen den verschiedenen Nationen des Abgeordnetenverbands, das aufreibendste Zerwürfnis entstand jedoch in der Diskussion um die rechtlichen Rahmenbedingungen der Minoritätenschulen. Diese wurden in den gemischtsprachigen Regionen als unerlässlich für das kulturelle Überleben betrachtet und dementsprechend emotional gestaltete sich die Debatte im Parlament. Jede Nation versuchte durch den parlamentarischen Einfluss ihrer Parteien und Abgeordneten die bestmögliche Förderung der eigenen Minderheitenschulen zu garantieren.

Ein zentraler Streitpunkt stellte dabei die Instrumentalisierung der Schulen zur Assimilierung dar, was sich besonders auf die deutschen Schulen in Böhmen und Mähren bezog. Viele tschechische Eltern schickten ihre Kinder in deutsche Schulen, um ihnen im Er-

²²² Die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhouse, 17. Juni 1907 bis 5. Februar 1909 (Wien 1909). S. 4

²²³ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 392

wachsenenalter bessere Berufschancen zu verschaffen. Die tschechischen Schulbehörden aber versuchten dies zu unterbinden. In Mähren beschloss man deshalb im Rahmen des mährischen Ausgleichs die Lex Perek, welche am 25. November 1905 in Kraft trat.²²⁴ Das heftig umstrittene Gesetz verpflichtete zwar die Mehrheitsnation, die Minderheitenschulen auf ihrem Territorium zu dulden, aber es sollte im Gegenzug den Kindern der Mehrheitsnation nicht gestattet sein, die Minderheitenschulen zu besuchen.²²⁵ Diese Bedingung wurde jedoch mit Verweis auf das „Elternrecht“ und das Recht auf friedliche Assimilation keineswegs von allen deutsch-österreichischen Sozialdemokraten unterstützt. Entrüstung auf tschechischer Seite war die Folge. Obwohl die Minderheitenschulen schon ab den 1870er Jahren immer wieder zu Irritation zwischen Wien und Prag führten, erhielt die Disharmonie ab den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts eine gänzlich andere Dimension. Eine einheitliche Haltung der Sozialdemokratie in diesem Themenkomplex schien allerdings durchaus vorstellbar, da etwa auch die deutsch-böhmischen Sozialdemokraten die Realisierung eines tschechischen Schulsystems in Böhmen unterstützten.

Der deutsche Abgeordnete Josef Seliger bemerkte treffend, dass die deutschen Minderheiten in Böhmen und Mähren größer seien als die tschechischen und deshalb das Recht auf Minoritätenschulen auch für die Deutschen wichtig sei. Die Preisgabe der deutschen Minderheiten, nur um die tschechischen Minoritäten schikanieren zu können sei, so Seliger, für die gesamte deutsche Nation schädlich.²²⁶ Die deutsche Ablehnung der gewaltsamen Assimilierung per behördlichen Sprachenzwang und der Behinderung der Minderheitenschulen bezog sich aber nur auf die gemischtsprachigen Gebiete.²²⁷

Gänzlich anders gestaltete sich die Situation, sobald tschechische Forderungen zur Gründung tschechischsprachiger Schulen in Wien und Niederösterreich aufkamen. Hier waren die deutschen Sozialdemokraten wenig gesprächsbereit und betrachteten die ihrer Ansicht nach zunehmende „Slawisierung“ Deutschösterreichs durch die aufblühenden tschechischen Bildungsinstitutionen mit Argwohn. Die tschechischen Delegierten wiederum woll-

²²⁴ Vgl. Eintrag zu Vaclav Perek. Online unter: http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_P/Perek_Vaclav_1859_1940.xml (8. Dezember.2012).

²²⁵ Vgl. Löw, Zerfall. S113

²²⁶ Vgl. Löw, Zerfall. S. 105

²²⁷ Vgl. Hans Mommsen, Die sozialdemokratische Nationalitätenpolitik in Österreich. In: Keith Hitchins (Hg.), Studies in East European social history, Bd. 1 (Boston 1977). S. 23

ten die Nichtanerkennung der tschechischen „Komensky-Schulen“ in Wien nicht akzeptieren, da sie eine Assimilierung der zahlreichen Tschechen in den deutschsprachigen Gebieten fürchteten.²²⁸ Es sollte damit ein Zeichen gesetzt werden, dass man auch die nationalen Interessen der tschechischen Arbeiter im Zentrum des deutschen Siedlungsgebietes vertreten wolle und dieses Agitationsfeld nicht für die nationalsozialistische Arbeiterpartei von Wenzel Klofač räumen würde.²²⁹ Das Parlament wurde ab 1909 mit Anträgen der nationalistischen Abgeordneten geradezu überschwemmt, was seine Arbeitsfähigkeit massiv einschränkte. Um dem entgegenzuwirken, wurde von der Sozialdemokratie die Bildung eines Nationalitätenausschusses gefordert, der diese Anträge behandeln sollte. Der Antrag wurde angenommen und der Ausschuss wurde realisiert. Der sozialdemokratische Abgeordnete wurde zu dessen Vorsitzenden berufen. Tatsächlich gelang es dem Ausschuss aber nicht, die nationalistische Obstruktion, die stets von den Sozialdemokraten angeprangert wurde, zu entschärfen.²³⁰

Seinen Höhepunkt erreichte der parlamentarische Kampf um die Minderheitenschulen im Jahr 1910, als am 23. Juni der Abgeordnete Stanek, der Führer der tschechischen Agrarier, eine Subventionierung der Komensky-Schulen in der Höhe von 100.000 Kronen forderte.²³¹ Gleichzeitig versuchten die Gemeindebehörden die Gründung von neuen Standorten in anderen Teilen der Reichshauptstadt und die Erweiterung der bestehenden Standorte zu unterbinden.²³²

Die tschechische Sozialdemokratie trat für die geschädigte Minderheit ein und führte Protestaktionen durch. Die Haltung der deutschen Parteispitze aber war, wohl um ihre deutsche Wählerbasis in den Wiener Arbeiterbezirken nicht zu vergrämen, eher reserviert. Tatsächlich aber steckte der Komensky-Schulverein ab 1910 in großen finanziellen Schwierigkeiten und die über die Jahrzehnte erreichten Erfolge waren eher dürftig. Nach Monika Glettler kam es etwa im bevölkerungsreichen 10. Bezirk zwischen 1903 und

²²⁸ Vgl. Renate Seebauer, Minderheiten in der Tschechischen Republik und aktuelle pädagogische Bestrebungen. In: Renate Seebauer (Hg.), Mosaik Europa: Diskussionsbeiträge zur ethnischen und sprachlichen Vielfalt (Wien 2006). 14-29. hier: S. 26

²²⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 394

²³⁰ Vgl. Löw, Zerfall. S. 106

²³¹ Vgl. Alois Czedik von Bründlsberg und Eysenberg, Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861 – 1916, Bd. 4 (Wien 1920). S. 220

²³² Vgl. Löw, Zerfall. S. 109

1909 nur zu einer geringen Steigerung der Schülerzahlen in den tschechischsprachigen Schulen:

Schuljahr	Tschechen in deutschen Schulen	Tschechen in Komensky-Schulen
1903/1904	2525	816
1904/1905	2668	828
1905/1906	2768	818
1906/1907	2706	843
1907/1908	2985	854
1908/1909	3105	844

Abbildung 4: Anzahl der tschechischen Schüler in deutschen/Komensky Schulen im 10. Bezirk zwischen 1903 und 1904²³³

Nichtsdestotrotz empfanden die deutsche Parteiführung und auch die Parteibasis die tschechischen Schulprojekte in Wien und Niederösterreich als existentielle Bedrohung. Der Antrag Staneks wurde knapp mit 208 gegen 204 Stimmen abgelehnt²³⁴ und man wollte auf deutsch-sozialdemokratischer Seite auch weiter gegen gleichartige Anträge vorgehen. Viktor Adler reagierte auf die tschechischen Forderungen mit einem Kompromissantrag, der die Gründung eines von den Abgeordneten aller Nationen verwalteten Staatsfonds vorsah, der den Kommunen mit Minderheitenschulen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen sollte. Der Fonds sollte mit drei Millionen Kronen dotiert werden und nach dem Anteil der Nationen an der Gesamtbevölkerung ausgeschüttet werden. Der Antrag Adlers wurde an den Nationalitätenausschuss im Reichsrat weitergeleitet, wo allerdings eine Vertagung der Abstimmung über den Antrag beschlossen wurde.²³⁵

Die tschechische Parteiführung unterstellte daraufhin den deutschen Abgeordneten, sich dem Druck der Deutschnationalen zu unterwerfen und das im Parteiprogramm festgeschriebene fundamentale Recht auf Erziehung in der eigenen Muttersprache zu verletzen. Die deutschen Abgeordneten erwiderten ihrerseits in Richtung des tschechischen Klubs, dass die Vorgehensweise einer radikalen nationalistischen Agitation gleiche. Nach Ansicht der deutschen Exekutive war ein Durchbruch in der Frage der Minoritätenschulen nur durch einen reichsweiten Ausgleich zwischen den Nationalitäten zu erreichen. Parlamen-

²³³ Glettler, Wiener Tschechen. S. 100

²³⁴ Czedik, Ministerien, Bd.4. S.220

²³⁵ Vgl. Löw, Zerfall. S. 110

tarische Kampfabbestimmungen über radikale Gesetzesvorlagen und Anträge wurden von den Deutschen als hinderlich angesehen.²³⁶ Man versuchte ein politisches Tauschgeschäft in die Wege zu leiten. Die tschechischen Minderheitenschulen in Wien im Austausch für die volle Autonomie der deutschsprachigen Gebiete in Böhmen und Mähren. Die tschechische Minderheit in Wien wurde somit in der vermeintlich einfachen Frage der Förderung der Minderheitenschulen auf einen zukünftigen weitreichenden Ausgleich zwischen den Deutschen und Tschechen vertröstet. So wurde spätestens durch die Ablehnung des Antrags Staneks klar, dass sich der Verband der Sozialdemokraten nicht für die Förderung der Minderheitenschulen in Wien und Niederösterreich einsetzen würde. Otto Bauers Bild von der Sozialdemokratie als Stimme der Vernunft inmitten des nationalistischen Chaos begann zwar nicht erst durch den Konflikt um die Minoritätenschulen zu verblassen, verlor allerdings durch die festgefahrenen Debatten und das wachsende Misstrauen zwischen der tschechischen und der deutschen Partei stark an integrativer Strahlkraft.²³⁷ Der Kampf gegen und für die Assimilierung der kommenden Generationen war ein Ringen um die zukünftige kulturelle und politische Stellung der beiden Nationen und damit ein essentieller Faktor für das Zusammenbrechen des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbands im Reichsrat.

8.2. Das Ende der „kleinen“ Internationalen

Die Zerwürfnisse im Abgeordnetenverband können als Manifestation der bereits weitgehend abgeschlossenen nationalen Föderalisierung gesehen werden. Eine zentrale Rolle dabei spielte die Aufspaltung der tschechischen Gewerkschaften in eine Prager-separatistische und eine der Wiener Reichsgewerkschaftskommission treu gebliebene zentralistische Kommission. Dieser Konflikt, der im Rahmen meiner Arbeit im Kapitel „15.3. Das Ende der internationalen cisleithanischen Gewerkschaftszusammenarbeit“²³⁸ noch detailliert beschrieben wird, trug die nationalen Gegensätze schlussendlich in die Organisation der Gesamtpartei. Am internationalen Kongress von Kopenhagen 1910 weigerte sich die tschechoslawische Partei das Vertretungsrecht der Zentralisten anzuerkennen, die mit sieben Vertretern in der Gesandtschaft der Wiener Reichsgewerkschafts-

²³⁶ Vgl. ebd. S. 111

²³⁷ Vgl. Mommsen, Nationalitätenpolitik. S. 24

²³⁸ Vgl. diese Arbeit: S.106

kommission vertreten waren. Aufgrund des Unverständnisses, welches man in Kopenhagen der tschechoslawischen Partei ob ihrer Weigerung entgegenbrachte, war es Viktor Adler allerdings noch möglich zu verhindern, dass die tschechoslawische sozialdemokratische Partei dem Beispiel der Gewerkschaft folgte und ebenfalls eine Spaltung in Separatisten und Zentralisten vollzog.

Dennoch veränderte sich die Grundstimmung in der tschechoslawischen Partei. Von nun an forderte man vorbehaltlos die endgültige nationale Föderalisierung der Gewerkschaft, und die offizielle Integration der Zentralisten in die Struktur der Gesamtpartei wurde zum Casus Belli erklärt.²³⁹ In der Debatte um die zukünftige Stellung der Zentralisten in der Partei wurde von tschechoslawischen Funktionären wiederholt behauptet, die deutsche Parteiführung würde die Spaltung materiell unterstützen, um eine Spaltung der Partei zu provozieren. Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten stellten jedoch klar, dass die Zersplitterung der tschechischen Sozialdemokratie auch für sie einen Verlust darstellen würde. Letztlich aber ging man in der deutschen Exekutive einer direkten Konfrontation mit Prag aus dem Weg, da man befürchtete, die tschechoslawischen Separatisten würden bei den kommenden Wahlen 1911 in deutschen Wahlbezirken Gegenkandidaten aufstellen.²⁴⁰

Am 21. Februar 1911 sagten sich die tschechischen Zentralisten bei einem Kongress in Wien offiziell auch von allen autonomen Parteistrukturen in ihrer Heimat los.²⁴¹ Drei Monate später, am 13. und 14. Mai, wurde in Brünn die Parteigründung der Zentralisten finalisiert. Man gab der Partei den Namen „Tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“ und bekundete in der Prinzipienklärung, dass man in der II. Internationalen und in der österreichischen Internationalen, beziehungsweise deren Kongressen, die oberste Instanz sehen werde.²⁴² Die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie war damit Wirklichkeit geworden. Viktor Adler reagierte darauf mit Bedauern und bemerkte:

²³⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie, S. 435f.

²⁴⁰ Vgl. Löw, Zerfall, S. 133

²⁴¹ Vgl. Glettler, Tschechen in Wien, S. 178

²⁴² Vgl. Brügel, Geschichte, Bd. 5, S. 95

„Wer das Unglück einer Parteispaltung miterlebt hat, weiß, wie furchtbar die Verwüstungen sind, die sie in dem ganzen Denken und Empfinden der Arbeiterschaft anrichtet, wie langsam die Wunden heilen, die sie schlägt. Darum war es ein verhängnisvoller Schritt, als der Gewerkschaftskonflikt auf den Boden der politischen Organisation übertragen wurde, und darum kann jeder Sozialdemokrat nur mit tiefstem Schmerze davon hören, daß ein nicht wieder gutzumachender formeller Schritt zur Lostrennung von der tschechoslawischen Partei bevorstehen soll.“²⁴³

Der Wahlkampf des Jahres 1911 stand dementsprechend unter keinem guten Stern und eine Eskalation des Konflikts zwischen Wien und Prag schien nicht mehr weit. Gegen den Rat der deutschen Exekutive stellten die Zentralisten in zwölf Wahlbezirken Kandidaten auf und beantragten Finanzierungshilfe von der deutschen Partei für ihre Kampagne. Die Gelder wurden zwar nicht bewilligt, was die tschechoslawische Partei aber nicht davon abhielt, in drei deutsch-böhmischen Wahlbezirken Gegenkandidaten aufzustellen.²⁴⁴ Das Ergebnis der Wahl war bestimmt von großen Gewinnen der deutschen Partei in Wien und Niederösterreich, sowie einem großen Wahlerfolg der tschechoslawischen Partei in Mähren. Im zweisprachigen Böhmen aber verloren beide sozialdemokratischen Parteien an Boden. Die Zentralisten konnten wie erwartet ihre Wahlziele nicht erreichen. Sie konnten lediglich 14.000 Stimmen auf sich vereinen. Im Vergleich zu den 350.000 Stimmen der tschechoslawischen Partei ein verschwindend geringer Anteil.²⁴⁵

Insgesamt verfügten die sozialdemokratischen Fraktionen nach der Wahl über 80 Abgeordnete, sieben Abgeordnete weniger als noch 1907. Die Verstimmung zwischen den Deutschen und den tschechischen Separatisten, die durch den intensiven Wahlkampf nur noch größer wurde, manifestierte sich in dem deutschen Entschluss, den Abgeordnetenverband im Reichsrat nicht mehr wiederherzustellen. Am 6. Juli 1911 konstituierte sich der 48 Sitze zählende deutsche Klub, der neben den deutschen und den tschechisch-zentralistischen auch die drei italienischen und das ruthenische Mandat beinhaltete. Der deutsche Klub übernahm damit in einem kleineren Maßstab die internationalistische Funktion des früheren Abgeordnetenverbands. Der polnische und der tschechoslawische (separatistische) Klub blieben unabhängig, wobei die Parteiführer Adler und Daszyński beauftragt wurden, eine enge Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Abge-

²⁴³ Löw, Zerfall. S. 132

²⁴⁴ Vgl. ebd. S. 134

²⁴⁵ Vgl. ebd. S. 136

ordneten herzustellen. Von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen waren allein die tschechoslawischen Separatisten.²⁴⁶ Viktor Adler versuchte jedoch immer noch die Spaltung der Gesamtpartei zu verhindern, indem er Verhandlungen zur Wiedervereinigung mit den tschechischen Sozialdemokraten initiierte. Da diese scheiterten, stieg in den folgenden Monaten der Druck von Seiten der Reichsgewerkschaftskommission auf die Parteileitung, die Zentralisten in die Gesamtpartei aufzunehmen. Über die Rettungsaktionen und die zukünftige Vorgehensweise der Parteiführung beim Versuch der Neubelebung der Gesamtpartei entbrannte eine hitzige Debatte. Karl Kautsky favorisierte die Einberufung eines Gesamtparteitags und die umgehende Neugründung der Gesamtpartei, um einen neuen internationalistischen Impuls zu setzen. Otto Bauer hingegen trat für eine partielle Anerkennung des Separatismus in den bestehenden Strukturen ein, was von Kautsky als „fauler Frieden“²⁴⁷ bezeichnet und vehement abgelehnt wurde. Auch Deutsch kritisierte Otto Bauer, da dessen Vorschlag ebenso einen Verstoß gegen die internationale Disziplin darstellte wie der eigentliche Akt der Parteispaltung durch die tschechoslawische Partei.²⁴⁸

Prag interpretierte die Diskussion um die Wiedereinberufung eines Gesamtparteitags als Zeugnis des unveränderten Willens der deutschen Sozialdemokratie zur Unterdrückung der übrigen Nationalitäten. Sie begründeten dies mit den Machtverhältnissen in der Exekutive der Gesamtpartei, denn den drei tschechischen, zwei polnischen und dem italienischen, slowenischen sowie dem ruthenischen Delegierten der Gesamtexekutive standen vier deutsche Funktionäre gegenüber, ohne deren Zustimmung kaum ein Beschluss gefällt werden konnte.²⁴⁹

Die mittlerweile auch publizistisch aufwendig gestaltete Debatte wurde auf dem Innsbrucker Parteitag der deutschen Partei im Oktober 1911 fortgesetzt. Inhaltlicher Kern der Tagesordnung war die Beziehung mit den sozialdemokratischen Bruderparteien. Ideologischer Mittelpunkt war der Gegensatz zwischen dem Primat der internationalen Einheit und der Durchsetzung nationaler Interessen. Die diplomatische Führung der Partei durch Adler verlor schließlich auch unter den anwesenden Delegierten an Anhängern und so

²⁴⁶ Vgl. Brügel, Geschichte, Bd. 5. S. 108

²⁴⁷ Vgl. Karl Kautsky, Eine Frage. In: Der Kampf, August 1911. S. 484

²⁴⁸ Vgl. Löw, Zerfall. S. 140f.

²⁴⁹ Vgl. ebd. S. 143f.

musste der Gründervater der SDAP widerwillig die Anerkennung der tschechischen Zentralisten durch die deutsche Partei dulden.²⁵⁰ Der von einem Teil der Delegierten am Parteitag geforderte Ausschluss der tschechoslawisch-autonomen Partei wurde indes von Adler mit Rücksicht auf die Erhaltung der internationalistischen Prägung des deutsch-österreichischen Proletariats abgewiesen. Er befürchtete, dass eine „Entfesselung des Kampfes gegen den „Separatismus“ auf das deutsche Proletariat zurückschlagen und nationale Hassinstinkte bei ihm wecken würde, die die mühevoll sozialistische Erziehungsarbeit zu internationaler Haltung zerschlagen müssten.“²⁵¹

Ein von der Parteileitung offen geführter Kampf gegen die tschechischen Separatisten kam für Adler deshalb noch nicht in Frage. Er versuchte weiter durch Diplomatie eine Polarisierung der Parteibasis zu verhindern. Otto Bauer reagierte darauf mit heftiger Kritik und warf Adler unentschlossenes Vorgehen sowie die Kapitulation vor dem Separatismus vor.²⁵² Auch Julius Deutsch schloss sich Bauers Kritik an der Vermittlungspolitik der Parteileitung an, weil er die Unterstützung für die Wien treu gebliebenen Zentralisten vermisste. Die Zentralisten sollten, so Kautsky, Deutsch und Bauer, als alleinige Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft anerkannt und im Kampf um Mitglieder gegen die tschechischen Separatisten gefördert werden. Bemerkenswerterweise änderte Bauer seine Meinung wenige Zeit später und warnte wie Viktor Adler vor dem Kampf mit dem Messer zwischen den deutschen und tschechischen Arbeiter, falls der nationalen „Kampfpolitik“ gegen Prag freien Lauf gelassen werden sollte.²⁵³

Der Parteitag von Innsbruck gilt als historische Zäsur, da die Anerkennung der Zentralisten durch die deutsche Sozialdemokratie einen „point of no return“ für die Beziehungen zwischen Prag und Wien darstellten. Von nun an setzten die Konfliktparteien Kurs auf die endgültige Auflösung der internationalen cisleithanischen Sozialdemokratie. Das Ende kam am 20. Juni 1912, als bei der Sitzung der Gesamtexekutive die offizielle Aufnahme der Zentralisten in die Gesamtpartei beschlossen wurde. Im Protokoll ist zu lesen:

²⁵⁰ Vgl. ebd. S. 154ff.

²⁵¹ Parteitagsprotokoll Innsbruck 1911. S. 207f. Zitiert nach: Mommsen, Sozialdemokratie. S. 446

²⁵² Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 446f.

²⁵³ Vgl. Deutsch, nationale und internationale Gewerkschaften. In: „Der Kampf“ Dezember 1911. S. 494

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen, der polnischen, der slowenischen, der ukrainischen und der italienischen Organisation wird die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich anerkannt und ihre Exekutive, Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive eingeräumt.“²⁵⁴

Ein beschwichtigender Brief an Prag, indem bezeugt wurde, dass die Integration der Zentralisten in die Gesamtpartei keineswegs einer „Ausweisung der tschechoslawischen Partei“ gleichkäme und man immer noch die Zustimmung Prags in diesem umstrittenen Thema erhoffe, blieb ungehört. Die tschechoslawische Partei erklärte umgehend, dass sie den Schritt der Gesamtexekutive nicht akzeptieren könne, da das Gremium bei der Aufnahme der Zentralisten seine Kompetenzen überschritten hätte. Nach Ansicht der Separatisten könne nämlich nur ein Gesamtparteitag über die Eingliederung einer neuen Partei entscheiden. Die neu konstituierte Gesamtexekutive war deshalb für die tschechoslawische Partei als ihre oberste Instanz nicht mehr legitim.²⁵⁵ 22 Jahre nach ihrer Gründung in Hainfeld war die sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs somit am deutsch-tschechischen Gegensatz zerbrochen.

²⁵⁴ Siehe: Arbeiter-Zeitung vom 24.6.1912 zitiert nach: Löw, Zerfall. S. 163f.

²⁵⁵ Vgl. Löw, Zerfall. S. 165

Teil II: Gewerkschaftsarbeit und die nationale Frage

9. Die soziale Frage als Kernelement

Die Arbeiterbewegung in Cisleithanien fußte, wie ihre europäischen Schwesterbewegungen, nicht nur auf der sozialdemokratischen Partei als politische Komponente und den Arbeiterbildungs- und Freizeitvereinen, sondern auch auf den Gewerkschaften, welche per definitionem die Interessenvertretung der Arbeiter in den Industriebetrieben übernehmen sollten. Für die Zeit der beginnenden Industrialisierung bedeutete dies insbesondere den Kampf für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen (vor allem Letztere waren die ausschlaggebenden Gründe für eine vehemente Agitation auf Seiten der Gewerkschaften). Die soziale Frage war zweifellos das Kernelement der Arbeiterbewegung. Durch den Niedergang des feudalgroßgrundherrschaftlichen Systems und die Industrialisierung stellten sich bedeutende soziale Herausforderungen in der cisleithanischen Gesellschaft. Die Ausbeutung von Seiten des Unternehmertums führte zum „Pauperismus“, der ab der Mitte des 19. Jahrhunderts enorme Ausmaße anzunehmen begann. Die Mehrzahl der Bevölkerung litt unter Verarmung. Die karitativen kirchlichen Institutionen waren nicht in der Lage, das Elend wirksam zu bekämpfen und staatliche Maßnahmen, wie das 1842 erlassene Beschäftigungsverbot von Kindern unter neun Jahren in Industriebetrieben und die Einführung des Zwölfstundentages, verbesserten die Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft kaum.²⁵⁶

Die weitgehenden Reformen der staatlichen Sozialgesetzgebung, die ab 1883²⁵⁷ unter der Regierung Taaffe im Reichsrat, damals noch ohne sozialdemokratische Mitwirkung, verabschiedet wurden, waren jedoch in der Sozialdemokratie umstritten.²⁵⁸ Die Radikalen mit ihren revolutionären und sozial-utopistischen Positionen sahen in ihnen ein weiteres Zeichen der unwiderruflichen Verankerung des Kapitalismus und Individualismus, während die Gemäßigten die Sozialreformen als ersten Schritt eines weiten Wegs in Richtung der sozialistischen Gesellschaft deuteten. Viktor Adler

²⁵⁶ Vgl. Werner Drobisch, Ideologische Konzepte zur Lösung der „sozialen Frage“. In: H. Rumpler (Hg.), P. Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. 9. S. 1419-1563 (Wien 2010). S. 1419-1421

²⁵⁷ Anm. 1883 Gewerbeordnung, 1887 Unfallversicherungsgesetz, 1888 Krankenversicherungsgesetz

²⁵⁸ Vgl. Alois Brusatti, Betrachtungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Berlin 1979). S. 62

bezeichnete die österreichische Sozialgesetzgebung jener Zeit sogar als „die beste Arbeiterschutzgesetzgebung der Welt“.²⁵⁹ Beide Strömungen erkannten jedoch die Notwendigkeit der staatlichen Intervention im vorherrschenden ökonomischen System, um die Arbeitsverhältnisse des Proletariats zu verbessern. Vor allem in den ab 1867 entstandenen Arbeiterbildungsvereinen wurde dies als Hauptaufgabe wahrgenommen.²⁶⁰ Als Gründervater der sozialdemokratischen Sozialpolitik sieht Werner Drobesch den reichsdeutschen Sozialisten Ferdinand Lassalle, der mit seiner genossenschaftlichen Sozialtheorie dafür einstand, den Arbeitern den gesamten Ertrag ihrer Arbeit zu überlassen und gleichzeitig den Staat zu verpflichten, die finanzielle Ausstattung des Betriebs sicherzustellen. Der liberale Rechtsstaat sollte, so Lassalle, demokratisiert und in einen engagierten Sozialstaat umgeformt werden.²⁶¹ Der Lassalleanismus der cisleithanischen Arbeiterschaft wirkte neben seiner Funktion als Fundament für die sozialpolitische Agitation auch als Klammer zwischen den Nationen, zumal Ferdinand Lassalle auch von den tschechischen und slowenischen Genossen hoch verehrt wurde.²⁶²

Dieser Kampf konnte nur effektiv geführt werden, wenn es gelang, Ressourcen zu bündeln und effizient einzusetzen. Die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung unter Einbeziehung der bestehenden Strukturen war daher ein notwendiger Schritt. Im Gegensatz zum politischen Flügel war es schwieriger, nationale Sonderinteressen zu vertreten, ohne die von der Basis geforderte Kampfkraft der Bewegung zu gefährden. Ungeachtet dessen bot die nationale Frage der Zentralisierung auch für die Gewerkschaft großes Konfliktpotential.²⁶³ Nachdem im ersten Kapitel dieser Arbeit „Wirtschaftliche, demographische und gesellschaftliche Entwicklungen“ die ökonomischen Rahmenbedingungen bereits geklärt wurden, widme ich mich nun der Entstehung der cisleithanischen Gewerkschaft, ihrer politischen Herausforderungen und ihren sehr spezifischen internen Problemstellungen.

²⁵⁹ Vgl. Drobesch, „soziale Frage“. S.1461

²⁶⁰ Vgl. ebd. S. 1456f.

²⁶¹ Ferdinand Lassalle, Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (Zürich 1863). S. 32 siehe: Drobesch, „soziale Frage“. S.1457

²⁶² Vgl. Drobesch, „soziale Frage“. S. 1457

²⁶³ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 211

10. Der Formierungsprozess der altösterreichischen Gewerkschaftsbewegung

10.1. Voraussetzungen und Hindernisse

In Cisleithanien entstand ab dem endgültigen Durchbruch der Industrialisierung in den 1880er Jahren, und damit zehn bis zwanzig Jahre später als in den ökonomisch führenden westeuropäischen Staaten, eine Gewerkschaftsorganisation moderner Prägung. John Evers nennt drei große grundlegende Problemfelder, mit denen die altösterreichischen Gewerkschaften zu kämpfen hatten, auf dem Entwicklungsweg zu straff organisierten sowie sozial- und wirtschaftspolitisch einflussreichen Institutionen.

- Niedrigerer Grad der Industrialisierung der Wirtschaft.
- Schwer organisierbare Leitsektoren der Industrie.
- Sozioökonomische „Polarisierung“²⁶⁴.

Punkt eins bezieht sich auf die bereits ausführlich beschriebene negative Globalisierungs-Performance des Staates, welche zu einer geringeren Industrialisierung der Wirtschaft und damit zu einem, im europäischen Vergleich, numerisch kleineren Proletariat führte.²⁶⁵ Die cisleithanische Industrie war zudem geprägt von Niedriglohnsektoren wie Textil- und Bekleidungsindustrie. Diese Form der industriellen Produktion benötigte wenig höher qualifiziertes Personal und war aufgrund dessen in der Lage, in hohem Maße Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben. Daraus resultierte die schwere gewerkschaftliche Organisierbarkeit der cisleithanischen Arbeiterschaft. Das letzte von John Evers genannt Problemfeld bildet die sozioökonomische „Polarisierung“. Sie bezieht sich erstens auf die regionalen Disparitäten in der Standortverteilung der Industrie, da bis zum Untergang des Habsburgerreiches die Industrieregionen in den Alpen- und böhmischen Ländern „Inseln“ innerhalb des agrarisch geprägten Gesamtstaats waren und zweitens beschreibt die sozioökonomische „Polarisierung“ die Unterschiede des regionalen Proletariats im Hinblick auf ihren sozialen Stand. Die im Wiener Raum beschäftigten Arbeiter der Metall- und Hüttenindustrie, der chemischen Industrie, der Stromerzeugungswirtschaft und der Maschinenproduktion bildeten den höher gestellten Gegenpol zu den mehrheitlich in Nied-

²⁶⁴ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. 112 f.

²⁶⁵ Vgl. ebd. S. 68f.

riglohnssektoren beschäftigten Arbeitern der restlichen Industrieregionen.²⁶⁶ Im folgenden Diagramm wird der Organisationsgrad der cisleithanischen Gewerkschaft im Jahre 1907 dargestellt. Gut erkennbar sind auch hier die immer noch frappierenden regionalen Unterschiede.

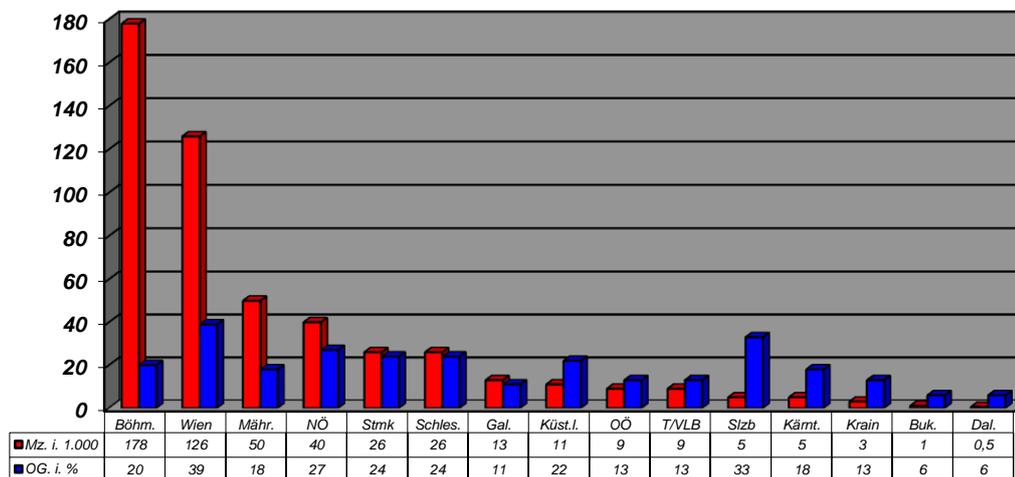


Abbildung 5 Regionale Unterschiede im Organisationsgrad 1907²⁶⁷

Die Etablierung eines für eine kraftvolle Gewerkschaftsbewegung westeuropäischen Maßstabs unbedingt notwendigen multiethnischen Proletariats wurde durch die regionale Polarisierung noch zusätzlich erschwert, da Ressentiments innerhalb der Arbeiterschaft entstanden. Bilder wie jenes des „reichen“ deutschen Arbeiters oder des „ungebildeten“ tschechischen Proletariats begleiteten den Formierungsprozess der internationalen altösterreichischen Gewerkschaft. Diese uneinheitliche Struktur der cisleithanischen Industrie und des Proletariats erschwerte die Schaffung einer vereinten Gewerkschaft mit hohen Mobilisierungskapazitäten. Das Hindernis, welches nach Ansicht der Zeitgenossen für die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung am schwierigsten zu überwinden war, bestand aus der politischen Rückständigkeit des Staates und den dadurch entstehenden Restriktionen der Obrigkeit gegen die Organisation des Proletariats. Die Gründerväter der Bewegung beklagten, dass man aufgrund des veralteten Staatskonstrukts bei jeder Tätigkeit der Gewerkschaften auf politischen Widerstand treffe.²⁶⁸

²⁶⁶ Vgl. ebd. S. 113

²⁶⁷ Vgl. ebd. S. 120

²⁶⁸ Vgl. Willy Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 (Wien 2005). S. 17

So war es den politischen Vereinen nach dem „Vereinsrecht“ von 1867 verboten, regionale Zweigstellen zu gründen (Filiationsverbot) und mit anderen Vereinen Verbindungen einzugehen (Koalitionsverbot). Verfassungen und Programme der politischen Vereine mussten vor der Gründung von den Behörden genehmigt werden, was im Falle der außerparlamentarisch agierenden und inhaltlich systemkritischen Sozialdemokratie ein großes Hindernis darstellte. Die Einhaltung des Vereinsrechts wurde vehement von der Exekutive durchgesetzt. Es gab allerdings nach dem Vereinsrecht die Möglichkeit, nach Bekanntgabe bei den Behörden Vereine ins Leben zu rufen, die über keine Verfassung oder Satzung verfügten. Als Keimzelle der Gewerkschaften dienten deshalb die Arbeiterbildungsvereine, die trotz der drohenden Strafmaßnahmen gewerkschaftliche Fachsektionen gründeten.²⁶⁹

Noch in den 1880er Jahren waren deshalb die Gewerkschaftsorganisationen stark zersplittert, obwohl sie auf dem gleichen ideologischen Fundament aufbauten.²⁷⁰ Nichtsdestotrotz gelang auch der cisleithanischen Gewerkschaftsbewegung unter der Ägide der politischen sozialdemokratischen Bewegung bis in die 1890er Jahre der Durchbruch zur Massenbewegung. Der Fortschritt des Organisationsgrades der Gewerkschaften war dermaßen groß, dass im Jahre 1907 schon 22% der Arbeiter Cisleithaniens Gewerkschaftsmitglieder waren. Sogar im internationalen Vergleich konnte man mittlerweile, zumindest relativ gesehen, reüssieren, denn dem Organisationsgrad der Gewerkschaften in Frankreich (13%), in den USA (10%), oder in Belgien (1908: 6%) stand man um nichts nach.²⁷¹

Der beginnende Einigungsprozess musste sich auf zwei Konfliktebenen behaupten. Die erste Ebene war gekennzeichnet durch das innere Ringen der Organisation um die supranationale Struktur. Es war das ein schwerwiegender Konflikt, der die internationale Zusammenarbeit gefährdete und zu einem bedeutenden gemeinsamen Merkmal der altösterreichischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie wurde. Auf der zweiten Ebene fand der Kampf der noch jungen Gewerkschaft gegen den Druck von außen statt. Wie zuvor schon beschrieben, reagierte der Staat auf die Organisation des Proletariats mit

²⁶⁹ Vgl. Rudolf G. Ardelt, Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888 – 1914. In: Rudolf G. Ardelt (Hg.), Helmut Konrad (Hg.), Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, Bd. 1 (Wien 1994). S. 20f.

²⁷⁰ Vgl. Ferdinand Karlhofer, Anton Pelinka, Austria. In: Joan Campbell (Hg.), European Labor Unions (Westport 1992). S. 15

²⁷¹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 120

einem breiten Spektrum an Repressalien, die zum Teil auch gegen die Partei gerichtet waren. Rein gewerkschaftsspezifisch war allerdings der Druck der Unternehmenseite auf die Arbeiterschaft. Es kam etwa zu Aussperrungen oder überbetrieblichen Vereinbarungen zur Nichteinstellung von Gewerkschaftsmitgliedern. Möglich wurden diese Maßnahmen auch durch den großen Einfluss der Wirtschaft auf das politische Establishment.²⁷² Die Verschränkung zwischen Ökonomie und Politik war in Cisleithanien, bedingt durch die Kapitalkonzentration und der politischen Zentralisation auf Arbeitgeberseite, sehr ausgeprägt und wirkte sich ungünstig auf die Gewerkschaftsbestrebungen aus. Die Gewerkschaften reagierten auf den äußeren Druck mit der Konsolidierung der internen Strukturen im Rahmen der Legalität.²⁷³ Diese Integration in das staatliche System Cisleithaniens führte aber auch zu einer frühen Desintegration mit der ungarischen Gewerkschaftsbewegung.

10.1.1. Österreichische Staatszerrüttung

Neben den Repressalien des Staatsapparates, der intensiven Verschränkung von Ökonomie und Politik und den wirtschaftlichen sowie demographischen Voraussetzungen war insbesondere die sogenannte „österreichische Staatszerrüttung“ ein entscheidender Faktor im Organisationsaufbau der altösterreichischen Gewerkschaft. Der Begriff umschreibt die zentrifugalen Kräfte innerhalb der westlichen Reichshälfte, die durch die nationale Frage freigesetzt wurden und die Einheit des Staates gefährdeten. Hauptaspekt der Staatszerrüttung war der deutsch-tschechische Gegensatz, dessen Bedeutung auch anhand seiner medialen Präsenz in führenden Presseorganen der internationalen Gewerkschaft ablesbar ist. Nicht nur auf den Führungsebenen der Partei oder der Gewerkschaft, sondern auch in der Arbeiterschaft selbst verliefen die Gräben der Staatszerrüttung, insbesondere im zweisprachigen Böhmen, wo es zu einer sozioökonomischen Polarisierung auf engstem Raum kam.²⁷⁴

Ein im Verhältnis zur Bevölkerungszahl überproportional hoher Anteil der Facharbeitskräfte und Unternehmer kam aus der deutschen Arbeiterschaft. Die Tschechen hingegen

²⁷² Vgl. Julius Deutsch, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*, Bd. 1 (Wien 1929). S. 310-312

²⁷³ Vgl. Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S. 115

²⁷⁴ Vgl. ebd. 122

wurden meist für weniger qualifizierte Arbeiten herangezogen. Diese sozioökonomischen Differenzen erschwerten die Solidarisierung der Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber verstärkten sogar die Ressentiments zwischen Tschechen und Deutschen, indem sie in Zusammenarbeit mit den Behörden die Vergabe des Heimatrechts an tschechischsprachige Arbeiter und damit eine Binnenwanderung förderten und so die Rivalität zwischen den tschechischen und den deutschen Arbeitern schürten. Eine echte Solidarisierung wurde somit vorerst verhindert.²⁷⁵ Im Speziellen wirkte sich der gegen die Tschechen erhobene Vorwurf des Lohndumping und der Streikbrecherei negativ auf die Gewerkschaftsbewegung in Böhmen, aber auch auf die internationalen Bestrebungen aus. Überdies verlief die nationale Spaltung parallel zur Spaltung in Klassen. Otto Bauer schrieb zum Konflikt zwischen tschechischen und deutschen Arbeitern:

*„Deutschen Fabrikanten, deutschen Hausbesitzern, deutschen Kaufleuten, deutschen Beamten steht hier der tschechische Arbeiter gegenüber: Sein Haß gegen den sozialen Gegner wird hier zum Haß gegen das Deutschtum.“*²⁷⁶

Hans Mommsen distanziert sich in seinen Ausführungen zur Entstehung der altösterreichischen Gewerkschaft von der Idee eines nationalistischen Gewerkschaftsmitglieds, das das Funktionieren einer internationalen Gewerkschaft verhinderte. Für wahrscheinlicher hält er eine künstliche Integration des Minoritätenproblems in die Organisationsstruktur der Gewerkschaft auf der Führungsebene. Die Historiographie der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie sieht die tschechische Sozialdemokratie als Drahtzieher hinter diesem Prozess.²⁷⁷ Die staatlichen Strukturprobleme Cisleithaniens waren also nicht nur in politisch-separatistischen Tendenzen sichtbar, sondern setzten sich als gesamtgesellschaftlicher Prozess auch in der ideologisch und inhaltlich vereinigten Arbeiterbewegung fort. Da es sich letztendlich abzeichnete, dass die cisleithanische Gewerkschaftsbewegung kaum auf nationale Gewerkschaften verzichten konnte, stellte sich letztendlich die Frage nach etwaigen Kooperationsformen, um das langfristige Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und die Forderung nach politischen Mitbestimmungsrechten realisieren zu können.²⁷⁸

²⁷⁵ Vgl. Marlis Sewering-Wollanek, Brot oder Nationalität? Nordwestböhmisches Arbeiterbewegung im Brennpunkt der Nationalitätenkonflikte (1889-1911) (Marburg 1994). S. 53

²⁷⁶ Otto Bauer, Schlusswort zur Minoritätenfrage, Der Kampf 4/1910/1911, S. 201 – 209, zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 122

²⁷⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 234

²⁷⁸ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 123

11. Von den Anfängen der Gewerkschaft

Die Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung in Cisleithanien waren also von substantieller Art und durch die Nationalitätenproblematik musste man beim Aufbau der Organisation mit besonderer Sensibilität vorgehen, um das fragile Gleichgewicht zwischen den Volksgruppen zu erhalten. Eine von Beginn an zentrale Rolle übernahmen die Arbeiterbildungsvereine, die den lokalen und kaum vernetzten Aufbau der Arbeiterbewegungen einleiteten. Schon ab den 1840er Jahren waren diesseits der Leitha Bildungsvereine und Invalidenkassen aktiv. Und obwohl um 1860 in Wien Überlegungen zur zukünftigen reichsweiten Gewerkschaftsbildung angestellt wurden, agierten die Arbeitervereine autonom. Wichtige Gründe dafür waren das schon beschriebene Koalitionsverbot, das Filiationsverbot und die Repressionen der Behörden. Einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer modernen Gewerkschaft stellte daher der Kampf gegen die polizeiliche Verfolgung dar.

Im Dezember 1869 initiierte der Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein eine Massendemonstration von ca. 20.000 Teilnehmern vor dem Reichsratsgebäude, um von der Regierung Taaffe das Koalitionsrecht und andere gewerkschaftliche Rechte zu verlangen. Die Regierung reagierte mit der Verhaftung von mehreren Führern der Arbeiterbewegung, darunter Heinrich Oberwinder, Johann Most und Andreas Scheu, die sich ab dem 4. Juli 1870 wegen Hochverrats vor Gericht verantworten mussten. Die Arbeiterführer des sogenannten Wiener Hochverratsprozesses wurden am 19. Juli 1870 teils zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Prozess war ein Höhepunkt, aber keineswegs der Endpunkt des Vorgehens der Staatsgewalt gegen die Gewerkschaften.²⁷⁹ Nachdem zusätzlich zur Inhaftierung wichtiger Funktionäre auch noch die Schließung der meisten Arbeiterbildungs- und Gewerkschaftsvereine veranlasst worden war, begann sich im Proletariat massiver Widerstand zu formieren. Aus Furcht vor revolutionären Entwicklungen gab man schließlich 1870 dem Druck der Arbeiterschaft nach und ließ im Rahmen eines Koalitionsgesetzes die Gründung von Gewerkschaften zu. Die Behörden fuhren dennoch mit der Unterdrückung der neu entstehenden Gewerkschaften fort und bekämpften insbesondere deren Zusammenschluss zu einem reichsweiten Gewerkschaftsverband.²⁸⁰

²⁷⁹ Vgl. Hochverratsprozess. Online unter: <http://www.dasrotewien.at/hochverratsprozess-1870.html> (15. Oktober 2012).

²⁸⁰ Vgl. Willy Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis

Ein Beispiel für die auch nach 1870 noch intensiv weiterbetriebenen Bemühungen zur Unterdrückung der internationalen Bewegung sind die Prager Sozialistenprozesse von 1882, bei denen insgesamt 82 Personen auf der Anklagebank Platz nehmen mussten.²⁸¹ Immerhin konnten nach 1870 auf Grundlage des neuen Koalitionsrechts flächendeckend Gewerkschaften gegründet und es konnte für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats gekämpft werden. Nach Klenner/Pellar waren 1889 in ganz Cisleithanien 104 Arbeiterbildungs- und Kulturvereine, 71 Kranken- und Invalidenkassen und 95 reine Gewerkschaftsorganisationen tätig.²⁸²

Beim Gründungsparteitag der Sozialdemokratie von Neudörfel 1874 standen die Gewerkschaften im Zentrum des Einigungsprozesses. Nicht nur war die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung ein elementarer Punkt im Parteiprogramm von Neudörfel, die Gewerkschaften waren auch die Machtbasis der „gemäßigten“ Oberwinder-Fraktion, die eine strikte Einhaltung der rechtlichen Restriktionen der Gewerkschaftsarbeit und eine Arbeiterbewegung als Teil des bürgerlich-demokratischen Systems vorsah.²⁸³ Am Parteitag von Neudörfel setzte sich jedoch nicht der gemäßigte Weg der Oberwinder-Fraktion, sondern der radikale Weg des Andreas Scheu durch, der eine eigenständige Politik abseits des politischen Systems forderte, was auch individuelle Gewalt miteinschloss. Der Staat reagierte mit Inhaftierungen und weiteren Unterdrückungsmaßnahmen.²⁸⁴ Diese Entwicklung im Wechselspiel mit der 1873 begonnenen Wirtschaftskrise bescherten der Gewerkschaft Jahre der Stagnation und der politischen Verfolgung.

12. Der Aufschwung der Gewerkschaft ab dem Einigungsparteitag von Hainfeld

1889

Der politischen Führung war bewusst, dass der Erfolg der sozialdemokratischen Bewegung nur durch die Unterstützung einer starken Gewerkschaft eintreten könne. Viktor

1945. (Wien 2005) S. 18

²⁸¹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 137

²⁸² Vgl. ebd. S. 139

²⁸³ Parteitag Neudörfel, online unter: <http://www.dasrotewien.at/neudoerfl-parteitag-1874.html> (5. Juni 2012).

²⁸⁴ Vgl. Willy Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945. Online unter: <http://www.gdgfsg.at/geschichte/bis1945.pdf> (13. Juni 2012).

Adler verglich deshalb die Beziehung zwischen dem politischen und dem gewerkschaftlichen Arm der Bewegung mit der Beziehung zwischen *siamesischen Zwillingen*.²⁸⁵ Der Formierungsprozess der Partei verlief parallel zum Formierungsprozess der internationalen Gewerkschaftsarbeit in Cisleithanien. Ergo kann auch der Hainfelder Parteitag 1889 als ein Einigungsparteitag der altösterreichischen Gewerkschaft gesehen werden. In Hainfeld wurden die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit bestätigt und eine Föderalisierung der Gewerkschaften beschlossen, die jedoch mit der internationalen Partei und deren Führungsgremien eng verbunden sein sollte. Die Delegierten sprachen dezidiert eine Empfehlung zu weiteren Gewerkschaftsgründungen aus und setzten damit auch ein Zeichen der Zusammengehörigkeit der Partei mit der Gewerkschaft, ohne aber eine dezidierte operative Bindung der Partei an die Gewerkschaft zu fordern. Die ideologische Führung lag bei der internationalen Partei, die Politisierung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats erfolgte jedoch in einem nationalpolitischen Rahmen. Retrospektiv gesehen waren der Hainfelder Parteitag mit seinen internationalistischen Vorsätzen und die großen Maifeiern der Bewegung, die ab dem 1. Mai 1890 ausgedehnt zelebriert wurden, wichtige Impulse der cisleithanischen Gewerkschaftsbewegung, die in den 90er Jahren eine Phase der Prosperität der Bewegung einleiteten.²⁸⁶ Auch die internationale Vernetzung wurde in den 1890er Jahren ständig vertieft, was mit einer zunehmenden Streikaktivität für eine Arbeitszeitverkürzung einherging. Unorganisierte lokale Streiks waren wenig erfolgversprechend, weshalb versucht wurde, stärker zentralisierte Strukturen zu schaffen. Dies stieß auf das Misstrauen der Behörden und gelang daher nur in vereinzelten Berufsfachgruppen, wie den Buchdruckern.²⁸⁷

Der Höhepunkt der Streikwelle in Österreich-Ungarn bildete der Hüttenarbeiterstreik im Ostrauer Revier mit 30.000 Streikenden. Robert Preussler, ein Vertreter der Glas- und keramischen Industrie in der späteren Reichsgewerkschaftskommission hält auf dem zweiten österreichischen Gewerkschaftskongress 1896 zur Aufwärtsentwicklung der cisleithanischen Streikbewegung fest:

„Die eigentliche Geschichte der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung beginnt mit dem Jahr 1890. Seit dieser Zeit finden wir, dass die Streiks ungemein zunehmen.

²⁸⁵ Vgl. Karlhofer/Pelinka, Austria. S. 14f.

²⁸⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 149

²⁸⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 213

*Wenn man die betreffende Statistik nachsieht, findet man den Nachweis, dass die Streiks bei uns in einem Masse zugenommen, wie dies in keinem anderen Lande der Fall ist.*²⁸⁸

Angesichts des Ausmaßes der Streiks war der Staat nicht mehr in der Lage, sie mit reiner Waffengewalt zu unterdrücken. Die folgende Statistik zeigt anhand der Gesamtzahlen der Streikenden, die ab 1894 jährlich vom Handelsministerium veröffentlicht wurden, den Aufwärtstrend der Streikbewegung während der sogenannten Kampfjahre zwischen 1900 und 1907. Man erkennt deutlich den strukturellen und organisatorischen Fortschritt sowie den daraus resultierenden hohen Mobilisierungsgrad.



Abbildung 6 Streikwellen und Mobilisierungsgrad 1891 – 1913²⁸⁹

Die Führer der Gewerkschaften setzten sich nun das Ziel, die immer noch zersplitterte Bewegung in eine durchsetzungsfähige internationale und moderne Gewerkschaftsbewegung umzubilden.²⁹⁰ Die Parteiführung reagierte auf die neuen Entwicklungen am Wiener Parteitag 1891. Man stellte den Antrag, die Gewerkschaft vollständig an die Partei zu koppeln. Der Antrag scheiterte laut Mommsen nur aus rechtlichen und praktischen Gründen und nicht in Ermangelung politischen Willens.²⁹¹

Ein besonders schwerwiegendes Argument für die Bindung der Gewerkschaften an die Partei war die rechtlich gesehen leichtere Finanzierung der „unpolitischen“ Gewerkschaften, die regelmäßige Mitgliedsbeiträge einheben durften und auch keine strafrechtli-

²⁸⁸ Vgl. Protokoll des 2. österreichischen Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 25. bis 29. Dezember 1896, Wien, S71 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsgeschichte. S. 150

²⁸⁹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 151

²⁹⁰ Vgl. ebd. S. 152

²⁹¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 213

chen Gegenmaßnahmen bei der Schaffung von Streikfonds fürchten mussten. Der Partei war es hingegen nicht gestattet, regelmäßig Mitgliedsbeiträge zu lukrieren oder Agitationsfonds zu gründen. Die Bindung der Partei an die Gewerkschaft war demgemäß auch eine Frage des finanziellen Überlebens.²⁹² Trotzdem ließ man im Parteiführungsgremium keinen Zweifel am Führungsanspruch der Partei.²⁹³ Im Jahr 1890 fand ein Kongress statt, der von der „Arbeiterzeitung“ und der tschechischen „Rovnost“ einberufen wurde. Alle wichtigen Parteiorgane waren vertreten und sprachen einen internationalen Aufruf zur Formierung von gewerkschaftlichen Provinzial- und Landesverbänden aus. Eine Zentralisierung und Politisierung der Gewerkschaften war die Folge, ein beispielloser Wachstumsschub erfolgte. 90% der Wachstumsstrukturen von 1896 waren erst nach 1890 entstanden. Nach einer amtlichen Statistik wurden zwischen 1891 und 1895 mit 382 Gewerkschaftsorganisationen doppelt so viele Strukturen gegründet wie in den Jahren zuvor.²⁹⁴

Das Hauptaugenmerk lag ab dem Jahr 1890 auf dem Aufbau von Berufsfachgruppen, die alle Gewerkschaften eines Fachs vereinen und koordinieren sollten. Zu diesem Zweck wurden in ganz Cisleithanien Fachtage veranstaltet. Die erste vollständig installierte Fachorganisation war diejenige der Metallarbeiter, die 1892 in Wien einen offiziellen Verbandstag abhielt und zum Vorbild für andere Industriegruppen wurden. Tendenziell waren Fachverbände der höher qualifizierten Berufsgruppen leichter konstituierbar als in Niedriglohnsektoren. So wurden etwa die Bergbauarbeiter erst nach der Jahrhundertwende in größerem Ausmaß gewerkschaftlich organisiert.²⁹⁵ Die tschechischen Gewerkschaften hatten unter anderem infolge des hohen Anteils der Niedriglohnsektoren in der tschechischen Industrie eine andere Struktur als die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die schon eine hohe Zahl an echten Gewerkschaftsorganisationen aufwies. Noch 1893 existierten fast ausschließlich Bildungsvereine. Gegenüber 224 Arbeiterbildungsvereinen gab es nur 59 Fach- und Gewerkschaftsvereine. Es galt eine reichsweite Vernetzung und Strukturharmonisierung durchzuführen.²⁹⁶ Julius Deutsch, der SDAP Politiker und spätere Abgeordnete zum Nationalrat, nannte zwei Primärziele der mit neuem Schwung versehenen Gewerkschaftsinitiative:

²⁹² Vgl. ebd. S. 212

²⁹³ Vgl. ebd. S. 213

²⁹⁴ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 153

²⁹⁵ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 214

²⁹⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 156

- Alle Gewerbstätigen ohne Unterschied des Alters, gewerblicher Befähigung und Geschlecht zu vereinen.
- Zentralisation zur Erhöhung der Schlagkraft²⁹⁷.

Die Gewerkschaftsorganisationen waren am Ende des Jahres 1892 aber immer noch stark auf den Wiener Bereich beschränkt und keineswegs waren in ihnen alle ArbeiterInnen proportional gleich vertreten. Von insgesamt 31.522 Mitgliedern konzentrierten sich 20.202 auf Wien und nur 11.320 auf das restliche Cisleithanien und unter allen Mitgliedern befanden sich bloß 46 Frauen und 41 Lehrlinge.²⁹⁸ Der Weg in die Zukunft war dennoch vorgegeben und manifestierte sich in einer Öffnung nach außen, im Sinne einer Verknüpfung der einzelnen Fachverbände und einer Zentralisierung der Strukturen. Beschleunigt wurde der Prozess durch die Niederlagen in den dezentral geführten Lohnkämpfen der beginnenden 90er Jahre, die auch von der Arbeiterpresse als bedeutendes Thema erkannt wurden. Man suchte nach einer gemeinsamen Arbeitskampfstrategie mit allen organisationstheoretischen Implikationen, Fragestellungen und Methoden.²⁹⁹ Am 13. Oktober des Jahres 1892 versammelten sich Vertrauensmänner der Wiener Gewerkschaftsorganisationen, um gegen die durch englische Verbände vorbereitete Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses in London zu protestieren, da er am selben Tag wie ein bereits geplanter Kongress in Zürich stattfinden hätte sollen. Ein aus diesem Anlass gewähltes Komitee sollte die verschiedenen Gewerkschaften untereinander koordinieren. Die zentralistischen Tendenzen des Wiener Komitees wurden stets mit der Notwendigkeit für eine erfolgreiche Streikbewegung begründet.³⁰⁰

Der ursprüngliche Grund der Zusammenkunft war allerdings schnell abgehandelt und dem Komitee fiel die Aufgabe zu, zu der vom Handelsministerium veranstalteten Enquete über Befähigungsnachweis und Zwangsgenossenschaften Stellung zu nehmen.³⁰¹ Nach der Einsetzung des Komitees wurde eine Zeitung herausgegeben, die sich zum führenden Blatt der Gewerkschaftsbewegung in Cisleithanien entwickelte. „Die Gewerkschaft“ wurde zum Sprachrohr der Zukunftsvisionen des Komitees. Es sollten reichsweite Indust-

²⁹⁷ Vgl. Deutsch, Geschichte. S. 153f.

²⁹⁸ Vgl. ebd. S. 192

²⁹⁹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 154

³⁰⁰ Vgl. ebd. S. 157

³⁰¹ Vgl. Deutsch, Geschichte. S. 191f. Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 214

rieverbände ganzer Industriegruppen und eine führende Instanz/Kommission an der Spitze der vereinten Gewerkschaft gebildet werden. Das 1892 gegründete Komitee spielt in der österreichischen Gewerkschaftsgeschichte eine herausragende Rolle, da es für Weihnachten 1893 den ersten österreichischen Gewerkschaftskongress einberief, um der Transformation der lokalen Fachvereine in Industriegruppenverbände den Weg zu ebnen.³⁰²

13. Der erste Gewerkschaftskongress 1893

Schon im Vorfeld des Kongresses stellte sich die Frage, ob der erste Gewerkschaftskongress wirklich die gesamte westliche Reichshälfte repräsentieren und damit eine internationale Kooperation einleiten würde, oder er nur eine Versammlung der Wiener Gewerkschaftsbewegung darstellte. Die Statistik der Delegierten belegt tatsächlich eine Übermacht der deutschsprachigen und hier besonders der Wiener GewerkschafterInnen. 158 von 270 Delegierten kamen aus dem Umfeld Wiens. Insgesamt waren ungefähr 50.000 ArbeiterInnen vertreten. Davon waren nur acht Prozent (ca. 4.000) tschechischsprachig. Eiskränkend muss allerdings hinzugefügt werden, dass es keine Anwesenheitsliste gab und die Zahlen anhand des Wortprotokolls festgestellt wurden. Da viele der tschechischen Gewerkschafter ihre Referate auf Deutsch hielten und nur acht Redner tschechisch sprachen, lag die Anzahl der tschechischsprachigen Delegierten vermutlich höher.³⁰³ Es waren 194 eigenständige Gewerkschaften zugegen, von denen zehn bereits als Zentralvereine konzipiert waren, die meisten allerdings agierten auf Orts-, Bezirks- oder Kronlandsebene.³⁰⁴ Die Debatten drehten sich anfangs hauptsächlich um die innere Arbeitsmigration und die darin begründeten Ressentiments wegen Streikbrecherei und der angeblich geringen Verlässlichkeit der nichtdeutschen Arbeiter. Der Delegierte Heger wies in diesem Kontext auf das Beispiel der Pottendorfer Textilindustrie hin:

„Wir sind nahe der Grenze Ungarns. Unsere Arbeitgeber lassen sich einfach Kroaten kommen, die ihnen billiger arbeiten. Diesen Leuten Organisation beizubringen, ist schwer. Sie hängen noch so sehr an ihrem alten Aberglauben, und wenn man mit ihnen von Organisation spricht, so glauben sie, der Teufel holt sie. Werden sie aber

³⁰² Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 215

³⁰³ Vgl. Vladimír Soják, Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei (Berlin 1954).

S. 38 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 159f.

³⁰⁴ Vgl. Krula, Geschichte. S. 26f.

*nicht organisiert, so sind sie unsere Gegner. Sie müssen zur Organisation herangezogen werden.*³⁰⁵

Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Kongresses war die zukünftige Struktur der Gewerkschaftsbewegung. Das Vorbild war auch aufgrund der Dominanz der deutschsprachigen Funktionäre die reichsdeutsche Gewerkschaft. Die bisher dominierenden lokalen Strukturen sollten durch Berufs- und Industrieverbände abgelöst werden und eine Gewerkschaftskommission sollte als Dachverband und Bindeglied zwischen den Verbänden und als Institution zur Streikunterstützung fungieren. Durch die neue zentralisierte Organisationsform sollten regionale Unterschiede ausgeglichen werden.³⁰⁶

Alle Streiks sollten zuerst an die Verbände auf Kronlandsebene und anschließend an die Kommission weitergeleitet werden. Wider Erwarten war den wenigen nichtdeutschen Gewerkschaftern der angestrebte hohe Grad an Zentralisation keineswegs ein Dorn im Auge. Es war allgemein akzeptiert, dass das Unterstützungswesen und der Rechtsschutz zentralisiert werden mussten, um eine optimale Effizienz zu gewährleisten. Dieser Umstand verleitete die Führungsebene zu der Annahme, dass man die nationale Frage ignorieren könne, ohne die Einheit der Bewegung aufs Spiel zu setzen. Die vereinzelt Gegenstimmen zur Zentralisation wurden als Mangel politischer Schulung und nicht als nationaler Widerstand betrachtet. Manche Delegierten, wie Johann Smitka, argumentierten aber für mehr Flexibilität des Systems, basierend auf den unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen in der westlichen Reichshälfte. Bei der Wahl zur Reichsgewerkschaftskommission wurde überhaupt keine Rücksicht auf die nationale Zusammensetzung genommen. Den Kern der neuen Kommission bildete das provisorische Wiener Komitee von 1892.³⁰⁷

Ein erster wichtiger Schritt war die Akkreditierung unterschiedlicher Gewerkschaftsblätter als offizielle Organe des zentralen Gewerkschaftsverbandes. Es wurden ein polnisches und ein italienisches Blatt angenommen, ein tschechisches Blatt der Lederindustrie aber nicht. Die internationale Kommission agierte bei ihrer Auswahl nach rein praktischen Aspekten und nahm keine Rücksicht auf nichtdeutsche Minderheiten und nationale Krite-

³⁰⁵ Protokoll des 1. Gewerkschaftskongress 1893. S. 17 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 160

³⁰⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 161

³⁰⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 215

rien.³⁰⁸ Generell entstand eine Konfliktlinie zwischen der supranational ausgerichteten Kommission und den eigentlichen Gewerkschaftsverbänden, die sich mit der multiethnischen Realität in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit auseinandersetzen mussten.

Weitere Forderungen des ersten Gewerkschaftskongress von 1893 waren die Initiierung eines Generalstreiks, um Druck bzgl. der Erweiterung des Wahlrechts zu erzeugen, und die Realisierung des 8-Stunden Tags. Die Durchsetzung scheiterte aber bei der Abstimmung, weil viele Delegierte die Entscheidung über die politischen Themen auf den nächsten Parteitag verschieben wollten. Dies war widersprüchlich, da eine offizielle Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft zwei Jahre zuvor, am Wiener Parteitag abgelehnt worden war und der Gewerkschaftskongress somit in seiner Entscheidungsfindung de jure unabhängig war. Einigung herrschte hingegen beim Protest gegen den Ausnahmezustand in Teilen Böhmens.³⁰⁹

Der erste Gewerkschaftskongress von 1893 konnte vor allem aufgrund der großen sozialen Probleme bei den Arbeitern und der wachsenden Streikbewegung eine stärkere Zentralisation durchsetzen. Der Kosmopolitismus der 60er und 70er Jahre hatte zwar im deutschösterreichischen Flügel noch Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Gewerkschaft, trat aber gegenüber den dringenden Herausforderungen des Arbeitskamps in den Hintergrund.³¹⁰ Trotz der engen Kooperation mit der Partei und dem propagierten „Kampf nach allen Seiten“, entwickelte sich die Gewerkschaft nicht in die von der Partei vorgegebene Richtung. Spätestens ab dem Wimberger Parteitag trieb die Partei eine nationale Föderalisierung voran, während sich die Gewerkschaft immer weiter zentralisierte. Für die tschechische Arbeiterbewegung bedeutete dies eine zunehmende Bedrohung ihrer sprachlichen und strukturellen Individualität. Die Wiener Kommission kam den Tschechen nur mit einigen wenigen sprachlichen Konzessionen entgegen, lehnte aber ihren Drang nach größerer Autonomie und einer Strukturreform nach dem föderalistischen Vorbild der Partei ab und begründete das mit dem „rein“ ökonomischen Charakters der Gewerkschaft.

Der größte Einschnitt für die tschechische Gewerkschaftsstruktur war die Abkehr vom

³⁰⁸ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 164

³⁰⁹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 220f.

³¹⁰ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 165f.

Gewerkschaftsorganisationstypus des Arbeiterbildungsvereins, der durch seine Autonomie und seine Konzentration auf die lokale Ebene den Bestrebungen der Zentralisation zuwiderlief. Die pädagogische Funktion dieser Vereine erhöhte die Brisanz dieser Frage, denn die Arbeiterbildungsvereine hatten einen wesentlichen Beitrag zur Volksbildung und damit zum nationalen Selbstbewusstsein des tschechischen Proletariats geleistet. Ein Lösungsvorschlag für dieses fundamentale Problem kam erst zwei Jahre später. Kommissionssekretär Anton Hueber schlug die Integration der Arbeiterbildungsvereine in die Industrieverbände vor, die von nun an für die Koordination der Gewerkschaftsorganisationen und der Bildungsarbeit in der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung verantwortlich waren. Der Vorschlag wurde angenommen und ab 1895 in die Tat umgesetzt. Die Folge der Integration der Arbeiterbildungsvereine in die übergeordneten Gewerkschaftsverbände war eine zunehmende finanzielle Abhängigkeit von der Wiener Gewerkschaftszentrale. Die anfangs unabhängigen tschechischen Arbeitervereine gerieten so immer mehr unter den Einfluss der deutschösterreichischen Führungsgremien.³¹¹

Der erste Gewerkschaftskongress von 1893 stand eindeutig unter dem Zeichen der Zentralisation. Es sollte unter allen Umständen eine moderne - im damaligen Verständnis eine möglichst homogene - und schlagkräftige Gewerkschaft gebildet werden. Nationale Zwistigkeiten traten in den Hintergrund oder wurden von der Wiener Führung unterdrückt. Zwar konnten nicht alle Maßnahmen zur Zentralisation direkt am Kongress beschlossen und anschließend realisiert werden, doch war der Kurswechsel der cisleithanischen Gewerkschaftsbewegung ab 1893 unübersehbar.

14. Der Aufschwung: 1894 - 1897

Nachdem 1893 wichtige Fragen bezüglich der Struktur geklärt waren, begann ein Zeitabschnitt, der einerseits durch ein massives Ansteigen der Mitgliederzahlen und andererseits durch eine fortschreitende Föderalisierung der Gewerkschaftsvereine gekennzeichnet war. Ab 1894 wurden basierend auf einem Beschluss der Wiener Reichsgewerkschaftskommission Kronlandszentralen errichtet und mit Vertrauensmännern besetzt.³¹² Dank der Reformen verdreifachte sich die Mitgliederanzahl in den ersten drei Jahren nach dem

³¹¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 217

³¹² Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 176

Gewerkschaftskongress. Die Aufteilung der Gewerkschaftsmitglieder auf die Organisationstypen verteilte sich bis 1896 wie folgt:

	Berufsorganisations- tionen (Mitglieder)	Allgemeine Gewerk- schaften (Mitglieder)	Bildungsver- eine (Mitglieder)	Bildungsver- eine- selbstständige Vereine (An- zahl)	Ortsgruppen u. allgemei- ne Gewerk- schaften (Anzahl)
1892	46.606	-	23.737	584/250	474
1896	98.669	769	18.508	539/301	775/19

Abbildung 7 Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Organisationstypen (nach Mitgliedern)³¹³

Wie von der Gewerkschaftskommission geplant, ging der Anteil der Bildungs- und selbstständigen Gewerkschaftsvereine bis 1896 stark zurück. Das ist nicht nur auf die Zentralisierung und die strukturelle Umgestaltung zurückzuführen, sondern hängt auch mit einem starken Industrialisierungsschub in Böhmen zusammen. Die Zentren der tschechischen Schwerindustrie wie Prag, Pilsen und Kladno wurden zu Zentren der modernen cisleithanischen Gewerkschaft, deren Zusammenhalt durch den zunehmenden tschechischen Einfluss vor allem in den gemischtsprachigen Gebieten auf eine neue Probe gestellt wurde.³¹⁴ Auch der Druck von außen wurde erhöht. Im Jahre 1892 hatten sich die Industrievereinigungen zum „Centralverband der Industriellen Österreichs“ zusammengeschlossen und hofften so ihre Interessen besser durchzusetzen.³¹⁵ Die Gewerkschaften reagierten mit einer regen Streiktätigkeit, konnten aber erst ab 1894, als das neue Streikreglement und sogenannte Widerstandsfonds eingeführt wurden, Streiks auch längerfristig finanziell unterstützen. Bis dahin war man gänzlich auf die Solidarität der Arbeiter angewiesen und angesichts der Anzahl der Streiks war dies ein großer Kraftakt für die meist schlecht bezahlte Arbeiterschaft.³¹⁶

³¹³ Ebd. S. 170 nach Rechenschaftsbericht 1900. S. 45. Tabelle 20

³¹⁴ Vgl. Jiří Kořalka, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in Europa. (Wien/München 1991) S. 219ff.

³¹⁵ Vgl. Zur Geschichte der Industriellenvereinigung. Online unter: <http://www.iv-net.at/b60m92/geschichte-der-iv/> (23.Juli 2012).

³¹⁶ Vgl. Krula, Geschichte. S. 28

Gleichwohl war die beginnende Streikwelle der 1890er Jahre für die Gewerkschaft von großem Nutzen. Durch erfolgreich geführte Streiks wurden neue Mitglieder angeworben und das Image einer modernen durchsetzungsfähigen Gewerkschaft entstand. Die Streikunterstützung wurde zum zentralen Tätigkeitsbereich der Reichsgewerkschaftskommission und durch ihre ausgezeichneten reichsweiten und internationalen Kontakte konnten sogar im Ausland, etwa in England, Sammlungen durchgeführt werden. Die für die Streikunterstützung verfügbaren Mittel von 45.371,50 Gulden überstiegen schließlich die Ausgaben für die „Agitation und Organisation“ (4.886,88 Gulden), die Pressearbeit (4.539,85 Gulden) und die Gehälter (3.447,88 Gulden) um mehr als das Doppelte.³¹⁷

Der bei weitem ressourcenaufwendigste Streik in der Phase zwischen dem ersten (1893) und dem zweiten Gewerkschaftskongress am 31. Oktober 1896 war der Bergarbeiterstreik von Mährisch-Ostrau. 30.000 Personen, zu einem großen Teil Tschechen und Slowaken, legten ab dem 24. Februar 1896 die Arbeit nieder und protestierten für bessere Arbeitsbedingungen, die im Bergbaubereich traditionell sehr schlecht waren. Die Reichsgewerkschaftskommission entsandte mit Viktor Adler und Karl Kořinek sogar zwei der führenden Funktionäre der Arbeiterbewegung.³¹⁸ Es konnten zwar nicht alle Forderungen durchgesetzt werden, aber der Bergarbeiterstreik von Mährisch-Ostrau fungierte nichtsdestotrotz als Modell für weitere Streikaktionen. Der Erfolg der Streiks war beachtlich und so schrieb „Die Gewerkschaft“ zu Beginn 1896, dass bereits 1000 Menschen durch die „Medizin des Streiks“ für die Bewegung gewonnen werden konnten.³¹⁹ Außerordentlich groß waren die Fortschritte der tschechoslawischen Gewerkschaftsbewegung zwischen 1894 und 1896.

14.1. Die Machtbalance verschiebt sich: Die tschechoslawische Gewerkschaftsbewegung

Wie beschrieben verlagerten sich die Zentren der Industrieproduktion in Cisleithanien seit den 1880er Jahren immer stärker in die böhmisch-mährischen Gebiete. Dieser Trend setzte sich auch in den 90er Jahren unvermindert fort. Nach den Statistiken von 1896 kon-

³¹⁷ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 172

³¹⁸ Vgl. ebd. S. 174

³¹⁹ Die Gewerkschaft 1/1896. S. 2 zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 175

zentrierten sich bereits 41.805 Mitglieder der Arbeiterbewegung auf tschechische Gebiete. 70 Prozent davon waren in Gewerkschaften organisiert. Das bedeutet, dass etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder auf die tschechische Gewerkschaftsbewegung entfielen. Zusätzlich war aus der anfänglich losen tschechoslawischen Gewerkschaftsstruktur eine moderne Gewerkschaft geworden. Nachvollziehbar wird dieser Aufstieg auch durch die Auflagensteigerung der nichtdeutschen Presseorgane. Von 119.850 Stück waren im Jahre 1896 bereits 35.300 (1894 noch 21.700) in tschechischer Sprache verfasst.³²⁰ Es existierten 19 deutsche Fachblätter (davon 17 in Wien) und 14 tschechische Fachblätter (davon acht in Prag).³²¹ Über die Arbeiterbildungsvereine hinaus, die in Böhmen und Mähren immer noch eine wichtige Rolle spielten, konnte auch ein Netzwerk aus Berufsorganisationen aufgebaut werden. 1896 waren in ihnen 16.700 Arbeiter organisiert. Eine herausragende Stellung hatte der Metallerverband in Prag, der mit 5000 Personen einen großen Anteil an der Gesamtmitgliederzahl stellte.³²² Es entstanden zwei Zentren der Gewerkschaftsbewegung, Wien und Prag. In Wien verfolgte man die Entwicklungen mit Argwohn, während man in Prag die Vorbereitung für eine eigene Führungsinstitution mit der von der Wiener Kommission initiierten Zentralisation auf Kronlandebene rechtfertigte.³²³ Eine immer intensiver werdende nationale Polarisierung, Kompetenzstreitigkeiten und neue Strukturdebatten waren die Folge.

14.2. Der Nationalitätenkonflikt verschärft sich

Lange Zeit waren die Gräben zwischen den Nationalitäten durch die Fokussierung auf den „unpolitischen“ Arbeitskampf der Gewerkschaft überbrückbar gewesen. Das änderte sich mit der steigenden Mitgliederanzahl der nichtdeutschen Gewerkschaftsverbände. Da nach dem ersten Gewerkschaftskongress 1893 bereits ein hoher Grad an Zentralisierung verwirklicht werden konnte, übte die Reichsgewerkschaftskommission erheblichen finanziellen Druck auf die ihr unterstellten Verbände aus, um eine noch höhere Machtkonzentration zu gewährleisten. Durch den steigenden Anteil der nichtdeutschen, vor allem tschechischen Gewerkschafter, erhöhten sich auch die finanziellen Anforderungen der nichtdeutschen Verbände, was die Abhängigkeit von der Wiener Kommission verstärkte.

³²⁰ Vgl. Deutsch, Geschichte. Bd. I. S. 317

³²¹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 182

³²² Vgl. Rechenschaftsbericht 1896, Tabelle IV. zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 180

³²³ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 203f.

Der Kampf um die Ressourcen erhielt endgültig eine nationale Prägung. Auch auf der sozialen Ebene kam es zu Umwälzungen und zu einer Verschärfung des Nationalitätenkonflikts. In den 90er Jahren wurden immer mehr „ungelernte“ Arbeiter in die tschechoslawische Bewegung integriert, die kein Wort Deutsch konnten – die Verkehrssprache in der Reichsgewerkschaft - und eine Assimilierung an die deutschsprachige Gewerkschaftsführung ablehnten. Hans Mommsen führte diese radikalere Haltung auf den wachsenden Einfluss der Jungtschechen auf die tschechischen Gewerkschafter zurück.³²⁴

Separatistische Tendenzen in der tschechoslawischen Gewerkschaft verstärkten sich und auch die tschechische sozialdemokratische Bewegung unterstützte die Forderung nach einer Föderalisierung der Gewerkschaftsbewegung, um die tschechischen Gewerkschaften stärker an die tschechische Sozialdemokratie binden zu können. Die Wiener Zentrale reagierte durch Berufung von tschechischen Vertrauensleuten in die Verbände und brachte das Presseorgan „Die Gewerkschaft“ auch in tschechischer Sprache heraus.³²⁵ Die ab 1895 durch den tschechischen Arbeiterführer Karl Kořinek erweiterte Wiener Reichsgewerkschaftskommission verstärkte ihre Tätigkeit in den tschechischen Industriegebieten, um den Zusammenhalt in der Bewegung sicherzustellen. Mangels einer gemeinsamen Konzeption für die reichsweite Gewerkschaft und den unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen konnte man den Prozess der Föderalisierung nur verlangsamen, aber nicht aufhalten. Konflikte wie jene um das Eigentum von Presseorganen³²⁶ oder Infrastruktur und Kompetenzstreitigkeiten, wie sie ab der Mitte der 90er Jahre immer öfter auftraten, waren zwar auch in nationalen Gewerkschaften nicht selten, nur war der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen nationalen Gruppen um ein vielfaches komplexer und für die Existenz der Reichsgewerkschaft weitaus riskanter.³²⁷

Neuen Antrieb erfuhren die Prager zentralistischen Gewerkschaftsfunktionäre 1896 nach dem Brünner Parteitag der tschechoslawischen Sozialdemokraten. Die Vorbereitungen einer organisatorischen Abkoppelung von der Wiener internationalen Partei nahmen nun konkrete Formen an. Der lang gehegte Wunsch der tschechoslawischen Partei, auch eine

³²⁴ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 218

³²⁵ Vgl. Löw, Zerfall. S. 84

³²⁶ Anm. 1894-1895 kam es zu Streitigkeiten zwischen dem Prager Metallarbeiterverband und dem Zentralverband um die Eigentumsrechte an dem tschechischen Fachblatt, obwohl dieses vom Zentralverband finanziert wurde. Eine Einigung konnte erst nach langen Verhandlungen erreicht werden. Siehe: Deutsch, Geschichte. I. S. 223f.

³²⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 220

autonome aber mit der Partei verbundene tschechoslawische Gewerkschaft zu gründen, wurde 1896 wieder mit Nachdruck ausgesprochen. Die Funktionäre Kubala und Němec traten schon vor dem Parteitag in Verhandlungen mit Anton Hueber, dem Sekretär der Wiener Kommission, und suchten einen Modus, um die tschechoslawischen Verbände unter einer Prager Zentrale zusammenzuführen, die wiederum in einer engen Kooperation mit Wien stehen sollte. Hueber, der auf dem Parteitag anwesend war, warnte vor den politischen und ökonomischen Folgen für die Einheit der Gewerkschaft und setzte sich damit durch. Der Föderalisierungsantrag wurde mit 13 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die Wiener Reichsgewerkschaftskommission hatte damit Zeit gewonnen, von einer Lösung des Problems war man allerdings so weit wie noch nie entfernt.³²⁸ Es war nur eine Frage der Zeit, dass das gemeinsame Fundament der Trennung von Nationalitätenpolitik und den ökonomischen Aufgaben Gewerkschaften verschwinden würde. Doch noch war es nicht so weit und die zentralistischen und nationalföderativen Tendenzen bestanden parallel nebeneinander fort.³²⁹

Das Jahr 1897 wurde zu einem Schicksalsjahr. Während sich die tschechoslawischen Gewerkschafter scheinbar mit dem Wiener Zentralismus abgefunden hatten und lediglich eine Berücksichtigung ihrer Funktionäre bei der Bestellung der Reichsgewerkschaftskommissare verlangten, intervenierte die tschechoslawische Partei ein weiteres Mal. Vom 18. bis 19. Oktober 1896 formulierte eine Vertrauensmännerkonferenz einen Katalog mit „Minimalforderungen“ an die tschechoslawische Gewerkschaft, worin die Bildung eines eigenen tschechischen Sekretariats in der Gewerkschaftskommission verlangt wurde, dessen Sekretär von den tschechischen Fachorganisationen gewählt werden sollte.³³⁰ Der tschechische Sekretär sollte dadurch zwar Teil der Reichsgewerkschaftskommission, ihr aber nicht verantwortlich sein. Hans Mommsen wertet diesen Schachzug der tschechoslawischen Partei als einen Meilenstein der Föderalisierung, da er zwar den Wiener Zentralismus nicht direkt bekämpfte, aber ein ausbaufähiges Fundament einer autonomen tschechischen Gewerkschaftsleitung schuf. Die deutschen Funktionäre, geführt von Anton Hueber, agierten aus der Position des altbekannten Internationalismus und stützen sich auf die sichere deutsche Majorität. Die Minimalforderungen hatten deshalb keine realisti-

³²⁸ Vgl. ebenda. S. 222f.

³²⁹ Vgl. Evers, 204ff.

³³⁰ Vgl. Deutsch, Geschichte, I, S. 225f.

sche Chance auf Durchsetzung und wurden schlussendlich abgelehnt.³³¹ Obwohl das Programm der Minimalforderungen von der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei und nicht den tschechoslawischen Gewerkschaftern gemeinsam formuliert worden war, regte sich unter den tschechischen Gewerkschaftern Widerstand. Die Vorgangsweise der Deutschen wurde kritisiert, ihre strikte Verweigerung wurde als Affront gegen die tschechische Nation gesehen. Der tschechisch-gewerkschaftliche Widerstand gegen die Zentralisierung erreichte Ende 1896 einen Höhepunkt. Neuerlich wurde diskutiert, in welcher Form in der national wie ökonomisch heterogenen cisleithanischen Gewerkschaft eine Autonomie der tschechischen Arbeiter möglich wäre, ohne die Funktionsfähigkeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Frage zu stellen. Die Minimalforderungen der tschechoslawischen Partei waren zu diesem Zeitpunkt für die meisten Funktionäre bereits zu wenig weitreichend und so bediente man sich der früheren Anträge von Kubala und Němec, die eine eigene tschechische Gewerkschaftskommission in Prag verlangt hatten. Am 31. Jänner 1897 auf dem Kongress der tschechischen Gewerkschafts- und Bildungsvereine in Prag verlangte nun Josef Roušar die Bildung einer derartigen Kommission. Über einhundert tschechische Gewerkschaftsvereine unterstützten den Antrag und so schritt man am 31. März 1897 zur offiziellen Gründung der OSČ, der Odborové sdružení československé, (zu deutsch: Tschechoslowakische Gewerkschaftszentrale).³³² Hans Mommsen ortet die Schuld an der Spaltung in der kompromisslosen Haltung der Gewerkschaftskommission und ihres Sekretärs Hueber, dem es im Gegensatz zu Adler nicht gelungen war, die Spaltung durch Verhandlungen weiter hinauszuzögern.³³³

Die OSČ etablierte sich als zweites Zentrum der cisleithanischen Gewerkschaftsbewegung und durch den Aufstieg der tschechischen Industriezentren nahm auch der Einfluss der OSČ immer mehr zu. Das bipolare Struktursystem der altösterreichischen Gewerkschaft war Wirklichkeit geworden. Auch wenn in den folgenden Jahren die Kooperation zwischen Wien und Prag meist gut funktionierte, war das Risiko eines Auseinanderbrechens durch das bipolare System unübersehbar geworden.

³³¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 224

³³² Vgl. Deutsch, Geschichte, Bd. 1. S. 230f.

³³³ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 229

15. Die Massenbewegung bis zur Auflösung

15.1. Administrative Spaltung – Einheit in der Praxis

Die Gründung der OSČ bedeutete faktisch die Trennung der Führungsebene der reichsweiten Verbände, jedoch gelang es trotz dieser Trennung in der Praxis eine neue Einheit zu finden. Die Intensität der Streikbewegung blieb gleich und um keine tiefere Spaltung der Gewerkschaften zu riskieren, arbeitete man eng zusammen. John Evers attestiert in diesem Zusammenhang speziell der Wiener Reichsgewerkschaftskommission ein hohes Maß an Solidarität, da in Wien (ohne Niederösterreich) zwar 58,55 Prozent aller Streikgelder gesammelt, aber nur 14 Prozent ausgegeben wurden.³³⁴ (Dies kann auch als Zeichen gewertet werden, dass man in Wien auf seiner reichsweiten Führungsrolle bestand). Des Weiteren wurden auch Kompetenzen, wie die Publizierung des tschechischsprachigen Parteiblattes „Die Gewerkschaft“³³⁵ an Prag abgegeben. Auf der Ebene des Arbeitskampfes waren große „internationale“ Wahlrechtskampagnen möglich geworden, die einen wichtigen Anteil an der Durchsetzung der Wahlrechtserweiterung 1897 hatten,³³⁶ obwohl die nunmehr bipolare Struktur die Führungsebene schwächte. Dort kam es zu einer administrativen Arbeitsteilung, so wurde die spezifische Basisarbeit (muttersprachliches Agitationsmaterial wie Informationsbroschüren und Presseorgane) nach Prag verlegt. Kompetenzstreitigkeiten waren die Folge. Unterschiedlich entwickelten sich die Berufsverbände. Sie waren noch nicht so stark organisiert und strukturiert wie andere Gewerkschaftstypen und entwickelten sich maßgeblich nach 1897. Paradoxe Weise ging es hier eher in Richtung einer Internationalisierung als einer Föderalisierung. Obwohl es in manchen Branchen zu einer administrativen Teilung zwischen Wien und Prag kam, wurden auch neue internationalistische Konzeptionen geschaffen, die explizit den Schutz der nichtdeutschen Minderheiten aussprachen. Der Schutz der Minderheiten musste vermehrt in den Aufbau der Berufsverbände integriert werden, da durch die Spaltung auf Kommissionsebene auch die Gefahr einer Spaltung der Berufsverbände bestand.³³⁷

Den Mitgliedern dieser Gewerkschaftsorganisationen stand es sogar frei sich zu entschei-

³³⁴ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 220

³³⁵ Anm. tschechisch: Odbory

³³⁶ Vgl. Krula, Geschichte. S. 30

³³⁷ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 229

den an welche Kommission sie ihren Mitgliedsbeitrag entrichten wollten.³³⁸ Ein äußerst erfolgreiches Beispiel für die internationalistischen Berufsverbände stellte der tschechisch dominierte Verband der Bergleute dar. Obwohl die Mehrheitsverhältnisse klar waren und die deutschen Funktionäre nicht wie sonst dominierten, schlossen sich die Bergleute der Alpenländer diesem Berufsverband an. Geschickt wurde die Zentralisierung in der Verbandsstruktur reduziert und es konnte dadurch der internationalistische Charakter der Organisation am Leben erhalten werden.³³⁹

Wenngleich eine Spaltung der Berufsfachgruppen vermieden werden konnte, erfolgte doch die innere Organisation nach einem nationalen Muster. So schufen die Bergbauarbeiter 1898 nationale Sektionen in ihrer Zentraleitung und die Wiener Reichsgewerkschaftskommission musste der Forderung nach untergeordneten nationalen Sekretariaten in Prag und Triest nachgeben. In Triest war eine Erneuerung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsstrukturen nötig geworden, nachdem der Druck der nationalen Gewerkschaften gestiegen war und die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaften abnahm. Vor allem die nationale Eisenbahnergewerkschaft lief der sozialdemokratischen Gewerkschaften den Rang ab.³⁴⁰

Das Beispiel des multinationalen Triest und den dort unter Druck geratenen sozialdemokratischen Gewerkschaften zeigt, dass das Konzept des national indifferenten Zentralismus spätestens ab dem Ende der 1890er Jahre vollends aufgegeben werden musste.³⁴¹ Die faktische Dominanz der deutschen Gewerkschaften wurde durch den forcierten Minderheitenschutz und durch föderalisierende Strukturreformen wenn nicht gebrochen, dann zumindest gemildert. Das Vertrauen zwischen den Nationalitäten wuchs in diesem Zeitraum stetig und manifestierte sich auch in groß angelegten Streikaktionen. Darüber hinaus förderte das 1899 von der politischen Bewegung beschlossene Brüner Nationalitätenprogramm die Kooperation.

³³⁸ Vgl. Hajek, *Entwicklung*. S. 176

³³⁹ Vgl. Evers, *Gewerkschaftsarbeit*. S. 222f.

³⁴⁰ Vgl. Marina Cattaruzza, *Nationalitätenkonflikte in Triest im Rahmen der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (1850 – 1914)*. In: Sacha Zala (Hg.), *Die Moderne und ihre Krisen. Studien von Marina Cattaruzza zur europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* (Göttingen 2012). 187-206.

S. 234

³⁴¹ Vgl. Mommsen, *Sozialdemokratie*. S: 230

15.2. Das Kampffahr 1900 und seine Folgen

Das Jahr 1900 wurde nachträglich von Julius Deutsch als Kampffahr bezeichnet, da es im Vergleich zu 1899 zu einer Verdoppelung der Anzahl der Streikenden kam und damit ein vorläufiger Höhepunkt des industriellen Arbeitskampfes erreicht wurde.³⁴² Grund für die Erhebung waren einmal mehr die drückenden Lebensumstände vor allem in den Industriezentren Böhmens.³⁴³

105.128 Personen schlossen sich dem Streik an und stellten so die Gewerkschaft vor eine enorme organisatorische und finanzielle Herausforderung. Beide Kommissionen mussten bei der Unterstützung des Streiks an ihre Grenzen gehen und entsandten hochrangige Funktionäre, um die Bewegung vor Ort zu unterstützen. Um die Kräfte effizient einzusetzen, kam es zu einer geographischen und nationalen Aufteilung des Streikgebiets. Das Kampffahr 1900 brachte zwar weder die Einführung des 8-Stunden-Tags noch die geforderte flächendeckende zehnpromtente Lohnerhöhung, einige Erfolge gab es aber doch: In 121 Betrieben wurden Lohnerhöhungen vorgenommen und in vielen Industrieunternehmen wurde auch eine Kürzung der Arbeitsschichten realisiert.³⁴⁴ Aus Sicht der gewerkschaftsnahen Geschichtsschreibung wird die Streikbewegung 1900 daher als essentiell für den Verlauf des Arbeitskampfes beschrieben.³⁴⁵ Auch John Evers diagnostiziert für das Kampffahr ein Zusammenrücken der Kommissionen, bedingt durch die innere Entwicklung der sich zentralisierenden Berufsverbände.³⁴⁶

Die positiven Ergebnisse des Arbeitskampfes um die Jahrhundertwende verliehen der Gewerkschaftsbewegung auch weitere Wachstumsimpulse. Die Zuwächse bei den Mitgliederzahlen konzentrierten sich aber weit stärker auf die Wiener Zentralstrukturen als auf die OSČ, was zu einer weitreichenden finanziellen Abhängigkeit Prags von der Reichsgewerkschaftskommission führte. Die Wiener Kommission hingegen ging dazu über, auch im Kerngebiet der OSČ, dem zweisprachigen Böhmen, Landessekretariate zu gründen, die anfänglich zwar nur in den deutschen Gebieten (Reichenberg, Gablonz,

³⁴² Vgl. Deutsch, Geschichte. I. S. 244

³⁴³ Vgl. Freie Gewerkschaften, online unter: <http://www.dasrotewien.at/freie-gewerkschaften.html> (21. April 2012).

³⁴⁴ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 237

³⁴⁵ Vgl. Fritz Klenner, Brigitte Peller, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung (Wien 1999). S. 137f.

³⁴⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsbewegung. S. 237

Tannwald, Warnsdorf, Rumburg, Gabel, Hoheneibe und Trautenau) aktiv waren, aber mit zunehmender Zentralisierung der Berufsgruppen in ganz Böhmen als wichtige Verbindungsebene mit den Zentralstrukturen fungierten.³⁴⁷ Die Machtverhältnisse zwischen den Kommissionen waren klar. Die OSČ veränderte sich strukturell kaum und stützte sich weiterhin auf ein Netz von Arbeiterbildungsvereinen, deren Anzahl sogar noch zugenommen hatte. Die OSČ hatte in den Berufsorganisationen nur rund 18.000 Mitglieder, während die Wiener Reichsgewerkschaftskommission alleine etwa 35.000 tschechischsprachige Mitglieder und insgesamt knapp 115.000 Personen vereinte.³⁴⁸ Genau in dieser Schwächephase der OSČ gelang der cisleithanischen Gewerkschaft der Durchbruch zur Massenorganisation. Große wirtschaftliche Konflikte und das erste Aufflammen des Wahlrechtskampfes ließen die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund treten und separatistische Strömungen eher verstummen.³⁴⁹

Die Stagnation der OSČ bewirkte allerdings auch die neu aufkeimende Hoffnung der Funktionäre in Wien auf ein Überwinden der Kommissionsspaltung von 1897. Auf dem Gewerkschaftskongress im Juni 1900 erklärte Hueber sogar, dass die Zwietracht bereits überwunden sei und die kleineren Uneinigkeiten durch sachliche Verhandlungen bereinigt werden könnten.³⁵⁰ Man begann nach dem Kongress tatsächlich mit Verhandlungen über eine mögliche Verschmelzung, die auch vom tschechoslawischen Gewerkschaftskongress 1903 gefördert wurde, wobei speziell Josef Roušar sich für eine Einigung zwischen Wien und Prag einsetzte. In gewisser Weise fühlte man sich dadurch in der Reichsgewerkschaftskommission in der bisherigen Politik bestätigt, allerdings geht Hans Mommsen davon aus, dass die Tschechen den Kompromiss suchten, weil sie sich eine Ausdehnung der tschechischen Strukturen in Böhmen erhofften. Eine Vereinigung sollte erst mit dem Erreichen einer bestimmten Stärke vollzogen werden, wenn man also nicht mehr befürchten musste, gegenüber der Wiener Kommission ins Hintertreffen zu geraten. Es war also keineswegs die Einsicht der OSČ Funktionäre, dass man sich unter den Schutz „Wiens“ stellen musste, um die Gewerkschaftsarbeit erfolgreich weiterführen zu können, die zur Kompromissbereitschaft führte, sondern im Gegenteil die Hoffnung stärkeren Einfluss auf die gesamte Gewerkschaftsorganisation zu erreichen. Ein geplanter Kongress, auf

³⁴⁷ Vgl. Rechenschaftsbericht 1900, S. 3 zitiert nach Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 244

³⁴⁸ Vgl. Rechenschaftsbericht 1900, S. 14 zitiert nach Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 243

³⁴⁹ Vgl. Gregor Aronson, Nationalitätenproblem in der Gewerkschaftsbewegung. In: Ludwig Heyde (Hg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens (Berlin 1932). 1138–1153. hier: S. 1142

³⁵⁰ Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Gewerkschafts-, Arbeiterbildungs- und Unterstützungsvereine S.207-209.

dem die Vereinigung paktiert werden sollte, fand jedoch nicht mehr statt, da ab dem Spätherbst 1904 mehrere kleinere Konflikte zwischen der OSČ und der Reichsgewerkschaftskommission entstanden, die auch auf den neuen politischen Gestaltungswillen der erstarkten Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen waren.³⁵¹ So war man sich zum Beispiel hinsichtlich der Entsendung von Arbeiterräten in das Arbeitsstatistische Amt und anderen staatlichen Institutionen nicht einig und Auseinandersetzungen um territoriale Zuständigkeiten zwischen den Berufsfachverbänden und der Prager Zentrale belasteten das sich trübende Verhältnis. Hinzu kam der folgenschwere Streit um das Recht, die cisleithanische Gewerkschaft auf dem Internationalen Kongress 1905 in Amsterdam zu vertreten. Die Tschechen bestanden auf eigenen tschechischen Repräsentanten, was die Wiener Kommission vergeblich zu verhindern versuchte.³⁵² Die Bemühungen zur Verschmelzung der beiden Kommissionen nahmen dadurch ein jähes Ende und das letzte Kapitel der gemeinsamen internationalen Gewerkschaftsarbeit wurde aufgeschlagen.

15.3. Das Ende der internationalen cisleithanischen Gewerkschaftszusammenarbeit

Nach dem internationalen Kongress 1905 sank der Wunsch nach einer Zusammenarbeit in beiden Kommissionen. Die tschechischen Gewerkschafter spalteten sich in Zentralisten und Separatisten (OSČ) auf. Das wurde von der Reichsgewerkschaftskommission unterstützt, um die OSČ zu schwächen. Es wurde eine Föderalisierung zu Gunsten der tschechischen Gewerkschafter beschlossen. Die Verstärkung separatistischer Tendenzen wurde dabei in Kauf genommen, um die OSČ als gefährlichen Gegner der Wiener Kommission auszuschalten.³⁵³

Wenig später wurden nationale Berufsfachgruppen, die unabhängig agierten, gegründet. Den Tiefpunkt erreichten die Beziehungen als 1906 ein Kooperationsverbot der Reichsgewerkschaftskommission mit der OSČ ausgesprochen wurde, welches auch strikt befolgt wurde. Nun forderten aber sowohl in Wien und Prag verschiedene Organisationen einen Kompromiss. Angesichts des Wahlrechtskampfes von 1906/7 und der größten Streikwelle³⁵⁴ der Gewerkschaftsbewegung in Cisleithanien galt eine Internationalisierung des Ar-

³⁵¹ Vgl. Mommsen, Sozialdemokratie. S. 234

³⁵² Vgl. Aronson, Nationalitätenproblem. S. 1142f.

³⁵³ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 292ff.

³⁵⁴ Siehe Abb. 6 In dieser Arbeit S. 90

beitskampfes für viele wieder als Gebot der Stunde.³⁵⁵ Die Spaltung zwischen den Kommissionen war jedoch bereits zu tief und manche Berufsgruppen etablierten als Antwort auf den die Bewegung lähmenden Nationalitätenkonflikt eigene deutsch-tschechische Strukturen. An der Spitze dieser „Modernisten“ stand der Verband der Metalller, der nach Evers im November 1906 einen internen Ausgleich erreichte.³⁵⁶

Diese spontane internationale Mobilisierung reichte jedoch nicht aus, um den internationalen Zentralstrukturen neues Leben einzuhauchen. Dennoch war das Jahr 1907 trotz aller administrativen und strukturellen Probleme der Höhepunkt der Gewerkschaftsarbeit in Cisleithanien. Damit war aber die Zeit des Wachstums für die Gewerkschaften vorbei und es kam in den meisten bedeutenden Branchen zu einer Stagnation. Der Zerfallsprozess wurde deutlich, als innerhalb der Berufsfachgruppen eigenständige tschechische Organisationen geschaffen wurden, ohne die deutschen Funktionäre einzubeziehen.³⁵⁷ Der Separatismus wurde von der tschechischen Sozialdemokratie politisch unterstützt, indem man den Beschluss des Stuttgarter Internationalen Kongresses zur Integration von Partei und Gewerkschaft nicht auf die Gesamtbewegung, sondern auf die tschechische Partei bezog.³⁵⁸ Viel Aufsehen erregte die Entscheidung der tschechischen Schuhmacher, sich ihrer zentralisierten Berufsvertretung zu entledigen. Da der Schuhmacherverband sich gerade in einem Streik in Trebitsch [Třebíč] befand, war das Wegfallen der tschechischen Gewerkschafter für die Organisationsstrukturen ein nur schwer auszugleichender Verlust.³⁵⁹

Die innergewerkschaftliche Nationalitätenproblematik wurde in den Jahren des Wahlrechtskampfs durch die massiven politischen Proteste überdeckt. Dadurch verstrich eine Chance für nötige Reformen und Kompromisse ungenutzt. Im Jahr 1908 wurde sogar der modernste und einer der internationalsten Verbände zum Opfer der sich immer stärker ausprägenden bipolaren Struktur: Der Metallerverband geriet durch Streitigkeiten um den zentralen Streikfond und geplante Postenbesetzungen in eine nationale Zerreißprobe. 1909 entstand ein tschechischer Metallerverband, der fast sämtliche tschechische Mitglieder in Böhmen vereinen konnte. Der Zentralverband verlor dadurch ein Drittel seiner

³⁵⁵ Vgl. Schöffler, Wahlrechtskampf. S. 742-744

³⁵⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 299

³⁵⁷ Vgl. ebd. S. 303

³⁵⁸ Vgl. Aronson, Nationalitätenproblem. S. 1144

³⁵⁹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 302

Mitglieder.³⁶⁰ Noch massivere Auswirkungen hatte die Gründung einer Prager zentralistischen Kommission durch die Reichsgewerkschaftskommission Ende 1909. Auch in Pilsen und anderen Zentren der tschechischen Industrie wurden Sekretariate geschaffen, um die Interessen der deutschen und tschechischen Arbeiter zu vertreten. Diese Gründungen markierten den Beginn des offenen Kampfes um Mitglieder zwischen Prag und Wien. Als Reaktion auf die Gegenkommission wurde eine tschechische Landeskommission der OSČ in Böhmen errichtet und die Eröffnung eines tschechischen Gewerkschaftsverbandes in der Reichshauptstadt diskutiert. Mittelfristig sollte mit der Förderung der tschechischen Strukturen durch die Reichsgewerkschaftskommission eine Spaltung der tschechischen Bewegung herbeigeführt und dadurch der alleinige Vertretungsanspruch der Wiener Kommission für die cisleithanischen Arbeiter gefestigt werden.³⁶¹

Es wurde eine politische Kampagne gegen Prag geführt, nicht nur auf dem vierten Gewerkschaftskongress im Oktober 1910, sondern auch auf dem internationalen Parkett. Beim Internationalen Sozialistenkongress, der am 28. August 1910 in Kopenhagen stattfand, agitierten die deutsch-österreichischen Gesandten gegen die Prager Partei- und Gewerkschaftsführung und beschuldigte sie der Zerschlagung des internationalen Gedankens in der cisleithanischen Arbeiterbewegung. Der einflussreiche reichsdeutsche Delegierte Carl Legien und auch der russische Vertreter Georgi Walentinowitsch Plechanow traten ebenfalls für die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung ein und schlugen sich damit auf die Seite der Reichsgewerkschaftskommission. Legien beantragte schließlich sogar den Ausschluss der Tschechen vom Kongress.³⁶²

Die Grundpositionen der Deutschen und Tschechen können an einem Antrag Antonin Němec' und der Reaktion Viktor Adlers festgemacht werden: Der tschechische Arbeiterführer verlangte die Formulierung einer Resolution, durch die die „Einheitlichkeit der Arbeiterschaft“ jeder Nation in der Internationalen Arbeiterbewegung verankert werden sollte. Viktor Adler erwiderte diesen Antrag mit der Aufforderung, das Wort „Nation“ durch „Staat“ zu ersetzen. An dieser Stelle verlief die klar definierte inhaltliche Front zwischen den tschechischen Separatisten und den deutsch-österreichischen Zentralis-

³⁶⁰ Vgl. ebd. 315

³⁶¹ Vgl. ebd. S. 316-318

³⁶² Vgl. Die Gewerkschaft NF/17/1910, S. 379. zitiert nach: Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 336

ten.³⁶³ Die deutschen Sozialdemokraten wollten einen Staat erhalten, in dem ihre Nation eine politische, ökonomische sowie gesellschaftliche Machtposition innehatte und der ihnen auch unabhängig von ihren reichsdeutschen Genossen geopolitisches Gewicht verlieh. Die Tschechen wiederum betrachteten Cisleithanien zunehmend als Instrument des deutschen Kulturimperialismus. Der Weg der nationalen „Befreiung“ war für die Tschechen, auch wenn er für die meisten noch sehr weit schien, der einzig gangbare. Der Antrag von Antonín Němec wurde in Kopenhagen jedoch abgewiesen und die Einheit der Gewerkschaft auch in multinationalen Staaten wurde vom Kongress als unentbehrlich für den Erfolg des Arbeitskampfes bezeichnet.³⁶⁴

Die Gegensätze zwischen den zwei führenden Nationen der cisleithanischen Arbeiterbewegung schienen zu diesem Zeitpunkt bereits unüberbrückbar. Dennoch sollte im November 1910 noch ein Kompromiss gefunden werden, indem eine Einigungskommission mit jeweils drei Vertretern der Wiener und der Prager Kommission, je zwei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien und je einem Vertreter der übrigen sozialdemokratischen Verbände und Organisationen eingesetzt wurde. In der Reichsgewerkschaftskommission sollte eine über die gesamten Gewerkschaftsstrukturen übergeordnete paritätisch besetzte Kommission geschaffen werden, die die Führung im politischen und ökonomischen Arbeitskampf übernehmen sollte. Vorbedingung war das Ende der Expansion der OSČ in den Gebieten, wo es bereits Organisationen unter der Reichsgewerkschaftskommission gab. Die Tschechen wollten zu diesem Zeitpunkt einer Einigung aber nicht mehr zustimmen, da sie von ihrem Standpunkt der getrennt nationalen Organisation des Proletariats nicht mehr abzurücken bereit waren und nur mehr Kooperationsverträgen zwischen den Kommissionen zustimmen wollten.³⁶⁵

Als jedoch klar wurde, dass eine Einigung nicht mehr realisierbar war, ging man in der Reichsgewerkschaft und in der OSČ daran, die endgültige Spaltung der Bewegung zu finalisieren und den eigenen Einfluss möglich zu maximieren. Der erste Schritt der OSČ bestand darin, das Gewerkschaftsmandat der tschechischen Zentralisten, die die Abschlussresolution des internationalen Kongresses von Kopenhagen unterstützt hatten, nicht mehr anzuerkennen und sie in weiterer Folge aus der tschechischen Partei auszu-

³⁶³ Vgl. ebd. 376

³⁶⁴ Vgl. Hajek, Entwicklung, S.200f.

³⁶⁵ Vgl. Aronson, Nationalitätenproblem. S. 1145

schließen. Dies stieß auf heftigen Widerstand der tschechischen Funktionäre in der Reichshauptstadt, die sich nun endgültig gegen Prag wandten und nicht mehr auf den Verhandlungstisch zurückkehren wollten. Der Reichsgewerkschaftssekretär Hueber schloss sich dieser Haltung an und widersprach auch den hochrangigen Parteifunktionären, die sich noch für eine Kompromisslösung aussprachen. Er versuchte außerdem, in der Partei für eine Anerkennung der Zentralisten zu werben und die Struktur der Partei an die Struktur der zentralistischen Gewerkschaft anzugleichen.³⁶⁶

Die Forderungen der tschechischen Zentralisten nahmen dabei paradoxerweise immer stärker national-separatistische Züge an und sie beanspruchten einen Sitz in der Kommission für sich. In Wien wurde die Abspaltung endgültig besiegelt, weitere Vermittlungsversuche wurden abgelehnt.³⁶⁷ Die deutsch-österreichische Parteiführung wurde in der Gewerkschaftspresse scharf kritisiert. Die Wiener Partei berief zwei Sitzungen ein, um den Gewerkschaftskonflikt lösen, was jedoch aufgrund der Unnachgiebigkeit der Reichsgewerkschaftskommission nicht gelang.³⁶⁸ Den Schlusspunkt der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Wien und Prag bildete eine Reichskonferenz am 17. März 1911, wo der Abbruch aller Verhandlungen mit den Separatisten gebilligt wurde. Bis zum Ersten Weltkrieg nationalisierten sich die meisten der ehemaligen zentralistischen Berufsfachverbände und die Strukturen der Reichsgewerkschaftskommission verloren stetig tschechischsprachige Mitglieder an die OSČ.³⁶⁹ Ende des Jahres 1911 waren nur mehr die Eisenbahner und die Tabakindustrie einheitlich organisiert.³⁷⁰

16. Conclusio

In meiner Arbeit habe ich versucht, die verschiedenen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Facetten des deutsch-tschechischen Gegensatzes in der altösterreichischen Sozialdemokratie herauszuarbeiten, da das komplexe Thema des Nationalismus innerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs als rein politisches Phänomen betrachtet werden kann. Die ökonomische Sphäre des Nationalitätenkonflikts wurde bestimmt durch die gravierenden regionalen Entwicklungsunterschiede. Diese Entwicklungsunterschiede

³⁶⁶ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 339

³⁶⁷ Anm. Die zwei Sitzungen fanden im November 1910 statt

³⁶⁸ Vgl. Aronson, Nationalitätenproblem. S. 1145f.

³⁶⁹ Vgl. Evers, Gewerkschaftsarbeit. S. 334

³⁷⁰ Vgl. Löw, Zerfall. S.90

definierten vor allem in der Gründungsphase der Sozialdemokratie Cisleithaniens die Struktur, aus der um die Jahrhundertwende die moderne sozialdemokratische Massenpartei entstehen sollte. Der Führungsanspruch der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie resultierte nicht zuletzt aus ihrer ökonomischen Dominanz in der westlichen Reichshälfte, da das deutsche Proletariat zu Beginn des Einigungsprozesses der Arbeiterbewegung dem tschechischen Proletariat numerisch und organisatorisch überlegen war. Mit dem Fortschritt der tschechischen Industrie ab den 1870er Jahren und der Binnenwanderung der tschechischen Bevölkerung in Richtung der industrialisierten Zentren begannen sich die Machtverhältnisse jedoch zu ändern und die nationale Frage gewann an Bedeutung.

Der seit Anbeginn in die Bewegung implementierte und durch die deutsche Führung vehement vertretene Internationalismus wurde durch die ökonomische Lage in den gemischtsprachigen Industriegebieten Böhmen und Mährens auf eine harte Probe gestellt. Auch wenn in den besagten Gebieten durchaus eine Kooperation zwischen dem deutschen und tschechischen Proletariat existierte, so kam es durch die ökonomische Vorherrschaft des deutschen Unternehmertums und seines politischen Einflusses, auf tschechischer Seite zu einer engen Verknüpfung von sozialen und nationalen Konfliktlinien. Hans Mommsen hebt hervor, dass trotz dieser heiklen ökonomisch-nationalen Konstellation der nationale Gegensatz vorerst nicht im Vordergrund stand. Es war jedoch das Fundament des deutsch-tschechischen Gegensatzes, durch die die nationale Frage eine immer größere Bedeutung für die tschechische Arbeiterschaft bekam. Die Nationalisierung des Proletariats erhielt dadurch eine Eigendynamik und das Kleinbürgertum verlor als Nationalisator des Proletariats an Bedeutung, was die deutsch-österreichischen Parteiführer nicht erkannten oder nicht erkennen wollten. Noch 1911 erklärte Otto Bauer die separatistischen Tendenzen der tschechoslawischen Partei mit dem Druck des tschechischen Kleinbürgertums.³⁷¹

Anstatt auf die nationalen Forderungen der tschechoslawischen Sozialdemokraten mit neuen Lösungsstrategien zu reagieren, versuchten die deutschen Genossen, allen voran Viktor Adler, den Internationalismus um jeden Preis zu erhalten und die nationale Problematik so weit als möglich zu ignorieren. Im Gegensatz zu den Tschechen, die die Minderheit in der Gewerkschaft und in der Partei stellten, gab es für die tonangebenden Deut-

³⁷¹ Vgl. Otto Bauer, Zum Innsbrucker Parteitag. In: Der Kampf, November 1911. S. 54

schen keine Diskrepanz zwischen den nationalen und internationalen Interessen. Radikale deutschnationale Positionen, die zweifellos existierten, standen deshalb nicht im Vordergrund und deckten sich meist mit den internationalistischen Zielsetzungen des parteiinternen Mainstreams. Rückendeckung erhielt die deutsche Parteiführung durch die Konzeption des globalen sozialdemokratischen Internationalismus, der nationale Tendenzen überlagern und den Fokus auf die soziale Frage richten sollte. Erst der Krieg und die Unvermeidbarkeit der Auflösung des Reiches sollte dem Internationalismus der deutschen Parteiführung ein Ende bereiten.

Der von Otto Bauer geprägte Begriff des „naiven Kosmopolitismus“, umschreibt die Strategie des deutschen Internationalismus. Die Frage allerdings, wie weit der „naive Kosmopolitismus“ auf einer echten sozialdemokratisch-internationalistischen Gesinnung basierte, oder doch nur der Verschleierung der deutsch-österreichischen Dominanzgelüste diene, wird wohl weiter umstritten bleiben. Die klassische Schumpeter'sche Theorie des Machterhalts und Machterwerbs als primäres Ziel in der Politik bestätigt jedenfalls die letztere Interpretation.³⁷² Meiner Ansicht nach entwickelte sich das Konzept des „naiven Kosmopolitismus“ von einem anfänglichen Instrument der Verankerung des deutschen Führungsanspruches zu einem alternativlosen Mittel der alltagspolitischen Diplomatie innerhalb der Bewegung, denn mit der zunehmenden Radikalisierung des Nationalitätenkonflikts war es auf dem Verhandlungswege nicht mehr möglich, innerhalb der Sozialdemokratie einen nationalen Ausgleich zu erreichen und ohne die Klammer des ideologischen Internationalismus wäre der Zusammenbruch wohl nur beschleunigt worden. Das gilt jedoch hauptsächlich für den politischen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, da die deutsch-österreichisch geprägte Reichsgewerkschaftskommission in der letzten Phase des Auflösungsprozesses einen weit aggressiveren Kurs gegen die tschechisch-separatistische Gewerkschaftskommission (OSČ) einschlug als die immer noch auf Verständigung und Zusammenarbeit mit den Tschechen setzende deutsche Parteiführung. Zusätzlich muss hier zwischen der Parteiführung und der Parteibasis unterschieden werden, da sich etwa beim Parteitag in Innsbruck 1912 viele Delegierte für einen Ausschluss der tschechoslawisch-autonomen Partei aussprachen. Der Erfolg Adlers in der Abwehr der Kritiker seiner versöhnlichen Politik ist ein Zeugnis der immer noch machtvollen Position des Arbeiterführers.

³⁷² Vgl. Joseph Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (München 1950). S. 448

Nach der eingehenden Analyse der sozialdemokratischen Politik zwischen 1889 und 1912 wird deutlich, dass es nur durch eine starke Führungspersönlichkeit mit großem diplomatischen Geschick möglich war, eine internationale Partei zu gründen und zu erhalten. Viktor Adler erfüllte diese Position trotz seines deutsch-nationalen Hintergrunds überraschend erfolgreich. Adlers Politik in der Nationalitätenfrage bewegte sich innerhalb eines breiten Spektrums der Unterstützung von tschechisch-nationalen Forderungen und offenen Drohungen, die nationalen Fraktionen sollten die deutsche Partei nicht herausfordern. Wenngleich die Führungsposition Adlers zumindest in der deutschsprachigen Historiographie unbestritten zu sein scheint, wäre ein Zusammenhalt der Gesamtpartei wohl undenkbar gewesen, wenn Viktor Adler nicht auch von international gesinnten tschechischen Funktionären wie Josef Hybeš unterstützt worden wäre.

Die Internationalisten gingen gegen separatistische Strömungen in der Partei vor und anerkannten den Verband der cisleithanischen Reichshälfte als Fundament ihrer geeinten Bewegung. Eine Auflösung des Reiches wurde spätestens ab der Ratifizierung des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899 nicht mehr gefordert. Damit stellte sich die Sozialdemokratie in einen Gegensatz zu den nationalistischen Parteien und trat für die Erhaltung des bestehenden staatlichen Zusammenhangs ein. Die staatstragende Funktion der Sozialdemokratie in der Alltagspolitik rückte den Kampf für die Weltrevolution und eine übernationale, klassenlose Gesellschaft in den Hintergrund. Es ist jedoch fraglich, ob es der Sozialdemokratie nach ihrem Einzug in den Reichsrat 1897 überhaupt gelingen hätte können, sich gänzlich von der nationalen Frage zu distanzieren und an utopischen Vorstellungen festzuhalten. Selbst die anti-staatsrechtliche Erklärung, die trotz der Debatte um ihre Hintergründe einen Höhepunkt der deutsch-tschechischen Verständigung markierte, konnte zwar die großen Konflikte um Selbstbestimmungs- und Territorialfragen hinauszögern, aber langfristig die Beziehung zwischen Deutschen und Tschechen nicht positiv beeinflussen. Zu groß war die Zahl der nationalen Streitigkeiten in den unterschiedlichen Politikfeldern, von der Amtssprache bis zu den Minoritätenschulen, als dass eine beständige Vertrauensbasis hätte geschaffen werden können. Einig war man sich jedoch bei der Notwendigkeit eines arbeitsfähigen Reichsrats und eines funktionierenden demokratischen Systems.

Selbst in der Zeit der ersten russischen Revolution 1905 beschränkte man sich auf die

Forderung nach demokratiepolitischen Reformen, die zwar mit dem Druck der Straße vorgebracht wurden, aber keine umfassende Revolution per se einleiten sollten. Viel mehr wartete man auf weitere Impulse von außen. Zumindest Viktor Adler war sich jedoch bewusst, dass ein Auseinanderbrechen des Staates auch die nationale Aufspaltung der altösterreichischen Sozialdemokratie bedeutet hätte. Nachdem klar geworden war, dass auch die russische Revolution von 1905 nicht zur erwarteten Weltrevolution führen würde und die Regierung die Hauptforderung der Sozialdemokratie nach dem allgemeinen Wahlrecht zu erfüllen bereit war, versuchte man im Reichsrat wieder konstruktive Politik zu betreiben. Ein wichtiges Element war dabei die Bekämpfung der parlamentarischen Obstruktion. Es drängt sich die Beobachtung auf, dass mit dem langsamen Zurückdrängen der revolutionären Gruppierungen und deren radikal-internationalistischen Gedankenguts auch der ideologische Internationalismus ausgehöhlt wurde.

Ein Hauptaspekt meiner Betrachtungen des deutsch-tschechischen Gegensatzes ist die gewerkschaftliche Entwicklung Cisleithaniens. Als für die Analyse zentral erwies sich das Verhältnis zwischen der Partei und der Gewerkschaft. Wie im Teil II meiner Arbeit „Gewerkschaftsarbeit und die nationale Frage“ beschrieben, war die Gewerkschaft essentiell für die Herausbildung der Sozialdemokratie. Ihre rechtliche Besserstellung gegenüber politischen Vereinen und die sich daraus ergebenden strukturellen und finanziellen Vorteile machten die Gewerkschaft zu einer Keimzelle der Bewegung. Und dennoch lag in der Anfangsphase der Arbeiterbewegung die ideologische und politische Führung nicht bei der Gewerkschaft, sondern bei der politischen Führungsriege. Wichtige Entscheidungen, wie jene über den Generalstreik von 1893, wurden deshalb auf den nächsten Parteitag verschoben.

Die Gewerkschaft fand sich lange Zeit trotz ihrer fundamentalen Bedeutung für die gesamte Sozialdemokratie mit ihrer untergeordneten Rolle ab. Die Abhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei, vor allem im organisatorischen Bereich, nahm allerdings mit dem Aufstieg der Gewerkschaft zur Massenbewegung zusehends ab, da man ab 1892 eigenständige Führungsinstitutionen aufbaute. Eine wirkliche Trennung von politischer und gewerkschaftlicher Ebene, wie sie vom provisorischen Gewerkschaftskomitee von 1892 angestrebt wurde, konnte aber nicht durchgesetzt werden. Die Eigenständigkeit beschränkte sich vorerst auf die Organisation der eigenen Verbände und den Arbeitskampf. Die politische Themenführerschaft wurde weiterhin der Partei überlassen. Aus Sicht der

Parteiführung gestaltete sich die Beziehung mit der Gewerkschaft ambivalent. Obwohl sie von Anfang an von der agitatorischen und finanziellen Unterstützung der Gewerkschaft abhängig war, wurde nicht versucht, die Gewerkschaft offiziell an die Partei zu binden.

In Hainfeld 1889 betonte man zwar die Bedeutung der Gewerkschaften und die wichtige Verbindung mit der Partei, sprach aber lediglich eine Empfehlung zur Gründung weiterer Gewerkschaften aus, ohne selbst tätig zu werden. In den Jahren unmittelbar nach der Gründung der Partei in Hainfeld veränderte sich die Haltung der Funktionäre gegenüber einer vollen Integration in die Parteistrukturen. Man sprach sich auf dem Parteitag 1891 in Wien für die Eingliederung der Gewerkschaft aus, konnte das Vorhaben jedoch aus rechtlichen und praktischen Gründen nicht durchsetzen. Die Gründung der Reichsgewerkschaftskommission 1893 brachte eine Neudefinition der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft mit sich. Die Partei sah sich einer immer einflussreicheren Institution gegenüber, die im Gegensatz zur politischen Bewegung noch einen Zentralisierungsprozess durchlief und bereits eine hohe Machtkonzentration erlangt hatte. Als Symbolfigur diente der Sekretär der Reichsgewerkschaftskommission Anton Hueber, der ab 1895 amtierte und sich als eine Führungspersönlichkeit der Gesamtbewegung etablierte. Der Anstieg der Streiktätigkeit ab 1896 war die Folge des Durchbruchs der Gewerkschaft zu einer Massenorganisation und ist als Zeichen ihres steigenden Einflusses in der Sozialdemokratie zu werten.

Eine nationale Dimension erhält die Beziehung zwischen der Partei und der Gewerkschaft vor allem durch die Föderalisierung der Partei. Der Druck der tschechoslawischen Sozialdemokratie auf die tschechischen Gewerkschafter führte zur Gründung der Prager Gewerkschaftskommission OSČ, die von der tschechischen Arbeiterbewegung für ihre separatistischen Bestrebungen instrumentalisiert wurde. Die OSČ galt als Mittel zur Emanzipation von Wien. In wie weit die Prager Kommission in ihrer Wachstums- und Konsolidierungsphase ab 1911 eine Unabhängigkeit von der tschechischen Parteileitung herstellen konnte, wurde aus den mir zur Verfügung stehenden Quellen leider nicht ersichtlich, ist aber auch nicht von primärer Bedeutung, da die Spaltung der internationalen Gesamtpartei bereits unmittelbar bevorstand.

Wichtiger war die Einflussnahme der Reichsgewerkschaftskommission auf die Partei bei der Anerkennung der tschechischen Zentralisten, welche die Abkehr der tschechosla-

wisch- autonomen von der deutschen Partei finalisierte. Anton Hueber intervenierte massiv bei der deutschen Parteiführung und setzte sich am Innsbrucker Parteitag 1912 schließlich mit seiner Forderung nach Anerkennung durch. Die Reichsgewerkschaft hatte damit in einer höchst sensiblen Frage erfolgreich auf den Entscheidungsfindungsprozess in der sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs eingewirkt. Dieses Ereignis symbolisierte wie kein anderes das Gewicht der Reichsgewerkschaft in der Spätphase der cisleithanischen Arbeiterbewegung und steht in einem eklatanten Kontrast zum Bild der von der Partei dominierten Gewerkschaft der Gründungszeit. Schlussendlich führte das Zusammenspiel vieler Faktoren zum Zusammenbruch. Neben dem Aufstieg der tschechischen Wirtschaftsleistung und des tschechischen Nationalbewusstseins, welches die interne Machtbalance ins Wanken brachte, waren insbesondere die deutsche Weigerung, vom dogmatischen Internationalismus abzulassen, und die unerbittliche Haltung der Reichsgewerkschaftskommission im Gewerkschaftsstreit ausschlaggebend für den Bruch. Eine echte Schuldzuweisung ist allerdings, und hier stimme ich den Autoren Solle³⁷³ und Löw³⁷⁴ zu, kaum angebracht, da sich die nationalistische Politik der tschechisch-autonomen und der deutschen Partei inhaltlich kaum voneinander unterschied. Die dominante deutsche Partei konnte sich dabei nach außen hin einigermaßen glaubhaft auf den ideologischen Internationalismus berufen und ihre nationalistischen Interessen verschleiern.

Zwei Jahre nach dem Ende der „kleinen Internationalen“ 1912 kam der kriegsbedingte Zusammenbruch der 2. Internationalen. Das sozialistische Experiment des Internationalismus schien gescheitert. Erst die Globalisierung und die europäische Integration belebte wieder, was einst im Chaos der Nationalstaaten unterging. Die Problemstellungen blieben allerdings die Gleichen. So erregt die Förderung des türkischen Bildungssystems in Wien im Jahre 2012 ebenso große mediale und politische Aufregung wie die Gründung der Komensky-Schulen anno 1910. Auch im europäischen Parlament, das zunehmend die politische Zukunft des Kontinents bestimmt, werden nationale Abstimmungsmuster sichtbar. Die Nationalitätenproblematik der Sozialdemokratie birgt darum eine große Aktualität und sollte als Lehrbeispiel für die Demokratisierung des multinationalen Europa dienen. Besonders in Zeiten schwerer politischer und ökonomischer Krisen gilt dies mehr denn je.

³⁷³ Vgl. Solle, Tschechische Sozialdemokratie. S. 209

³⁷⁴ Vgl. Löw, Zerfall. S.182

Literaturverzeichnis

Viktor *Adler*, Aufsätze, Reden und Briefe Nr. 5. Hgg. vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs (Wien 1929).

F. *Adler* (Hg.), G. *Pollatschek* (Hg.), Viktor *Adler*, Aufsätze, Reden, Briefe, Nr. 1 – 11 (Wien 1922 – 1929).

Victor *Adler*, Die Einheit der Partei, Prinzipienklärung am Parteitag in Hainfeld 1889. In: Anton *Tesarek* (Hg.), Große Gestalten des Sozialismus Bd.1: Victor Adler, aus seinen Reden und Schriften (Wien 1947).

Rudolf G. *Ardelt*, Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888 – 1914. In: Rudolf G. *Ardelt* (Hg.), Helmut *Konrad* (Hg.), Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, Bd. 1 (Wien 1994).

Gregor *Aronson*, Nationalitätenproblem in der Gewerkschaftsbewegung. In: Ludwig *Heyde* (Hg.), Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens (Berlin 1932). 1138–1153.

Paul *Bairoch*, Economic Inequalities between 1800 and 1913. In: Jean *Batou* (Hg.), Between Development and Underdevelopment (Genf 1991) 1-42.

Otto *Bauer*, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907).

Klaus *Berchtold* (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967).

Julius *Braunthal*, Viktor und Friedrich Adler (Wien 1965).

Alois *Brusatti*, Betrachtungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Berlin 1979). S. 62.

Ludwig *Brügel*, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 4-5 (Wien 1924).

Peter *Burian*, Die Teilung der Prager Universität und die altösterreichische Hochschulpolitik. In: Collegium Carolinum München (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern (München 1984). 25-36.

Die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus, 17. Juni 1907 bis 5. Februar 1909 (Wien 1909).

Christoph *Butterwege*, Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen (Marburg 1991).

Winrich *Blittersdorff*, Pluralismus der Bevölkerungsgruppen in der Verfassungsstruktur Südafrikas und Zyperns, Darstellungen zur auswärtigen Politik, Bd. 13 (Frankfurt am Main 1972).

Marina *Cattaruzza*, Nationalitätenkonflikte in Triest im Rahmen der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (1850 – 1914). In: Sacha *Zala* (Hg.), Die Moderne und ihre Krisen. Studien von Marina Cattaruzza zur europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Göttingen 2012). 187-206.

Alois *Czedik von Bründlsberg und Eysenberg*, Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861 – 1916, Bd. 4 (Wien 1920).

Julius *Deutsch*, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1 (Wien 1929).

John *Evers*, Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914 (Wien 2010).

Alexander *Gerschenkron*, An Economic Spurt that Failed (Princeton 1977).

Monika *Glettler*, Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (Oldenbourg 1972).

David F. *Good*, Ökonomische Ungleichheit im Vielvölkerstaat. Zur Rolle der Metropole Wien. In: Jürgen *Nautz* (Hg.), Richard *Vahrenkamp* (Hg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1996). 720-746.

David F. *Good*, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914 (Wien/Köln/Graz 1986).

Walter *Göhring*, Brigitte *Pellar*, Zwischen Anpassung und Widerstand, Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Wien 2001).

Adéla *Hall*, Deutsch und Tschechisch im sprachpolitischen Konflikt. Eine Vergleichende diskursanalytische Untersuchung zu den Sprachenverordnungen Badenis von 1897 (Frankfurt am Main 2008).

Rudolf *Hilferding*, Das Finanzkapital (Berlin 1955).

Jörg K. *Hoensch*, Geschichte Böhmens. Von der slawischen Landnahme bis zur Gegenwart. (München 1997).

Lothar *Höbelt*, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 – 1918 (Oldenbourg 1993).

Oscar *Jaszi*, The Dissolution of the Habsburg Monarchy (Chicago 1961).

Andreas *Kappeler*, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall (München 2008).

Ferdinand *Karlhofer*, Anton *Pelinka*, Austria. In: Joan *Campbell* (Hg.), European Labor Unions (Westport 1992).

John H. *Kautsky*, Karl *Kautsky*. Marxism, Revolution & Democracy (New Brunswick/New Jersey 1994).

Fritz *Klenner*, Brigitte *Peller*, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung (Wien 1999).

Evelyn *Kolm*, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus (Frankfurt a.M./Berlin/Brüssel/NewYork/Oxford/Wien 2001).

Helmut *Konrad*, Nationalismus und Internationalismus. Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 4 (Wien 1984).

Jiří *Kořalka*, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in Europa (Wien/München 1991).

Jan *Křen*, Konfliktgemeinschaft: Tschechen und Deutsche 1780 – 1918 (Oldenbourg 2000).

Franz *Kreuzer*, Der Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung: Das Zeitalter Victor Adlers (Wien 1988). S. 236

Robert *Kriechbaumer*, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Wien/Köln/Weimar 2001).

Willy *Krula*, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 (Wien 2005).

Ferdinand *Lassalle*, Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes (Zürich 1863).

Fredrik *Lindström*, Empire and Identity. Biographies of the Austrian State Problem in the Late Habsburg Empire (Purdue University 2008).

Raimund *Löw*, Der Zerfall der „Kleinen Internationale“. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreichs (1889-1914), Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 34 (Wien 1984).

Robert *Luft*, Tschechische Parlamentarier und die Prager Hochschulen (1907 -1914). In: Collegium Carolinum München (Hg.), Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern (München 1984). 147-172.

Wolfgang *Maderthaler*, Wolfgang C. *Müller* (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie (Wien 1996).

Stefan *Malfer*, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – Siebzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“. In: Helmut *Rumpler* (Hg.), Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848 -1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus. 1. Teilband: Vefassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften (Wien 2000). 11-67.

Eduard *März*, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josef I. (Wien 1968).

Vasilij *Melik*, Wahlen im alten Österreich am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Wien/Köln/Weimar 1997).

Hans *Mommsen*, Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. In: Jürgen *Nautz* (Hg.), Richard *Vahrenkamp* (Hg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1996). 747-758.

Hans *Mommsen*, Arbeiterbewegung und Nationale Frage, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 34 (Göttingen 1979).

Hans *Mommsen*, Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze (Göttingen 1979).

Hans *Mommsen*, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat (Wien 1963).

Hans *Mommsen*, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung. In: Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Nr. 6 (Trier 1971).

Joachim *Puttkamer*, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert (Oldenbourg 2010).

Rudolf *Schlesinger*, Federalism in Central and Eastern Europe (London 1945).

Peter *Schöffler*, Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89-1897. In: Studien zur Modernen Geschichte, Bd. 34 (Stuttgart 1986).

Joseph *Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (München 1950).

Renate *Seebauer*, Minderheiten in der Tschechischen Republik und aktuelle pädagogische Bestrebungen. In: Renate *Seebauer* (Hg.), Mosaik Europa: Diskussionsbeiträge zur ethnischen und sprachlichen Vielfalt (Wien 2006). 14-29.

Marlis *Sewering-Wollanek*, Brot oder Nationalität? Nordwestböhmisches Arbeiterbewegung im Brennpunkt der Nationalitätenkonflikte (1889-1911) (Marburg 1994).

Rudolf *Sieghart*, Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht (Berlin 1932).

Helmut *Slapnicka*, Die Ohnmacht des Parlamentarismus gegenüber der nationalistischen Übermacht. In: Ferdinand *Seibt* (Hg.), Die Chance der Verständigung: Absichten und Ansätze zu übernationaler Zusammenarbeit in den böhmischen Ländern 1848 -1918. (München 1987). 147-174.

Vladimír *Soják*, Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei (Berlin 1954).

Zdenek *Solle*, Die tschechische Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 6/7 (Hannover 1967).

Berthold *Sutter*, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897: ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer, Bd. 2 (Graz/Köln 1965).

Alice *Teichova*, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918 – 1980 (Wien 1988).

Eduard *Winkler*, Wahlrechtsreformen und Wahlen in Triest 1905-1909. Eine Analyse der politischen Partizipation in einer multinationalen Stadtregion der Habsburgermonarchie (München 2000).

Adam *Wandruszka*, Österreich-Ungarn vom ungarischen Ausgleich bis zum Ende des 1. Weltkriegs. In: Rudolf von *Albertini* (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6 (Stuttgart 1968). 353-399.

Gedruckte Quellen

Otto *Bauer*, Zum Innsbrucker Parteitag. In: Der Kampf, November 1911.

Julius *Deutsch*, nationale und internationale Gewerkschaften. In: „Der Kampf“ Dezember 1911.

Karl *Kautsky*, Eine Frage. In: Der Kampf, August 1911.

František *Modráček*, Rakouska krize a rissky sjezd sociální demokracie (Die österreichische Krise und der Reichsparteitag der Sozialdemokratie). In: „Akademie“ 1906.

Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 16.

Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966. Klaus *Berchthold* (Hg.) (Wien 1967).

Die Verhandlungen des Parteitags der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld (30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889).

Internetquellen

<http://www.biographien.ac.at/oebl?frames=yes>

www.parlament.gv.at

Peter *Eigner*, Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Modellfall verzögerter Industrialisierung? Online unter: http://vgs.univie.ac.at/VGS_alt/b973lp.html (29.12.2011).

Michael *Palomino*, Österreichs Deutsche - "Slawen" - Börse - Juden - und der Kaiser 1850-1920. (1999). Online unter: <http://www.geschichteinchronologie.ch/eu/oe/Schoenerer-slawen-boerse-juden-kaiser.html> (23. Februar 2011) .

Hannes *Swoboda*, 100 Jahre Brüner Nationalitätenprogramm. (Brünn 1999). In: Hannes *Swoboda*, 29.11.2002, online unter: <http://www.hannes-swoboda.at/?p=1299> (23. Februar 2011).

Mark *Twain*, Government by Article 14. In: Mark Twain, Stirring Times in Austria. Online unter: <https://www.h-net.org/~habsweb/sourcetexts/twain1.htm> (8. März 2012).

<http://www.dasrotewien.at>

<http://www.iv-net.at>

Abstract - Deutsch

Diese Diplomarbeit bietet einen Überblick über die Nationalitätenproblematik innerhalb der internationalen altösterreichischen Sozialdemokratie. Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Gesamtbewegung, liegt der Fokus dabei auf der österreichisch-deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie. Zu Beginn der Arbeit werden die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der altösterreichischen Arbeiterbewegung analysiert, um eine möglichst breit gefächerte Bearbeitung des Nationalitätenkonflikts zu gewährleisten.

Danach folgt der Hauptteil, der sich wiederum in zwei Abschnitte gliedert. Der erste Abschnitt behandelt die Nationalitätenproblematik des politischen Flügels der altösterreichischen Arbeiterbewegung. Der zeitliche Rahmen setzt beim Integrationsprozess der 1860er Jahre an und endet bei der Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1912. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Spannungsfeld zwischen dem Konzept des „naiven Kosmopolitismus“ auf deutscher und dem zunehmenden nationalen Bewusstsein auf tschechischer Seite. Es gilt so weit als möglich zu klären, wie weit nationale Motive den dogmatischen Internationalismus der „kleinen Internationalen“ überlagerten und das politische Kalkül bestimmten. Des Weiteren sollen unter dieser Voraussetzung strukturelle und ideologische Debatten analysiert und in ihrem ereignishistorischen Kontext aufgearbeitet werden. Essentiell sind an dieser Stelle die Betrachtungen des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899, welches ein facettenreiches Bild des innerparteilichen Diskurses über die nationalen Verhältnisse zeichnete. Nach dem gleichen Muster wird im zweiten Teil die Entwicklung der altösterreichischen Gewerkschaftsbewegung diskutiert und nach Aspekten des Nationalitätenkonflikts untersucht. Essentiell ist hierbei auch das Verhältnis zwischen der Partei und der Gewerkschaft, die zwar de jure unabhängig voneinander existierten, im Nationalitätenkonflikt jedoch eine eng verbundene Schicksalsgemeinschaft darstellten. Speziell im folgenreichen Gewerkschaftskonflikt, der ab 1897 beträchtlich zur Verschärfung des Nationalitätenkonflikts in der Arbeiterbewegung beitrug, wird diese enge Verbindung evident. Schließlich wird in der Conclusio versucht die analytischen Erkenntnisse über die vielschichtigen und zahlreichen Faktoren des Zerfalls zusammenzuführen.

Abstract - English

This thesis analyses the national conflicts inside the social-democratic party in the last decades of imperial Austria. Due to the economic and political power of the Germans and Czechs inside the Cisleithanian workers movement, the focus lies on the German-Czech antagonism, which ultimately resulted in the schism of the international Austrian social-democracy. Firstly the general economic, social and political conditions will be discussed in order to provide a broader and profounder perspective on the subject.

The main section of the thesis is divided into two chapters. The first chapter covers the national conflicts inside the political union of the workers movement from its unification process in the 1880's to its collapse in 1912. An essential aspect of this analysis is the cleavage between the concept of „naive cosmopolitanism“ and the increasing national self-confidence of the Czech social democratic movement. In this context the thesis tries to argue how far national motives superposed the dogmatic internationalism and affected political strategies. Furthermore structural and ideological debates will be analysed in relation to historical events. The second chapter illustrates the development of the Cisleithanian labor union under the premiss of the German-Czech antagonism. Especially the connection between the de jure independent political movement and the labor union will be a point of interest, whereas they shared a common destiny.

Curriculum Vitae

Lukas Thomas Mantsch

Ausbildung

1995	–	1999	Musikschule der Stadt Perg Unterricht in klassischem Klavier	Perg
1999	–	2007	Europagymnasium Baumgartenberg Allgemeine Hochschulreife mit ausgezeichnetem Erfolg	Baumgartenberg
2000	–	2009	Anton Bruckner Privat Universität Klassisches Klavier bei Prof. Dr. Margit Haider-Dechant	Linz

Doppelstudium an der Universität Wien

2008	–	Heute	Universität Wien Diplomstudium Geschichtswissenschaft	Wien
2010	–	Heute	Universität Wien Bachelorstudium Politikwissenschaften	Wien

Lehrgänge, Zertifikate, Stipendien

2004, 2005		Kammermusik Meisterkurse: Austrian Master Classes Schloss Zell an der Pram Musiksommer Bad Schallerbach	Österr. Linz
2007		Camebridge Certificate of Advanced English (CAE)	
2010		Leistungsstipendium der Universität Wien	Wien

Praktische Tätigkeiten

2006		MUNOM (Model United Nations of Munich) Lehrgang für Internationale Beziehungen und Organisationen mit Fokus auf Konfliktlösung	München
2012		Mitglied des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)	Wien